Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 5.— Mk., durch unsere Austräger 5.— Mk. und 50 Pfg. Zustellungsgebühr, durch unsere Landboten 5.— Mk. und 75 Pfg. Zustellungsgebühr, durch die Post bezogen 6 Mk. einschl. Bestell- und Bezugsgeld. Einzelnummer: 30 Pfg.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 30 Pfg., im Reklameteil 1,20 Mk., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag, Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.

Postscheckkonto: Leipzig 59070.

Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.

Mit dem wöchentlich 2 maligen Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg". der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 137 — Mittwoch den 15. Juni 1921 — 47. Jahrg.

Deutschlands Beteiligung am Wiederaufbau

Die Wiesbadener Besprechungen.

Die Besprechungen zwischen dem französischen und dem deutschen Wiederaufbauminister in Wiesbaden sind zu einem ersten Abschluß gelangt. Ein großes positives politisches Ergebnis kann natürlich nach solch einer ersten Aussprache noch nicht vorliegen, dazu ist das Problem des Wiederaufbaus viel zu groß, und dazu war die Zeit, die für diese Besprechungen zur Verfügung stand, viel zu kurz. Im besonderen hat man sich mit den Einzelfragen noch nicht befassen können, sondern es sind nur die Grundzüge des Wiederaufbaus zwischen Rathenau und Loucheur zur Besprechung gekommen. Die weiteren Verhandlungen werden sich in Paris abspielen und zwar zwischen den Experten des Ministers Loucheur und den Vertretern der deutschen Kriegslastenkommission, an deren Spitze Staatssekretär Bergmann steht, der als genauer Kenner aller Reparationsfragen auch in Paris Ansehen genießt.

Die deutsche amtliche Berichterstattung über die Wiesbadener Verhandlungen war keineswegs glücklich, auch das, was veröffentlicht worden ist, war mehr als dürftig, und die deutsche Presse hat sich gezwungen gesehen, aus den zahlreichen Meldungen der Pariser Presse das herauszuschälen, was der Wahrheit am nächsten stand. Ein solcher Zustand ist natürlich nicht besonders erfreulich, und es ist dringend zu hoffen, daß die Regie das nächstemal besser klappt.

Minister Rathenau hat in Paris vorerst eine gute Presse gefunden, und von den Korrespondenten wird allgemein berichtet, daß ein großer Schritt nach vorwärts getan sei. Die Notwendigkeit einer direkten Aussprache zwischen dem Hauptschuldner und dem Hauptgläubiger war gegeben. Auf diesem Wege wird es vielleicht gelingen, an der Entgiftung der politischen Atmosphäre weiter zu arbeiten. Ein allzu großer Optimismus ist aber auch jetzt noch nicht angebracht, denn die große Aufgabe steht noch bevor, die deutschen und französischen Interessengegensätze auszugleichen. Diese Gegensätze bestehen besonders in der Frage der Sachleistungen. Hier muß ein Weg gefunden werden, um beiden Teilen gerecht zu werden. Immerhin beachtenswert ist der französische Plan, den Loucheur zum Ausdruck gebracht haben soll und der darin besteht, daß die deutschen Sachleistungen als Vorschüsse auf die künftigen Annuitäten in Anrechnung gebracht werden sollen. Die ersten Fäden einer direkten Verständigung sind gesponnen, Rathenau hat seinen guten Willen gezeigt, es kommt jetzt aber darauf an, daß man auch in Frankreich ernstlich bemüht ist, den Wiederaufbau mit deutscher Hilfe in verstärktem Maße und in schnellerem Tempo zu bewerkstelligen.

*

Loucheur erstattet Bericht über die Zusammenkunft mit Rathenau.

Aus Paris wird uns berichtet:

Minister Loucheur kehrte Dienstag 11 Uhr vormittags nach Paris zurück. Dem Ministerrat, der sich zu gleicher Zeit unter dem Vorsitze Millerands im Elysee versammelte, erstattete er zuerst über seine Zusammenkunft mit Rathenau Bericht. Er erklärte, daß die Besprechung ausschließlich der Frage der Reparationen gedient hat.

Eine halbamtliche Auslassung

erklärt über diese Besprechung: Die Initiative hierfür ging von der deutschen Regierung aus. Diese hatte die französische benachrichtigt, daß sie den Wunsch habe, mit ihr die Frage der Reparationen zu erörtern. Sie hatte bei Briand der Gelegenheit angeregt, die Eröffnung der französischen Kunstausstellung in Wiesbaden zu benutzen, damit eine Zusammenkunft mit dem deutschen Minister für Wiederaufbau erfolge. Die beiden Minister kamen am Sonntag morgen zuerst in Berührung und sahen sich nachmittags wieder. Ihre Besprechungen gingen Montag nachmittag zu Ende. Im Laufe der zehnstündigen Besprechungen bestand die Konversation hauptsächlich in einem Gedankenaustausch. Man klärte sich gegenseitig über die Art und Weise auf, wie Frankreich und Deutschland ihrerseits gewisse Fragen ins Auge fassen. Der deutsche Minister kannte z. B. die wichtigsten Bestimmungen des französischen Gesetzentwurfs über die Reparation der angerichteten Schäden nicht. Loucheur mußte ihm im einzelnen dieses Gesetz darlegen, um ihm zu erklären,

wie dieses Problem sich in den Augen Frankreichs darstelle.

Auch über den Wiederaufbau der Städte ist die deutsche Regierung nicht genügend über gewisse Fragen aufgeklärt, die sich namentlich auf die Gebiete beziehen müssen, denen die französische Regierung Rechnung tragen muß. Die beiden Minister wollten vor allem nicht nur erörtern, sondern ihren Standpunkt darlegen, was dazu führen sollte, der einen oder der anderen Lösung in gewissen Fragen den Vorzug zu geben. Sie suchten sich über Berührungspunkte zu unterrichten und auch über solche, die unzweifelhaft Schwierigkeiten an dem Tage hervorrufen mußten, wenn die Besprechungen wieder aufgenommen werden, um zu einer sofortigen Lösung zu gelangen. Nachdem durch diese der Boden gereinigt war, stellte Loucheur seinem Unterredner eine beträchtliche Anzahl von Fragen, nicht, um von ihm sofort eine Antwort zu erhalten, sondern um ihn einzuladen, darüber nachzudenken, damit an dem Tage, wo die Besprechungen wieder aufgenommen werden, kategorische Antworten erfolgen könnten. Die Frage der Holzhäuser gehört dazu. Der französische Minister forderte darüber genaue Feststellungen.

Die letzte Zusammenkunft fand in Gegenwart von Dr. Bergmann statt, den Rathenau aus Berlin rufen ließ und den Loucheur bereits kannte. Dieser wird

in Paris die Verhandlungen fortsetzen,

und zwar an dem Tage, an dem Rathenau sein endgültiges Programm ausgearbeitet haben wird. Zwischen ihm und Loucheur ist für Freitag den 24. Juni eine neue Zusammenkunft festgesetzt worden.

Der Minister für die befreiten Gebiete zeigte sich von der ersten Sitzung sehr befriedigt. Er fand in seinem deutschen Kollegen einen in allen wirtschaftlichen und finanziellen Fragen sehr erfahrenen Mann, der den sehr ernsten Wunsch habe, zu einem Einvernehmen zu gelangen und der in seinen Erörterungen von vollem Freimut beseelt ist.

Was die Änderung des Index anbelangt, d. h. Ersatz der Ausfuhrtaxe durch einen anderen Index, so machte Rathenau keinen Vorschlag. Er isolierte die Frage. Bezüglich der Naturalzahlungen wurde erklärt, daß diese nur im Verhältnis zur Gesamtheit der deutschen Schuld gering sein könnten. Sie dürften keinesfalls ein Fünfzehntel dieser Schuld übersteigen. Was namentlich die 25 000 Holzhäuser anbelangt, so bemerkte Loucheur, daß es sich dabei nicht nur um eine Frage der Bezahlung in natura, sondern auch um eine Frage des festzusetzenden Preises handele. Bisher seien die von den Deutschen geforderten Preise nicht vorteilhaft.

Die vorbereitenden Besprechungen liefen nur auf eine Sondierung hinaus. Sie bestanden namentlich in einem weitreichenden Gedankenaustausch, aber die Bedeutung der Besprechung ist deshalb nicht weniger groß.

In England erregt die Zusammenkunft zwischen Rathenau und Loucheur unangenehmes Aufsehen.

Aus Paris wird berichtet: Die Engländer hegen den Verdacht, daß man eine große Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich auf metallurgischem Gebiet in Aussicht nahm, von der Loucheur schon gelegentlich der Londoner Konferenz gesprochen habe und wodurch der englischen Metallindustrie neue schwere Konkurrenz geschaffen würde. Es sei bekannt, daß in dem letzten Jahre wiederholt zwischen Loucheur und Stinnes Besprechungen stattfanden, und daß Stinnes gelegentlich der Brüsseler Konferenz, wie schon anläßlich der Zusammenkunft von Spa bei Millerand einen Besuch gemacht hätte, um ihn für diese Zusammenarbeit zu gewinnen. Millerand hatte es abgelehnt, einen derartigen Plan im Namen Frankreichs in Erwägung zu ziehen. Diese Haltung Englands müsse namentlich dazu führen, die Frage zu ordnen, ob die Zusammenkunft zwischen Rathenau und Loucheur in diesem Augenblick wünschenswert und vorteilhaft für Deutschland wäre.

Ein weiterer Termin der Kriegsbeschuldigtenprozesse

ist auf den 8. Juli anberaumt worden. An diesem Tage wird gegen den Generalleutnant a. D. v. Schack aus Kassel und den Generalmajor Kruska aus Bremke (Kreis Göttingen) verhandelt. Beide werden von der französischen Regierung beschuldigt, in den Jahren 1914—1915 im Gefangenenlager Niederzwehren bei Kassel in Zusammenwirkung als Ortskommandant und Vorsteher des Gefangenenlagers den Ausbruch von Typhus verschuldet und dadurch Gefangene getötet zu haben.

Das Reichskabinett

befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung in Anwesenheit des Wiederaufbauministers Rathenau mit den Wiesbadener Verhandlungen über die Wiederaufbaufrage.

Einladung Rathenaus zum Obersten Rat?

Der Londoner Berichterstatter des „B. T." erfährt, daß der Oberste Rat auf Ersuchen Loucheurs wahrscheinlich Rathenau einladen werde, seine Pläne persönlich oder durch einen Vertreter in der nächsten Sitzung des Obersten Rates zu erörtern.

Eine beachtenswerte englische Pressestimme.

London, 15. Juni. Der Pariser Berichterstatter des „Manchester Guardian" schreibt über die Zusammenkunft Rathenaus und Loucheurs, wenn das fürchtbare Hindernis Oberschlesien überwunden werden könnte, dann wäre es nicht voreilig zu erklären, daß Frankreich zum ersten Male seit dem Kriege sich endgültig in der Richtung eines wirklichen Friedens mit seinem geschlagenen Nachbar bewege.

Der Eindruck in Frankreich ist sehr günstig.

Paris, 15. Juni. Zu den Verhandlungen zwischen Rathenau und Loucheur berichtet Havas noch: Nach dem Eindruck in Paris und den aus Berlin eingegangenen Informationen scheine es, daß der Eindruck über die ersten erzielten Ergebnisse sowohl auf französischer wie auf deutscher Seite sehr günstig sei. In den Wandelgängen der Kammer habe man sich sehr eifrig über die Wiesbadener Besprechungen unterhalten, und die Abgeordneten hatten fast einstimmig die Politik der Regierung gebilligt. Sie sehen darin ein Anzeichen für eine Politik der Realisationen, die Briand zu seinem Programm gemacht habe.

Frankreichs neuer Vorwand für seine Unterstützung der Polen.

Berlin, 15. Juni. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Nach Pariser Meldungen ließ das französische auswärtige Amt der Presse eine Erklärung zugehen, in der gesagt wird, daß angesichts der Haltung der deutschen Vertreter in Oberschlesien sich die Notwendigkeit eines energischen Schrittes in Berlin ergeben habe. Der französische Botschafter in Berlin sei aufgefordert worden, der deutschen Regierung zu erklären, daß die vollkommene Wiederherstellung der Autorität der Interalliierten Kommission in Oberschlesien durch die Haltung der deutschen Elemente in Oberschlesien nicht mehr gefährdet werden dürfe. Ähnliche Vorstellungen sollen durch die Vertreter Englands und Italiens in Berlin erhoben werden. — Gegenüber ähnlichen Meldungen ist bereits darauf verwiesen worden, daß der deutsche Selbstschutz in Oberschlesien nicht der Berliner Regierung unterstehe, sondern der Gebietshoheit der Interalliierten Kommission in Oppeln.

Polnische Lügen zu den Deutschenverfolgungen in Ostrowo.

Berlin, 15. Juni. (WTB.) Im Anschluß an die Schritte des deutschen Vertreters in Posen wegen der Deutschenprogrome in Ostrowo am 2. Juni ist am 11. Juni nachstehende Warnung der Wojwodschaft Posen veröffentlicht worden: „Die hiesige Bevölkerung ist infolge der massenhaften Landesverweisungen der Polen aus Deutschland beunruhigt, und indem sie die Scharen der zurückkehrenden Flüchtlinge betrachtet, hat sie die Parole der Rache ausgegeben, die bezweckt, die hiesigen Bürger deutscher Nationalität zu zwingen, Polens Grenzen zu verlassen. Ich halte es für meine Pflicht, auf die Ungesetzlichkeit solcher eigenmächtigen Handlungen aufmerksam zu machen, um so mehr, als die Gefahr vorliegt, daß verbrecherische Elemente die Vorgänge zu Raub und Plünderungen ausnutzen können. Ich rufe daher alle Bürger auf, die Vorschriften des Gesetzes, Recht und Ordnung aufrecht zu erhalten und Einflüsterungen kein Gehör zu geben, die offenbar darauf hinausgehen, dem polnischen Reiche unmittelbar zu schaden. Der Wojwode." — Zu diesem Erlaß ist zu bemerken, daß die einleitenden Worte geeignet sind, eher aufreizend als beruhigend zu wirken. Eine polnische Behörde sollte nicht öffentlich von massenhaften Landesverweisungen der Polen aus Deutschland und Scharen der Flüchtlinge sprechen, wenn durch die amtlichen Feststellungen bereits klargelegt worden ist, daß derartige Behauptungen falsch sind. Offenbar soll damit die unverantwortlichen Deutschenverfolgungen in Ostrowo verschleiert werden. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß seit Abtretung der deutschen Teilgebiete an Polen unter dem Zwange der unerträglich gewordenen Lebensbedingungen fast eine halbe Million Deutscher aus diesen Gebieten nach Deutschland zurückgekehrt ist, während die mehr als 600 000 in Deutschland lebenden Polen nach wie vor unbehelligt unter dem Schutze der deutschen Gesetze leben. Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß sich die Verfolgungen nicht nur auf Deutsche und Juden, sondern schon auf die Evangelischen polnischer Zunge erstrecken. Es steht zu hoffen, daß die polnische Regierung sich der Gefahr bewußt wird, die in einer weiteren Ausdehnung dieser Vorkommnisse liegen dürfte.

170 Millionen Franken Zollerpressung am Rhein.

Paris, 15. Juni. (WTB.) Die Zollsanktionen am Rhein haben nach dem Matin im ersten Monat die Summe von 170 Millionen Franken ergeben.

Die Ohnmächtigkeit der Alliierten gegen die von Frankreich unterstützten Polen.

Breslau, 15. Juni. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Die Einstellung der Säuberungsaktion durch die Interalliierte Kommission in Oberschlesien wird in oberschlesischen Kreisen dahin beurteilt, daß die Kommission nicht imstande ist, von sich aus einen einheitlichen Aktionsplan durchzuführen. Die Truppen entbehrten jeder zielsicheren Leitung. Sie standen auf Befehl der französischen Generale in kleinen Gruppen verzettelt, welche vorrückten, ohne daß das Gebiet gesäubert wurde. Infolgedessen tauchten hinter dem Rücken der Engländer sofort wieder Insurgenten auf und so dürfte es den Engländern nicht möglich sein, den Säuberungsplan durchzuführen. Man nimmt an, daß nach weiteren Beratungen in Paris und London eine Entscheidung gefällt wird.

Um das in Amerika beschlagnahmte deutsche Eigentum.

Paris, 15. Juni. (WTB.) Nach der Chicago Tribune enthält die Resolution Porter über die Herstellung des Friedenszustandes zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten, die am Montag im Repräsentantenhause angenommen worden ist, eine Verlängerung der Bedingungen über das in Händen der amerikanischen Treuhänder befindliche deutsche Eigentum.

Russisch-amerikanische Wirtschaftsverhandlungen.

Paris, 15. Juni. (WTB.) Wie die Chicago Tribune erfährt, wird sich Krassin zu Verhandlungen über einen Wirtschaftsvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland nach Washington begeben. In Verbindung damit werde er noch in Kanada über die Ausführung des gegenwärtigen englisch-russischen Abkommens verhandeln. Beide Nachrichten seien dem Blatte zufolge aus an eine gewisse Botschaft in London gelangten Telegrammen entnommen.

Die französische Postgewerkschaft für Moskau.

Paris, 15. Juni. (WTB.) Auf dem Kongreß der Gewerkschaften der Arbeiter der Post-, Telegraphen- und Telephonverwaltung haben die Kommunisten mit einer kleinen Mehrheit gesiegt, und zwar mit 63 gegen 57 Stimmen bei 14 Stimmenthaltungen. Das ist die zweite Gewerkschaft nach den Eisenbahnern, die eine Mehrheit für den Anschluß an die Internationale von Moskau ergeben hat.

Der neue japanische Kriegsminister.

Paris, 15. Juni. (WTB.) Nach einer Havasmeldung aus Tokio wurde General Yamanaski zum Kriegsminister ernannt.

Neuer amerikanischer Botschafter in Madrid.

Paris, 15. Juli. (WTB.) Nach einer Meldung aus Washington ist zum amerikanischen Botschafter in Madrid Byres Wood ernannt worden.

Eine Rekordernte in Amerika.

London, 15. Juni. (TU.) Der „Manchester Guardian" berichtet über die wirtschaftliche Lage in den Vereinigten Staaten u. a. folgendes: Soweit es sich übersehen läßt, sind die Ernteaussichten dieses Jahres so gut, daß eine den Rekordertrag der letzten übertreffende Ernte erhofft wird.

Die Lage im Reiche.

Eine Vermehrung der Schutzpolizei im mitteldeutschen Industriegebiet geplant.

Auf eine kleine Anfrage des Abg. Dr. Cremer (D. Vpt.) im Reichstage über die

Kohlendiebstähle in Mitteldeutschland

ist nunmehr vom Reichsminister des Innern folgende Antwort erteilt worden:

„Es ist richtig, daß im mitteldeutschen Braunkohlenrevier die Kohlendiebstähle in unerhörter Weise überhand genommen hatten, und daß zum Teil überfälle bewaffneter Banden auf die Kohlenwerke und beladene Eisenbahnwagen vorgekommen sind. Der preußische Minister des Innern, der in erster Linie für die Ruhe und Ordnung in diesem Gebiet verantwortlich ist, hat daher bereits im Februar 1921 den Regierungspräsidenten in Merseburg angewiesen, gegen die genannten Mißstände durch undermutete Einsatz starker Kräfte der Schutzpolizei unter Zuziehung von Kriminalbeamten vorzugehen. Infolge dieser Maßnahme haben die Diebstähle erheblich abgenommen. Um sie auch in Zukunft nach Möglichkeit zu verhindern, ist eine Vermehrung der Schutzpolizei im mitteldeutschen Industriegebiet vorgesehen worden. Dem Antrag der Kohleninteressenten, den auf den einzelnen Werken angestellten Grubenwachmeistern auch außerhalb des Grubengeländes die Eigenschaft von Hilfspolizeibeamten zu verleihen, konnte aus grundsätzlicher Erwägung nicht entsprochen werden."

Eine amtliche Veröffentlichung über den mitteldeutschen Aufruhr.

Halle, 15. Juni. Um Aufklärung über den mitteldeutschen Aufruhr, seine Ziele und seine Förderer zu verbreiten, beabsichtigt das Ministerium des Innern, im Verein mit dem Justizministerium das gesamte Tatsachenmaterial, besonders die in der kommunistischen Zentrale, Reilstraße 84 in Halle, beschlagnahmten Schriften, nach Verendigung der schwebenden Prozesse, vor allem des Hölzprozesses, in einer billigen Drucksache der Allgemeinheit zugänglich zu machen.

Der verschollene Kommunist Scholem.

Am 2. Juni hatte der preußische Landtag beschlossen, der Staatsanwaltschaft die Erlaubnis zu geben, den Abg. Scholem-Halle (Kommunist) wegen Hochverrats zu verhaften. Ein Haftbefehl ist durch die Staatsanwaltschaft erlassen worden. Herr Werner Scholem

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210615-11/fragment/page=0001

ist aber nirgends auffindbar. Wie verlautet, soll er einen Sommerurlaub nach Sowjetrußland bereits am 1. Juni angetreten haben.

Der bayerische Landtag und die Ermordung des Abg. Gareis.

München, 15. Juni. Im Landtage haben die Abgeordneten Neumann und Genossen von der USPD. folgende Interpellation eingebracht: Durch terroristische Gruppen werden seit längerer Zeit Attentate auf Abgeordnete des bayerischen Landtages verübt, die in dem Falle des Abgeordneten Gareis zum Morde geführt haben. Was hat die Staatsregierung getan, um das Treiben dieser Gruppen zu unterbinden oder was gedenkt sie in Zukunft zu tun? — Zugleich hat die Fraktion der USP. an den Präsidenten des Landtages einen Antrag gestellt, sobald als möglich das Plenum einzuberufen und die Interpellation auf die Tagesordnung der ersten Sitzung zu setzen. Am Dienstagnachmittag hat sich die sozialdemokratische Fraktion versammelt, um zur gegenwärtigen Lage Stellung zu nehmen. Wie die Blätter melden, besteht die Absicht, die Ermordung des Abgeordneten Gareis auch zum Gegenstand einer parlamentarischen Aktion zu machen.

Der Kampf um den Entwurf des Reichsschulgesetzes

beginnt im ganzen Reiche zu entbrennen. Die ablehnende Stellung der Deutschen demokratischen Partei dazu ist bekannt. Nachdem in der vergangenen Woche der Bezirksverband Berlin nach Vorträgen von Generalsekretär Tews und der Abgg. Kopsch und Hartmann eine energische Entschließung dagegen angenommen hatte, haben nunmehr auch der große Vertrauensausschuß der D. d. P. für Leipzig und Umgebung und die Kreisgruppe Nordhausen ähnliche scharfe Einspruchsentschließungen an die Reichstagsfraktion der D. d. P. übermittelt.

Die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag.

Bei der Frage der Regierungsbildung ist vielfach von der Mehrheit die Rede gewesen, auf die eine Regierung sich stützen kann und muß. Durch die Nachwahlen in den Abstimmungsgebieten hat sich die Stärke der Parteien gegenüber dem Ergebnis vom 6. Juni 1920 verschoben. Es zählen jetzt die Mehrheitssozialdemokraten 108; das Zentrum 72; die Deutschnationalen 71; die Deutsche Volkspartei 65; die Unabhängigen 61; die Demokraten 40; die Kommunisten 25; die Bayerische Volkspartei 20; der Bayerische Bauernbund 4; die Welfen 2 Mitglieder. Hierbei ist zu bemerken, daß drei Welfen dem Zentrum als Hospitanten beigetreten sind. Keiner Fraktion gehört ein Abgeordneter an.

Oberschlesier-Hilfswerk.

Berlin, 15. Juni. Reichspräsident Ebert hat, wie wir erfahren, den Ehrenvorsitz des Ehrenausschusses des Oberschlesier-Hilfswerkes übernommen. Zahlreiche Spenden sind dem Oberschlesier-Hilfswerk bereits zugegangen. In hochherziger Weise hat Herr Krupp von Bohlen-Halbach einen Betrag von 250 000 ℳ gestiftet.

Die nordwestliche Gruppe der Eisen- und Stahl-Industriellen (Rheinland—Westfalen) hat den Beschluß gefaßt, ihren Mitgliedern anzuraten, 5 ℳ pro Kopf der Belegschaft dem Oberschlesier-Hilfswerk bei der Reichsbank Jägerstraße auf Konto „Oberschlesier-Hilfswerk“ zur Verfügung zu stellen.

Die deutsch-österreichische Anschlußfrage.

Berlin, 15. Juni. Der österreichisch-deutsche Volksbund veranstaltete gestern abend eine Aussprache über die deutsch-österreichische Anschlußfrage. Der Landeshauptmannstellvertreter von Salzburg führte aus, heute glaubt in ganz Deutschösterreich niemand mehr an eine Kredithilfe der Entente. Die Zeit für den Anschluß sei im November 1918 verpaßt worden.

Ein Kommunistenführer verhaftet.

h. Halle, 15. Juni. Bei der Aushebung einer Kommunistenversammlung in Breslau wurde auch der Bezirksleiter der KPD. im Bezirk Halle-Merseburg, Elsner, verhaftet. Der Verhaftete war bei den letzten Märzunruhen einer der Hauptführer, er suchte aber bald das Weite und wurde steckbrieflich verfolgt.

Politische Uebersicht.

Die wirtschaftliche Lage Rußlands.

Kopenhagen, 15. Juni. Der „Berlingske Tidende“ wird aus Helsingfors telegraphiert: Der Führer der kürzlich aus Rußland zurückgekehrten finnischen Handelsabordnung Direktor Hovilainen erklärte Pressevertretern, die Russen hätten sowohl in Moskau als auch in Petersburg große Mengen Exportwaren aufgestapelt, namentlich Hanf, Leder, Häute und Pferdehaare. Der größte Teil dieser Waren stamme noch aus der Zeit vor dem Kriege. Er berichtete weiter, daß in Rußland nur eine ganz geringe produktive Arbeit geleistet würde. In Petersburg mache der ungeheure Brotmangel jede normale Arbeit unmöglich. Indessen habe die Aufhebung des Verbots des privaten Handels eine Erleichterung geschaffen. Die kleinen Fabriken bis zu 50 Arbeitern seien von der Sowjetregierung freigegeben und setzten ihren Betrieb auf eigene Rechnung fort. Die Verkehrsverhältnisse hätten sich etwas gebessert. Zwischen Petersburg und Moskau verkehrten wieder regelmäßige Züge. In Moskau falle der außerordentlich lebhafte Automobilverkehr auf. Es solle dort nicht weniger als 15 000 Autodroschken geben. In Petersburg sei dagegen jeder Wagenverkehr eingestellt. Die Stadt mache einen traurigen Eindruck. Ausfuhrwaren aus Rußland müßten bei der Absendung in der Währung des betreffenden Landes oder in Gold bezahlt werden.

Eine neue französische Kammermehrheit.

Paris, 15. Juni. Eine sehr große Anzahl von Deputierten hat sich zur Herstellung einer sicheren Mehrheit in der Kammer auf ein gemeinsames Programm geeinigt, das sich gegen jede Diktatur, für die Republik und die Weltlichkeit des Staates sowie für die Aufrechterhaltung der Bündnisse Frankreichs entsprechend seiner Würde erklärt, ferner für die Eintreibung der deutschen Schuld ohne Schwäche, um die Anleihen, den finanziellen Ausgleich zu stellen. Die Erklärung trägt bisher 188 Unterschriften.

Die sogen. Kriegsverbrechen im französischen Senat.

Paris, 15. Juni. Im Senat interpellierte Duplandier gestern über die Maßnahmen, die die Regierung in Ausführung des Versailler Vertrags hinsichtlich der Anklageerhebung gegen den früheren deutschen Kaiser und andere Urheber von Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu ergreifen gedenke. Er verlangte eine sofortige Besprechung seiner Interpellation, da die skandalösen Urteile von Leipzig es dringend nötig machten, dem Vertrag Geltung zu verschaffen. Da Briand nicht anwesend war, wurde die Besprechung vertagt.

Polnische Kabinettskrise.

Warschau, 15. Juni. (Priv.-Telegr.) Kaum ist durch die Besetzung des polnischen Außenministeriums durch den bisherigen polnischen Gesandten am Quirinal Scirmund, die langandauernde Teilkrise im Ministerium Witas behoben worden. Scirmund nahm die Ernennung an und trifft zur Übernahme des Ministeriums noch in dieser Woche in Warschau ein — so bricht an einer kaum minder empfindlichen Stelle der Regierung eine neue Krise aus. Der Finanzminister Steczkowski, der seinen ohnehin mit 80 Milliarden Defizit abschließenden Haushaltsvoranschlag als die äußerste Grenze des jetzigen erklärt hat, was er nach der Lage der polnischen Währungs- und Finanzverhältnisse verantworten kann, wurde gestern im Ministerrat bei seinem eigenen Budgetkapitel überstimmt, wobei die Mehrheit des Kabinetts die Ausgaben des betreffenden Budgetkapitels um zehn Milliarden heraufsetzte. Steczkowski antwortete darauf mit der sofortigen Einreichung seines Abschieds. Seine beiden Unterstaatssekretäre schlossen sich ihm an.

Vor einem englischen Metallarbeiterstreik.

London, 15. Juni. Die Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Metallindustrie bezüglich der Herabsetzung der Löhne sind abgebrochen worden. Die Lohnverminderung soll nach Ankündigung der Arbeitgeber kommenden Donnerstag in Kraft treten. An diesem Tage erwartet man, daß die Arbeiter in ganz England in den Streik treten. Falls es dazu kommen wird, wird es in der Metallindustrie nicht weniger als 1½ Millionen Arbeitslose geben.

Ein neuer Balkankrieg?

Paris, 15. Juni. (Priv.-Telegr.) „Paris Midi“ meldet aus London, daß das „Foreign Office“ wegen der Entwickelung der orientalischen Ereignisse in einer sehr großen Verlegenheit ist. Man befürchtet, daß der Balkan vielleicht in einen Krieg hineingezogen werden könne, und daß Bulgarien intervenieren könnte, um Thrazien wieder für sich zu gewinnen. Sollte dieser Fall eintreten, so würde Serbien sich aller Voraussicht nach auf die Seite Griechenlands stellen und wahrscheinlich Rumänien, Ungarn und die Tschecho-Slowakei mit sich reißen. Es werden aus diesem Grund in London alle Anstrengungen gemacht, um den Konflikt auf Griechenland und die Türkei zu beschränken.

Das spanische Königspaar reist nach London.

Madrid, 15. Juni. Nach einer Havasmeldung aus Madrid berichten die Blätter, daß der König und die Königin von Spanien morgen über Paris nach London reisen werden, wo sie etwa 14 Tage verbleiben.

Amerika und England wollen die Ordnung der Welt wiederherstellen.

London, 15. Juni. Der Washingtoner Berichterstatter der Times meldet, daß die Regierung des Präsidenten Harding den Wunsch habe und den Plan verfolge, eine Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und dem britischen Reiche in allen Fragen der Weltpolitik zustande zu bringen. Dieses von der amerikanischen Regierung erstrebte Einvernehmen zwischen den beiden Ländern würde der Times zufolge ohne eine formelle Allianz zwischen ihnen die Lösung der verschiedenen unerledigten Probleme ermöglichen und die Ordnung in der Welt wiederherstellen. Der Präsident kündigte an, daß der Vertrag von Versailles von den Vereinigten Staaten aller Wahrscheinlichkeit nach in nicht ferner Zeit ratifiziert werden wird, allerdings mit weitreichenden Vorbehalten. Es bestehe Grund zu der Annahme, daß bereits durch Vermittelung des Obersten Rates ein Meinungsaustausch mit den Alliierten stattgefunden hat. In dem Plane des englisch-amerikanischen Zusammenwirkens würde die Seemacht ein wichtiger Faktor sein. Der Plan würde umfassen die Beschränkung der amerikanischen Seemacht auf den Stillen Ozean und die Überlassung des Atlantischen Ozeans an England als britische Einflußsphäre. Das würde selbstverständlich die Verzichtleistung auf den Gedanken eines englisch-japanischen Bündnisses notwendig machen.

Japan hält seine Rechte als Mandatarmacht aufrecht.

London, 15. Juni. Nach einer halbamtlichen Mitteilung hält Japan seine Rechte als Mandatarmacht über gewisse Inseln im Stillen Ozean, die ihm durch den Versailler Vertrag zugewiesen sind, aufrecht. Infolgedessen wird es die Internationalisierung irgendeiner dieser Inseln nicht zugeben, da diese einen Verstoß gegen den Vertrag darstellen würde. Indessen heißt es, daß Japan bereit ist, zuzulassen, daß die Vereinigten Staaten vollständige Kontrolle über das amerikanische Kabel erhalten, das über die Insel Yap führt und Menado mit Gum verbindet.

Truppenmeuterei in China.

Paris, 15. Juni. Nach einer Havasmeldung aus Hankau bestätigt es sich, daß die Truppen in Wouschang zahlreiche Läden geplündert und mehrere Gebäude eingeäschert haben, darunter die Münz-, die Regierungsbank und das Gebäude der Nationalversammlung. Eine Schule der amerikanischen Mission wurde gleichfalls zerstört. Zahlreiche Chinesen wurden getötet oder verwundet. Europäer kamen nicht zu Schaden.

Merseburg und Umgegend.

15. Juni.

** **Postverkehr mit Belgien.** Belgien hat den Postanweisungsverkehr in der Richtung nach Deutschland wieder aufgenommen. Vom 15. Juni an sind auch Postaufträge und Postnachnahmen auf eingeschriebenen Briefsendungen sowie auf Briefen und Kästchen mit Wertangabe nach und aus Belgien wieder zugelassen.

** **Einschränkung der Pfennigrechnung.** Die Pfennige, die bei den Gehaltszahlungen abgerundet wurden, mußten bisher für jeden Empfänger und jede Besoldungsgruppe besonders in den Zahlungslisten, den Nachweisungen und Jahresrechnungen nachgewiesen werden. Zur Vereinfachung der Geschäfte und Ersparnis von Arbeit hat jetzt der Reichsminister der Finanzen sich damit einverstanden erklärt, daß der Nachweis dieser Abrundungsbeträge wegfällt. Nur noch die Gesamtsumme der Abrundung ist dem Grundgehalt am Schlusse des Besoldungsdienstes mit der Bezeichnung Abrundungsbetrag zuzusetzen.

** **Aus der Merseburger Geschäftswelt.** Der bisherige Färbereibesitzer Oskar Neuthor hat im Hause Nulandtstraße 8 eine neue Kunstfärberei und Reinigungsanstalt eröffnet. — In der Lindenstraße 10 hat der Kaufmann Martin Müller einen Geflügelhof mit Handlung eröffnet. — Im Handelsregister beim hiesigen Amtsgericht wurden eingetragen: Firma Adolf Reiche Tuchhandlung, Entenplan, Inhaber Kaufmann Adolf Reiche hier; Firma Hedwig Gaudernack Kolonialwarenhandlung, Johannisstraße, Inhaberin Frau Hedwig Gaudernack hier; Firma Adolf Müller Geflügelhof, Lindenstraße, Inhaber Kaufmann Martin Müller hier; Firma Ferdinand Vorsatz-Leipzig mit Zweigniederlassung in Leuna, Inhaber Dachdeckermeister Ferdinand Vorsatz in Leipzig, Prokurist Arthur Vorsatz.

** **40jähriges Arbeitsjubiläum.** Wie uns mitgeteilt wird, feierte am 8. d. M. der Maschinenschlosser Max Hampel bei der Firma C. W. J. Blanke sein 40jähriges Arbeitsjubiläum. Durch seine Kollegen und Mitarbeiter sowie durch die Firma wurde der Jubilar in entsprechender Weise beehrt. Dem treuen Arbeiter, der sich auch in der Öffentlichkeit seit langen Jahren betätigt, zu seinem Ehrentage unseren aufrichtigen Glückwunsch!

** **Freitod.** Gefunden wurde jetzt die Leiche der seit einiger Zeit vermißten 20jährigen Tochter des Heizers Zabel in der Kleinen Sixtistraße hier. Wie aus einem Briefe an ihren Verlobten hervorgeht, hat sie aus Schwermut ihrem Leben ein Ende gemacht und sich in der Saale ertränkt. Die Beerdigung findet in Ammendorf statt.

** **Von dem deutschen Avignon-Sonntag** für die noch in französischer Kriegsgefangenschaft schmachtenden deutschen Kriegsgefangenen hat man wegen des bekannten Wiedersehensfestes der ehem. 12er Husaren hier nichts gesehen. Eine Demonstration oder sonstige Veranstaltung kam dieserhalb nicht zustande. Wohl aber hat man in der Versammlung der 12er Husaren einen Protest an die Regierung beschlossen wegen der Zurückhaltung eines ehemaligen Husaren ebenfalls in dem Gefängnis zu Avignon. Wie uns von der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener, Ortsgruppe Merseburg, mitgeteilt wird, sieht man für die nächste Zeit eine entsprechende Veranstaltung vor. Inzwischen werden aber Geldspenden in dieser ganzen Angelegenheit bei dem Kreishilfsausschuß in Merseburg, Kleine Ritterstraße 15, entgegen genommen.

** **Der Einheitsverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener, Ortsgruppe Merseburg** hielt gestern abend in der „Grünen Linde“ seine sehr gut besuchte Monatsversammlung ab. Elf neue Mitglieder wurden aufgenommen. Zum 2. Vorsitzenden wurde Kaufmann Fritz Voigt gewählt. Es wurde beschlossen, am Sonntag den 19. Juni, nachmittags 1 Uhr, einen gemeinsamen Ausflug mit Kindern nach Collenbey zu unternehmen. Es ist nicht nur für Bewirtung gesorgt, sondern auch brauchbare, wertvolle Geschenke werden zur Verteilung kommen. Zu der Tagesordnung der am 26. Juni in Schkeuditz stattfindenden Tagung des Kreises Merseburg wurde Stellung genommen und folgender Antrag gestellt: „Die Kreisdelegierten wollen beschließen, die Hauptverbandsleitung zu ersuchen, im Reichsausschuß und Reichsarbeitsministerium mit aller Energie darauf hinzuwirken, daß, ähnlich wie bei den Schwerkriegsbeschädigten, die Beschäftigung von Kriegerhinterbliebenen, insbesondere der Einstellungszwang, durch Gesetz geregelt wird.“ Als Delegierte nehmen seitens der Ortsgruppe die Kameraden Marx, Weck, Frau Grobe und Zober teil. Eingehend besprochen und Aufklärung gegeben wurde über die neuesten Entscheidungen des Reichsarbeitsministers und Hauptversorgungsamtes über Einkommensteuerermäßigung für Protesenträger, Ausgleichszulagen an Kriegerhinterbliebene, Schutz von Kriegerhinterbliebenen gegen Zwangsvollstreckung und Gewährung erhöhter Witwenrente auch an solche Frauen, zu deren Haushalt eine Person zählt, die in Abwesenheit der Witwe ihre Kinder wartet und erzieht und für die die Witwe, sei es auch nur durch Gewährung des Unterhaltes, aufkommt. Der in den letzten Tagen durch das WTB. verbreitete Artikel „Erhöhte Zuwendungen für Kriegsbeschädigte“ wurde unter Heranziehung des Reichseinkommensteuergesetzes und seiner Novelle ausführlich besprochen und verschiedene Unklarhiten richtig gestellt. Die Versammlung beschäftigte sich weiterhin mit den jetzt zu bildenden Kreisbeiräten und Jugendausschüssen und setzte die Vorschlagsliste fest. Der Vorstand wurde ersucht, darauf hinzuwirken, daß die zuständigen Stellen vor der endgültigen Bildung der Beiräte und Ausschüsse mit den Organisationen Fühlung nehmen. Über das von der Fürsorgestelle vorliegende Sachen- und Schuhangebot sprach ausführlich der 2. Vorsitzende und empfiehlt, da er die Bestände der Hauptfürsorgestelle genau kennt und hier jetzt auf diesem Gebiete anerkennenswerte Arbeit geleistet wird, allseitig Bestellungen aufzugeben. Den Schluß der Tagesordnung bildeten geschäftliche Mitteilungen und Organisationsangelegenheiten.

** **Der Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. D. A.) Ortsgruppe Merseburg** hielt gestern abend seine Monatsversammlung ab. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Versammlung durch den Schriftführer, behandelte der 1. Vorsitzende Otto einige Eingänge und forderte zu energischer Werbetätigkeit für den Verband auf. Sodann berichtet derselbe ausführlich über die am 4. und 5. Juni in Magdeburg stattgefundene Gründungsversammlung des Gaues Mitteldeutschland des G. D. A. Der nächste Punkt betrifft die Angelegenheit des Ortstarifes, worüber nach Mitteilung des 1. Vorsitzenden am 19. Mai ein Verhandlungstermin vor dem Schlichtungsausschuß in Weißenfels stattgefunden hat. Da der Vertreter der Merseburger Arbeitgeber den geforderten 30prozentigen Zuschlag ablehnte, hat der Schlichtungsausschuß den G. D. A. aufgefordert, Material einzureichen, welches eine Erhöhung des Tarifes rechtfertigt. Dies hat die Geschäftsstelle Halle im Verein mit den übrigen Verbänden getan.

Vom Merseburger Kinderfest.

Welch schönen Klang hat das Wort „Merseburger Kinderfest“. Wie ein holder Stern erschien es alljährlich und liebe Erinnerungen knüpfen sich daran für jung und alt. Einst hätte kaum jemand gewagt, etwas gegen unser Kinderfest zu sagen, nun wird es in dem Streit der Meinungen hin und her gezogen. Eine freundliche Merseburgerin bittet mich, ihr und aller ihrer Bekannten Meinung in Bezug auf den in Nr. 131 des „Merseburger Korrespondenten“ stehenden Artikel über das Kinderfest zu veröffentlichen. „Es hat uns direkt empört, zu hören, daß nach des Schreibers Meinung das Fest hauptsächlich für die Erwachsenen sei. Ich kann mich erinnern, daß meine Schwestern und ich als Kinder schon tagelang vor dem Fest, abends, ehe wir zu Bett gingen, inbrünstig zum lieben Gott gefleht haben, er möchte gutes Wetter zu dem heißersehnten Tage senden. Auch bin ich mir aus meiner ganzen Schulzeit nicht bewußt, daß wir aufgeatmet hätten, als das Ende des schönen Tages heranrückte, ich kann eher das Gegenteil behaupten.“ Sie sagt ferner, der Einsender sei sicher kein Merseburger Kind, sonst hätte er nicht so schreiben können; seine Gründe, außer der Finanzfrage, seien nicht anzuerkennen.

In der Tat: uns Merseburger Kindern, alt und jung, ist das Kinderfest lieb und wert. Insonderheit in den alten einfachen Zeiten, wie wunderhübsch war unser Kinderfest, ein wirkliches Kinderfest mit all den von lieber Hand geschmückten jubelnden und spielenden Kindern, an dem auch die Erwachsenen ihre hohe Freude hatten und in Hinblick auf die frohe Kinderschar sich zurückträumten in jene goldenen Tage, da sie selbst dabei waren. Freudig und wehmütig klang es im Herzen: Wohl euch, ihr lieben Kinder, so gut hatten wir es auch einmal!

Damals hatten auch viele Familien ihr eigenes Zelt. Ei, war das eine feine Sache! Da gab es lieben Besuch aus der Stadt oder von auswärts. In den Familienzelten gab es Kaffee und Kuchen und dergl., es war der Stolz der Hausfrau, etwas Gutes zu bieten! In anderen Zelten ist reichlich Erquickung für Herz und Mund. Die Kinder bekommen Festbretzeln, Festsemmeln und einen labenden Trunk. Den Lehrern, welche die schwierige Aufgabe haben, ihre Schüler zu beschäftigen und ihre buntgestalteten Spiele zu leiten, wird im Magistratszelt eine Ruhestätte und eine kleine Stärkung mit Brot, Wurst und Bier von der Stadt geboten. Die Geistlichkeit und andere Festgenossen finden freundliche Aufnahme. Mitglieder der Stadtbehörden sind liebe Wirtsleute und nehmen Anteil an Speise und Trank. Musik ertönt!

Auf dem Festplatz welch ein Plaudern und ein Treiben! Von Halle ging ein Extrazug nach Merseburg. Was war das für ein Kommen und Gehen, ein Grüßen und ein Händeschlag, ein Austausch und ein lebendiger Verkehr. Dabei überall das fröhlich muntere Spiel der Kinder, denen die Freude aus den Augen leuchtet und die Freude der Kinder überträgt sich mit holdem Zauber nicht nur auf ihre Angehörigen, die mit besonderem Wohlgefallen auf ihre Kinder schauen, sondern auch auf all das Fest-Publikum, so daß es in der Tat ist ein Fest für groß und klein. Was kann es Schöneres geben! Auswärtige Besucher erklärten: „So etwas können wir euch Merseburgern nicht nachmachen!“

Wenn die Freude von den Kindern auf die Erwachsenen übergeht, so wird es damit nicht ein Fest für Erwachsene, sondern es ist und bleibt unser liebes Kinderfest, das klein und groß ergötzt. Wie tief innig sich solche Verbindung vollzieht, bezeugt das 50jährige Jubiläum 1893, bei dem ehemalige Schüler und Schülerinnen so gern dem Ruf zur Teilnahme folgten und damit bewiesen, wie gern sie als Kinder dabei waren. Hochfeierlich und erhebend war das Erscheinen im Festzuge der weiland Schüler und Schülerinnen, die schon von 50 Jahren beim ersten Kinderfest am 1.—4. Juli 1843 dabei waren. Ich weiß, wie gern sie wieder mitmachten. Unverständlich wäre die freudige Teilnahme, wenn ihnen das Kinderfest nicht von jeher Freude gemacht hätte.

Ich selbst muß bekennen, daß ich von meiner Schulzeit her das Kinderfest in sehr lieber Erinnerung habe und weiß es auch von meinen Mitschülern, daß wir alle das Kinderfest sehr gern hatten. Herzlichst haben wir uns darauf gefreut bei all den hübschen Vorbereitungen und der Festtag selbst mit seinem Feierklang und seiner Fröhlichkeit war uns eine hohe Freude. Fürs Leben unvergeßlich hehre Erinnerungen bringt es mir. Jedesmal wenn das Schlußlied „Nun danket alle Gott“ ertönt, muß ich an den Schluß meines ersten Kinderfestes gedenken und der Worte, die damals meine liebe Mutter zu mir sprach. Man sage nicht, das sei gerade ein Beweis, daß es ein Fest für Erwachsene ist. Ach nein, dies Gedächtnis habe ich schon als Kind gefeiert.

Wer uns zu meiner Schulzeit gesagt hätte, daß wir das Kinderfest nicht gern mitmachen und daß es eigentlich ein Fest für Erwachsene sei, den hätten wir eigentümlich angeschaut. Sollte sich inzwischen die Kindesseele so geändert haben, daß sie vom Kinderfest nichts wissen will? Das kann ich nicht für möglich halten.

Auch die Bedenken des Einsenders wegen Sonnenglut und Staub kann ich nicht teilen. Jedenfalls hat uns zu meiner Schulzeit Staub und Hitze nicht geniert. Wer etwa darüber lamentiert hätte, den hätte man mit Bedauern angeschaut. Ich kann mir nicht denken, daß inzwischen sich die Kindesseele so geändert haben soll, daß ihr durch Staub und Hitze die Festfreude zerstört wird. Jetzt freilich haben wir andere Verhältnisse. Manches unterernährte Kind wird bei Staub und Sonnenglut den Strapazen nicht gewachsen sein.

Auch noch andere Bedenken habe ich mit dem Einsender gemeinsam, insonderheit die finanziellen Bedenken. Offenbar langen die beschlossenen 5000 ℳ nicht. Sie verzischen wie der Tropfen auf dem heißen Stein, was wohl bei den jetzigen Teuerungs-Verhältnissen keiner näheren Beleuchtung bedarf. Der Einsender hat diesen lieblichen Punkt genügend illustriert. Überall, wo ich habe davon sprechen hören, ist man fest überzeugt, daß die 5000 ℳ eine Seifenblase sind und daß die Kosten bedeutend höher sein würden. Die Stadt weiß aber schon so wie so nicht, woher sie das Geld zu anderen Dingen nehmen soll, also macht man keine Ausgaben für unnötige Dinge.

Das Kinderfest bedeutet aber nicht nur eine Finanzfrage für die Stadt, sondern auch für die Eltern. Ist es schon für die Stadt beschwerlich genug, zu den vielen anderen Kosten auch noch diese aufzubringen, so trifft es die Eltern hart und besonders gar da, wo mehrere Kinder zu versorgen sind, wie auch der Einsender mit Recht betont. Gewiß wird schon mancher Vater und Mutter mit Kummer berechnen, was sie für die Kinder auszugeben hätten, wenn das einst so beliebte Kinderfest zur Auferstehung kommt. Die Kosten sind bei der Teuerung jetzt für viele Eltern unerschwinglich. Man sollte sie davor behüten. Schon mehrfach hörte ich sagen: Wir lassen die Kinder nicht mitmachen. Man vermeide den Konflikt.

Zur Finanz-Frage kommt die Raum-Frage. Schon in den letzten Jahren des Kinderfestes ging es auf dem Festplatz recht eng zu. Inzwischen sind es bei der Vergrößerung der Stadt noch viel mehr Kinder geworden. Die Bevölkerung in der Stadt und ringsumher hat durch die veränderten Verhältnisse enorm zugenommen. Es würde auf dem Festplatz ein schreckliches Gewimmel von Kindern und Publikum geben, daß die Gemütlichkeit und Festfreudigkeit früherer Zeiten unmöglich macht.

Vor solcher Gefahr wollen wir uns behüten. Wir Merseburger behalten unser Kinderfest in lieber Erinnerung. Wunderhübsch zu lesen ist die 1843 von dem cand. theol. Ferdinand Bäßler herausgegebene Beschreibung des ersten Merseburger Kinderfestes am 1. bis 4. Juli 1843. Wir wissen, daß die Zeit später beschränkt ward. Der Hauptfesttag war der Montag, der dem 1. Juli am nächsten liegt mit Vorfeier am Sonntag-Nachmittag. Jedesmal, wenn der Festtag alljährlich wiederkehrt, gedenken wir unseres lieben Kinderfestes.

Arthur Schwickert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210615-11/fragment/page=0002

indem sie dem Schlichtungsausschuß am 2. Juni die **Tarifverträge** der Städte Weißenfels, Halle und Könnern einschickte und auf Grund dessen einen neuen Verhandlungstermin beantragte. Dieser wird voraussichtlich in aller Kürze stattfinden. Gleichzeitig hat die Tarifgemeinschaft der Merseburger Arbeitgeber den Tarif zum 30. Juni gekündigt. Dieses Schreiben ging am 20. Mai bei der Geschäftsstelle Halle ein. Da eine Kündigung aber spätestens am 19. Mai in den Händen der vorgenannten Stelle hätte sein müssen, hat die Geschäftsstelle die Kündigung nicht angenommen. — Nach Behandlung einiger interner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende gegen 11 Uhr die Versammlung. W.

** **Der Verein der Ostmärker** hielt am letzten Montag im Restaurant „Tivoli" seine monatliche Versammlung ab. Der Vorsitzende gab nochmals bekannt, daß es sich bei der jetzigen Anmeldung von Schadenersatzansprüchen nur um die Sachschäden handle, nicht um die Verdrängungsschäden, und daß die noch fehlenden Anmeldungen recht bald eingereicht werden möchten. Ferner wird von einem Stellenangebot für Ostmärker seitens der Arbeitszentrale Berlin Mitteilung gemacht. Auf die neu eingerichtete Versicherungsstelle des Deutschen Ostbundes bei dem „Deutschen Versicherungsdienst" G. m. b. H. Berlin W35, wird besonders aufmerksam gemacht, da diese Versicherungsstelle bei allen Versicherungsangelegenheiten wirksame Unterstützung gewährt. Die Kulturabteilung des Bundes plant die Herausgabe eines Flüchtlingskalenders und eines Wochenabreißkalenders für 1922 und fordert alle Ostmärker zur kräftiger Mitarbeit auf. Zur Belehrung der Mitglieder, die in den abgetretenen Gebieten ihr Grundstück verkauft haben, wird ein Landgerichtsurteil verlesen, das im Gegensatz zu den bisherigen Urteilssprüchen die Forderung des Gläubigers auf Zahlung der Hypothek in deutscher Währung seitens des Verkäufers ablehnt. Schließlich wird noch ausführlich die Ausgestaltung der Kultur- und Geselligkeitspflege im Verein besprochen und beschlossen, nach Beendigung der Sommermonate mit ostmärkischer Aufklärungsarbeit vor die Öffentlichkeit zu treten. Am Donnerstag, den 23. Juni, soll im „Neuen Schützenhaus" im Anschluß an die jeden Donnerstagnachmittag dort stattfindende Damenzusammenkunft ein geselliges Beisammensein abends stattfinden.

** **Der Imkerverein für Merseburg und Umgegend** unternahm am vergangenen Sonntag eine Wanderfahrt nach Krumpa. Sie galt hier der Besichtigung der mustergültigen Bienenstände des Gutsbesitzers Arthur Hündorf und Lehrers Gustav Schröter. In freundlicher Weise erklärte letzterer die Betriebsweise der Kuntzschbeute auf beiden Bienenständen, die ausschließlich nur vertreten war. Die Kuntzschzwillingsbeute ist ein Breitwabenstock, welcher die Vorzüge der Bienenwohnungen unserer großen Meister in sich vereinigt. Ihrem Namen gemäß ist sie für 2 Völker eingerichtet. Jedes Volk bewohnt 2 Etagen. Die Rahmen sind für beide Etagen gleich (34 mal 33,3 Zentimeter). In den oberen Etagen hängen die Rahmen im Warmbau. Ihre Zahl beträgt 12. Die untere Etage ist durch einen senkrechten kombinierten festen Absperrschied mit wechselbarem Voll- und Gitterschied von vorn nach hinten in zwei Fächer geteilt. Das Fach an der Mittelwand faßt 3, das andere 6 Rahmen. Sie stehen im Kaltbau. In diesen Etagen sind die Rahmen auf Schlitten gestellt. Von den beiden Türflügeln klappt sich der eine nach oben, der andere nach unten auf. Letzterer hängt in wagrechter Stellung in einer Kette und bildet so den Arbeitstisch, der das Herabfallen der Bienen verhindert. Mittels der Schlitten können die Waben aus der unteren Etage je gleichzeitig auf den Arbeitstisch herausgezogen werden. Beim Umhängen werden die Waben auf einen Reserveschlitten umgestellt. Das Dreierfach mit eigenem Flugloch dient zu bestimmten Zeiten und Zwecken zur Absperrung der Königin, zur Königinzucht, sowie als Nebenhonigraum. Die Überwinterung geschieht in der oberen Etage, die dann durch dünne Bretter von der unteren geschlossen wird. Zur Honigentnahme wird der Honigraum von der unteren Etage bienendicht abgesperrt. Eine senkrechte Röhre, die in die Veranda mündet, benutzen alsdann die weisellosen Bienen als Bienenflucht. Es war eine Freude, die beiden Imker an den vollsstarken Beuten arbeiten zu sehen. Keine Unruhe oder ängstliches Zugreifen, keine Belästigung der Zuschauer. Das macht wirklich Spaß, in solchen Bienenwohnungen zu arbeiten. Und so wird mancher der Teilnehmer den Entschluß gefaßt haben, sich auch so schöne Bienenwohnungen anzuschaffen, wenn nur nicht zur Zeit deren Preis zu hoch wäre. Beiden Imkern muß das Lob gespendet werden, sich in der Bearbeitung der Kuntzschbeuten nicht nur gut eingearbeitet zu haben, sondern sich auch eines großen Ordnungssinns zu befleißigen, der springend ins Auge fällt. Wenn so geimkert wird, so muß die Bienenhaltung zu einer wahren Lebensfreude werden. Wenn die Teilnahme an der Besichtigung der Bienenstände sehr zu wünschen übrig ließ, so ist doch zu hoffen, daß der Besuch zu den praktischen Imkerarbeiten am 26. Juni ein weit besserer wird.

** **Ein großes Streichkonzert** veranstaltet die durch gute Darbietungen bestbekannte hiesige Orchester-Vereinigung am morgigen Donnerstag im Garten des Neuen Schützenhauses. Laut Anzeige in dieser Zeitung bieten 30 Mitglieder der Vereinigung einen sicher gefallenden Walzer- und Operettenabend. — Ein ebensolches Konzert wird im selben Lokal von dieser Vereinigung am Dienstag den 21. Juni durch den Kaufmännischen Verein „Normania" an Stelle des gestern abend wegen des ungünstigen Wetters verschobenen Konzerts geboten.

** **Mieterverein Merseburg.** Wie schon im Anzeigenteil dieser Zeitung bekanntgegeben, findet heute abend 8 Uhr im großen Saale des Tivoli eine Versammlung statt, in der über den letzten Verbandstag berichtet werden wird. Die Wichtigkeit der zur Besprechung kommenden Fragen liegt für alle Mieter auf der Hand.

** **Stenographen-Verein Stolze-Schrey.** Wie im Anzeigenteile dieser Zeitung bekanntgegeben, hält der Verein morgen Donnerstag im „Raben" in Schkopau eine Veranstaltung für seine Mitglieder ab.

** **Ein Theaterabend** wird laut Anzeige in dieser Zeitung am morgigen Donnerstag im Casino vom hiesigen Fahrbeamtenverein veranstaltet. Über die Bühne geht das Volksstück „Die Else vom Erlenhof", das in 5 Akten einen recht unterhaltenden Abend bietet.

** **Freier Bildungsabend über die neue Reichsverfassung.** Wie wir hören, veranstaltet das Gewerkschaftskartell Merseburg am Montag den 20. Juni, abends 8 Uhr, einen Bildungsabend in der „Funkenburg". Dr. Berger wird einen Lichtbildervortrag über die Deutsche Reichsverfassung halten und ist der Eintritt zu diesem aufschlußreichen Bildungsabend frei.

** **Zoologischer Garten.** In der größten Abteilung der Fasanerie befindet sich ein unscheinbarer braungrauer Vogel mit nacktem roten Kopf, ein Tallegallahuhn aus Australien. Es gehört zu den Scharrvögeln, im besondern zu den Wallnistern. Mehrere Paare dieser Hühner scharren große Hügel von Laub, Erde und Moos zusammen und vertrauen der Gährungswärme dieser Komposthaufen ihre Eier an, sie treiben gewissermaßen künstliche Brut. Unser Tallegalla hat nun neulich ein Ei gelegt. Unter einer abgestorbenen Tanne hatt das Huhn ein Loch gescharrt und darin das gänsegroße, schneeweiße Ei untergebracht. Vielleicht ist es möglich, einen Hahn zu unserer verwaisten Henne zu bekommen, dann werden unsere Besucher im nächsten Jahre sicher zusehen können, wie beide sich einen Brutofen in Gestalt des beschriebenen Komposthügels zusammenscharren. Der nächste Sonntag ist als billiger Tag mit halben Eintrittspreisen festgesetzt. (Siehe Anzeige in dieser Zeitung.)

*

Notstandstarife für Monats- und Wochenkarten.

Über die bereits angekündigte Herabsetzung der Preise der Monats- und Wochenkarten wird amtlich folgendes bekannt gegeben: Die zum 1. Juni d. J. im allgemeinen Verkehr in Kraft getretene Tariferhöhung, die für Monatskarten eine Berechnung nach 20 Teilfahrten, die Wochenkarten eine solche nach zehn Dreißigsteln des Monatskartenpreises vorsieht, bleibt an sich bestehen. Mit Rücksicht aber auf die schwierige Lage des Arbeitsmarktes, die insbesondere die auf die Benutzung von Monats- und Wochenkarten angewiesene Bevölkerung trifft, hat der Reichsverkehrsminister die Einführung folgender Notstandstarife angeordnet:

Die Monatskarten werden derart berechnet, daß ihnen nicht 20, sondern 16 Einzelfahrten im Monat zugrunde gelegt werden, so daß bei einer Benutzung zur Fahrt zwischen Wohnplatz und Arbeitsstätte an acht Tagen die übrigen Fahrten im Monat frei sind. Die Wochenkarten werden nicht zu zehn Dreißigsteln, sondern zu sieben Achtundzwanzigsteln des Monatskartenpreises berechnet. Hier fährt also der Inhaber bereits nach Benutzung an zwei Tagen der Woche während des übrigen Teiles der Woche frei; auch Kurzarbeiter können daher mit Vorteil von ihnen Gebrauch machen.

Diese Tarifherabsetzungen, die nicht über die Dauer der zurzeit bestehenden Wirtschaftslage hinaus gelten sollen, werden mit größtmöglicher Beschleunigung durchgeführt werden. Mit Rücksicht auf die hierbei zu überwindenden technischen Schwierigkeiten werden aber die neuen Tarife nicht vor dem 1. September eingeführt werden können.

Zum gleichen Zeitpunkte werden die auf anderen Grundsätzen aufgebauten Zeitkarten des Berliner und Hamburger Vorortverkehrs, die am 1. Juli d. J. in Kraft treten, in dem gleichen Verhältnis ermäßigt werden, wie dies bei den Monats- und Wochenkarten des Fernverkehrs geschieht.

*

Die Einreise ins besetzte Rheingebiet.

Aus Frankfurt a. M. wird uns berichtet: Das deutsche Publikum hat heute mehr als je die Pflicht, dem schwer bedrängten Rheinlande seine Teilnahme und brüderliche Zugehörigkeit nicht nur durch leere Proteste, sondern durch Tatsachen zu beweisen, und zu diesen gehört in erster Linie der Besuch der durch die Besetzung ohnehin schon Schwergeschädigten, zudem vorwiegend auf den deutschen Fremdenverkehr angewiesenen Rheinischen Bäder. Die zur Einreise erforderlichen Formalitäten sind zudem viel einfacher als allgemein angenommen wird. Erforderlich ist lediglich ein bei der Ortspolizei des Wohnsitzes erhältlicher Personalausweis, der ein Lichtbild des Reisenden enthalten muß. Eine Kontrolle an der Grenzlinie findet nicht statt.

*

Wetterwarte.

B. W. am 16. 6.: Wolkig, zeitweise aufheiternd, mäßig warm, bisweilen Regen. — 17. 6: Teils heiter, teils wolkig, strichweise etwas Regen, etwas wärmer. — 18. 6.: Ziemlich heiter, trocken, wärmer.

---

§ **Kötzschen,** 15. Juni. Diebes- oder Hehlergut wurde hier erwischt. In der Nacht vom 12. zum 13. Juni wurden hier bei Verfolgung einer verdächtigen Person dieser 2 Pakete Wäsche und Stoffe, Frauenhemden, Bettwäsche, Handtücher, Tischtücher usw. und Schürzen im Werte von mehreren tausend Mark abgenommen. Der Verfolgte gab die Wäsche preis und entkam in der Dunkelheit Gezeichnet ist die Wäsche zum Teil mit Monogramm H. B. und T. B.

g. **Burgliebenau,** 15. Juni. In vergangener Woche wurde auf dem hiesigen Katzenberge durch einen Jagd- und Forstschutzbeamten ein Fundort entdeckt, auf dem frisch ein Stück Rehwild ausgeweidet worden war und als Überreste das Gescheide und ein junges Rehkitzchen lagen, welches demnächst das Licht der Welt hätte erblicken sollen und nun mit der alten Ricke dem tödlichen Blei des Wilderers zum Opfer gefallen waren. Es ist somit kein Wunder, daß das Rehwild immer seltener im hiesigen Auengelände wird, wenn die Wilderer so blindlings ihrer Passion obliegen und schießen was vor dem Lauf kommt.

§ **Keuschberg-Dürrenberg,** 15. Juni. Hauptlehrer Züge in Keuschberg ist durch Verfügung der Regierung der Amtstitel Rektor beigelegt worden.

§ **Ober-Clobicau,** 15. Juni. Der Plan nebst Beilagen für die Erweiterung der Kippe des den Anhaltischen Kohlenwerken in Halle a. S. gehörigen Braunkohlenbergwerkes Elisabeth bei Mücheln liegt auf dem Gemeindeamte in Ober-Clobicau und Nieder-Clobicau in der Zeit vom 13. Juni bis einschl. 19. Juni d. J. zu jedermanns Einsicht öffentlich aus. Der Verhandlungstermin ist auf Freitag den 24. Juni, vormittags ¾9 Uhr, im Verwaltungsgebäude der Grube Elisabeth anberaumt worden.

§ **Lauchstedt,** 14. Juni. Die auf vorigen Donnerstag einberufene Generalversammlung des Ziegenzuchtvereins war derartig schwach besucht, daß man feststellen mußte, daß das Interesse der Mitglieder stark zurügegangen ist. Für die nach dem Gesetz anzuschaffenden Zuchtböcke — es kommen für Lauchstedt drei Böcke in Frage — fand sich niemand, diese in Pflege und Unterhaltung zu nehmen. Es wurde beschlossen, der Stadt-Gemeinde die Anschaffung und Unterhaltung zu überlassen. Es ist bedauerlich, daß unter diesen Umständen die Vorstandsmitglieder sich gezwungen fühlten, ihre Ämter niederzulegen und der Verein seine Auflösung beschloß. Das vorhandene Vereinsvermögen ist der Stadt zur Anschaffungsbeihilfe für die Zuchtböcke überwiesen worden.

Postabonnenten.

Die auswärtigen Bezieher werden gebeten, den Bezug unserer Zeitung **schon jetzt bei dem liefernden Postamt zu erneuern,** damit zum 1. Juli in der Lieferung keine Unterbrechung eintritt. Neubestellungen werden von jedem Briefträger und Postamt entgegengenommen.

---

§ **Schafstädt,** 14. Juni. Am 7. Juni fand in der hiesigen Pferdezuchtgenossenschaft eine Stuten- und Fohlenschau auf der der Weidlichschen Gutsverwaltung gehörigen Pastorenwiese statt. Wenn auch die Schau nicht in allzugroßem Umfange beschickt war, so wurde doch in dem vorhandenen Stuten- und Fohlenmaterial eine Auswahl schönster Tiere geboten, die den eifrigen züchterischen Grund der Genossenschaftsmitglieder erkennen ließ. Die am Schlusse vorgeführten Hengste erregten besondere Aufmerksamkeit. Von den zahlreich erteilten Preisen wurden mehrere der Weidlichschen Zucht zugeschrieben; zugunsten der anderen Aussteller verzichtete Rittergutsbesitzer Weidlich auf die ihm zugedachten Geldpreise, so daß das Geld zu den Preisen der anderen hinzugefügt werden konnte.

§ **Schafstädt,** 15. Juni. Als sich Freitag abend auf der Nemsdorfer Straße die Geschirre des Gutsbesitzers Banse auf dem Nachhausewege befanden, stürzte der Geschirrführer Beditschin, der bei einem Arbeitskollegen mit in der Schoßkelle saß, bei einem Anprall über einen Stein aus der Schoßkelle und kam so unglücklich vor den Wagen zu liegen, daß ihm beide Räder über die Brust hinweggingen und so der sofortige Tod des Verunglückten herbeigeführt wurde. Die Ehefrau und eine Tochter des Verunglückten befanden sich mit auf dem Wagen und waren so Augenzeugen des traurigen Vorfalles.

§ **Kötschau,** 15. Juni. Die ländliche Spar- und Darlehnskasse Kötschau beziffert ihren Vermögensstand vom 31. Dezember 1920 in der Bilanz auf 1 868 726,59 M. Die Mitgliederzahl hat sich im Laufe des Geschäftsjahres auf 70 erhöht. Der Betrag der Haftsumme stieg auf 358 000 M und die Geschäftsguthaben erhöhten sich auf 35 850 M. — Die Bilanz des Landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsverein Kötschau belief sich im Geschäftsjahre 1920 auf 808 546 M in Einnahmen und Ausgaben. Die Zahl der Mitglieder betrug am Ende des Geschäftsjahres 233, ihre Geschäftsguthaben beliefen sich auf 27 900 M und die Haftsummen auf 116 500 M.

w. **Groß-Göhren,** 15. Juni. In der Siedlungssache Groß-Göhren fand gestern Termin statt, welcher vom Regierungsassessor Düsterberg vom Kulturamt Halle geleitet wurde. Vertreter der Antragsteller war Parteisekretär Walther-Merseburg. Abgabepflichtiger Großgrundbesitzer sind die Erben des Rittergutes Poserna. Nach einer kurzen Aussprache einigte man sich dahin, daß den Antragstellern 19 Morgen Land und 4 Morgen Wiese zur Pacht mit Kaufanwartschaft zur Verfügung gestellt werden.

w. **Söffen,** 15. Juni. In der Siedlungssache Söffen fand gestern durch das Kulturamt Halle Siedlungstermin statt, welcher vom Assessor Düsterberg vom Kulturamt Halle geleitet wurde. Abgabepflichtiger Grundbesitzer ist Frau v. Liebers in Kreischau. Vertreten wurden die Antragsteller durch Parteisekretär Walther-Merseburg. Nach einer eingehenden Aussprache einigte man sich dahin, daß den Antragstellern 40 Morgen Land zur Pacht mit Kaufanwartschaft zur Verfügung gestellt wurden. Der Pachtpreis wurde pro Morgen und Jahr nach dem Wert eines halben Zentner Roggens angenommen.

§ **Lützen,** 15. Juni. Der hiesige Bürgergesangverein begeht am 18., 19. und 20. Juni sein 75jähriges Stiftungsfest. Die Teilnahme von auswärtigen Vereinen ist eine außerordentlich große, so daß mit einer Sängerzahl von etwa 800 gerechnet werden kann. — Am 27., 28. und 29. August d. J. begeht der „Turnverein gegr. 1861" sein 60jähriges Jubiläum verbunden mit Fahnenweihe. Die Fahne wurde im Jahre 1913 von der Damenabteilung, unter Leitung der Turnlehrerin Frl. Starke, gestickt. Die Weihe konnte infolge des Krieges bisher nicht vorgenommen werden. Zahlreiche Turner aus der Umgebung haben ihr Erscheinen zugesagt.

§ **Schkeuditz,** 15. Juni. Ihre Meisterprüfung bestanden vor der Handwerkskammer in Halle die Kürschner Gustav Herrmann und Otto Schmidt von hier.

§ **Schlettau,** 15. Juni. Am Sonntag vormittags 10 Uhr fand die Weihe des von der Gemeinde und durch freiwillige Gaben gestifteten Denkmals für ihre im Weltkriege gefallenen Heldensöhne auf dem hiesigen Friedhofe in Gegenwart des Landrats Dr. Lehnsdorf, statt. An der Weihe nahmen teil der Krieger- und der Gesangverein mit ihren Fahnen; letzterer wirkte durch seine Gesangsvorträge an der Weihe mit, sowie auch die hiesige Schuljugend. Die Weiherede hielt Pastor Wernicke und übergab darauf das Denkmal in Schutz und Obhut der Gemeinde.

g. **Lochau,** 15. Juni. In vergangener Woche wurde in der einberufenen Gemeindeversammlung einstimmig beschlossen, in diesem Jahre wieder ein Kinderfest zu feiern, wie dies in der Vorkriegszeit üblich war. Als Zeitpunkt ist der 10. Juli gewählt und nicht wie früher der Herbstanfang. Daneben sollen aber auch die Schulausflüge in die Umgebung nicht außeracht gelassen werden, indem diesmal für die Unterklassen eine Dampferfahrt nach Wettin geplant ist und für die Oberklasse Naumburg, Kösen, Rudelsburg als Ziel ins Auge gefaßt sind.

g. **Aus der Elster- und Luppenaue,** 13. Juni. Die Aussichten der Heuernte haben sich infolge der ausgiebigen Niederschläge und Wärme wesentlich gebessert, so daß auch diese neben der Kornernte einen befriedigenden Ertrag erwarten läßt. Die tieferen Wiesen haben vor den höher gelegenen einen Vorzug, indem auf letzteren das Bodengras zurückgeblieben und nicht in dem Maße wie auf ersteren zur Entwicklung gekommen ist. Auf frühzeitigen Wiesen ist der Graswuchs bereits soweit vorgeschritten, daß der Grasschnitt mit Anfang nächster Woche begonnen werden wird und somit die Heuernte ihren Anfang nimmt.

Mücheln und Umgegend.

15. Juni.

‡ **Querfurt,** 15. Juni. Zum Forstamtsanwalt bei den Amtsgerichten Querfurt und Nebra ist der Forstmeister Jacobi von Wangelin in Ziegelroda für den Forstbezirk Oberförsterei Ziegelroda an Stelle des Forstmeisters Brandt ernannt worden.

‡ **Freyburg** (Unstrut), 15. Juni. In der Nacht zum Sonnabend verübten Einbrecher in das Hauptkontor der Sektkellerei einen Einbruch. Es gelang ihnen aber nicht, die starke Panzerung der Geldschränke zu durchbrechen. Die Schreibpulte waren durchwühlt und was den Einbrechern begehrenswert erschien, wurde von ihnen mitgenommen. Im allgemeinen muß der Einbruch als nicht gelungen bezeichnet werden.

‡ **Schraplau,** 15. Juni. Unsere Stadtverwaltung erzielte bei Verpachtung der städtischen Kirschenplantagen den Preis von 95 000 M.

Einrichtung einer Postkraftwagenverbindung Freyburg—Weißenfels.

Am Freitag den 17. Juni, nachmittags 4,30 Uhr, findet in Freyburg, Gastwirtschaft „Zur Sektkellerei", eine Vertreter-Versammlung von Gemeinden und Gutsbezirken statt, welche an der Einrichtung einer Postkraftwagenverbindung Freyburg—Weißenfels innerhalb des Kreises Querfurt interessiert sind. An dieser Besprechung wird als Vertreter der Oberpostdirektion Halle Postrat Meyer aus Halle über das beabsichtigte Unternehmen sprechen.

Turnen — Spiel — Sport.

Sp.-V. 99 I—V.f.B.-Sangerhausen I 2 : 2.

Ein „Nur Unentschieden" erzielte 99 am vergangenen Sonntag im ersten Kreisverbandsspiel auf dem in bester Verfassung befindlichen Favoritplatz in Halle. Es wurde im Spiel nicht das geboten, was wohl die meisten der Zuschauer erwartet hatten. Es war eben wieder eine Jagd um die Punkte, die dann auch solchen Spielen immer den Stempel aufdrückt. 99 war in seinen Gesamtleistungen die weitaus bessere Mannschaft, doch machten sich die Folgen der schwer erkämpften Gaumeisterschaft recht bemerkbar. Aufgeregt und nervös wurde vielfach gespielt. Die bisher immer vorzügliche Läuferreihe hatte alle Mühe, den schnellen Sangerhäuser Sturm zu halten. Schmeißer, Meißner und Brühns im Tore arbeiteten sicher, an beiden Toren ist Brühns schuldlos. Im Sturm wollte es gar nicht klappen, aber auch eine Folge der Überreiztheit manches Spielers. Dazu reichliches Pech, oft mußte der Pfosten und Latte rettend eingreifen. Die beiden Tore erzielten Haugk und Franke, ersterer mußte infolge Verletzung ausscheiden. Sangerhausen errang durch verwandelten Eckball kurz vor Schluß den Ausgleich. Herr Ficht (Naumburg 05) leitete das Spiel vorzüglich. — 99 II—Wacker III 1 : 1 (Entscheidungsspiel um die Klassenmeisterschaft), 99 III—Wacker IV 0 : 7, 99 IV—98 V 1 : 2, 99 V gegen Wacker VI 3 : 0.

V. f. L. (Liga-Reserve)—Naumburger B.-C. I 3 : 3.

Mit diesem beachtenswerten Resultat kehrte die Reservemannschaft von Naumburg zurück, ein Zeichen, daß sie gegen gute 1. Klasse sich nicht zu fürchten braucht. Aufgefrischt durch jüngeren Ersatz, der sich gut bewährte, zeigte die Mannschaft ein rationelles Kombinationsspiel. — Unglücklicher kämpfte die IV. Mannschaft in Halle gegen 1910 III, sie war von den letzten Spielen nicht wiederzuerkennen, Resultat 7 : 1 für Halle. — Dagegen konnte die V. Mannschaft—1910 IV mit 2 : 1 gewinnen. — Die „Alte Herrenmannschaft" zeigte wieder ihr Können, indem sie T. u. R. Weißenfels „Alte Herren" mit 8 : 3 schlug. — Die anläßlich des Stiftungsfestes von Eintracht-Crumpa zum Diplomspiel eingeladenen Jugendmannschaften schnitten verhältnismäßig gut ab. Crumpas Platz, auf dem Abraum einer Grube angelegt, war nicht einwandfrei. Der lockere Boden verursachte bei jeder Gelegenheit eine Staubwolke, was große Anforderung an die Spieler stellte. Die Resultate sind: V.f.L. III a Jgd.—Crumpa II 2 : 2; V.f.L. III b Jgd.—Crumpa III 5 : 0; V.f.L. II Knaben—Crumpa Knaben 1 : 1. Sämtliche Mannschaften brachten ein Diplom mit nach Hause.

Turn- und Sportverein Neu-Rössen.

Bei dem am vergangenen Sonntag in Weißenfels stattgefundenen Turnfest des dortigen Männer-Turnvereins gelang es Neu-Rössen, beachtenswerte Erfolge zu erzielen. Unter starker Konkurrenz errang Gottlieb Ininger im Kunstturnen mit 69 Punkten den 2. Preis, Johann Rickert im Dreikampf mit 55 Punkten den 3. Preis und Rudolf Müller im Schleuderballwerfen mit 40,35 Meter den 3. Preis. — Morgen Donnerstag, abends 6 Uhr, spielt die Fußballabteilung gegen die Fußballmannschaft der Schutzpolizei Leuna Werke, die über gute Kräfte verfügt. Ein Besuch des Spieles, das auf dem Sportplatz am Koloniegleis stattfindet, ist deshalb zu empfehlen.

Vermischte Nachrichten.

Freilassung gegen 3 Millionen Mark Kaution.

Breslau, 15. Juni. Die Mitinhaber der hiesigen Firma C. Lewin, die Brüder Max und Leo Lewin, die unter dem Verdacht von Kapitalverschiebungen ins Ausland verurteilt worden waren, wurden gegen drei Millionen Mark Kaution auf freien Fuß gesetzt.

Explosion eines Kompressors in einer Dortmunder Brauerei.

Dortmund, 15. Juni. In der hiesigen Union-Brauerei explodierte gestern nachmittag im Maschinenhaus ein Kompressor. Ein dadurch entstandener Brand ergriff das Maschinenhaus und verursachte erheblichen Schaden. Drei Personen wurden durch Brandwunden schwer, drei andere leicht verletzt.

Bevorstehender Streik der städtischen Güterarbeiter in Berlin.

Die Arbeiter der Berliner städtischen Güter beschlossen am Dienstag mit starker Mehrheit, in den Streik zu treten, um ihre Forderungen auf Lohnerhöhung und eine Art Mitbestimmungsrecht in der städtischen Güterverwaltung durchzusetzen. Falls nicht in letzter Stunde ein Ausgleich zustande kommt, tritt der Streik, der sich auf 18 Güter erstreckt, heute in Kraft.

Einstellung der Glasfabrikation in Böhmen.

Wien, 15. Juni. Wie aus Haida gemeldet wird, haben die meisten Glasfabriken in der Tschecho-Slowakei ihren Arbeitern mit der Begründung gekündigt, daß sie wegen weiterer Verschlechterung der Geschäftslage zur Einstellung ihrer Betriebe gezwungen seien.

Wegen Hochverrat und Aufforderung zum Klassenkampf verurteilt.

Breslau, 15. Juni. Vom hiesigen außerordentlichen Gericht wurden wegen Aufforderung zum Hochverrat in Tateinheit mit Aufforderung zum Klassenkampf unter Annahme mildernder Umstände die Redakteure der „Schlesischen Arbeiterztg." Neubert zu einem Jahr drei Monaten, Becker zu einem Jahre Festungshaft verurteilt. Die übrigen drei Angeklagten wurden freigesprochen.

Die Freiheit — unter Arbeitskollegen!

München, 15. Juni. Den Blättern zufolge kam es am Dienstag früh in den Bayerischen Motorenwerken zwischen Arbeitswilligen und sozialistischen Arbeitern zu Zusammenstößen, wobei ein nichtsozialistischer Arbeiter unter dem Zwange des Terrors die Kündigung einreichen mußte. Auf die Drohung der Direktion mit Gesamtaussperrung zog der Betriebsrat die Forderung auf Entlassung des Arbeiters wieder zurück, forderte dagegen die Belegschaft auf, dem Arbeiter jede weitere Arbeit unmöglich zu machen. Der Christliche Metallarbeiterverband wird gegen das Verhalten des Betriebsrates weitere Maßnahmen treffen.

Verantwortlich
für den politischen Teil Franz Rößner; für Provinz, Lokales usw. Philipp Schmitt; für Anzeigen- und Reklameteil Franz Gomm, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Aßmus, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Straße 35.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210615-11/fragment/page=0003

Empfehle
frische Rindskaldaunen
a Pfund 5 Mark,
frisches Rindfleisch,
a Pfund 10 Mark.
jeden Freitag **frische Wurst.**
Paul Wiehe, Fleischermstr.

Haut-, Harn- und Blasenleiden, Magen-, Leber-, Nieren- und Lungenleiden, Krampfader-Geschwüre und Flechten,
selbst veraltete Fälle werden gewissenhaft behandelt. Auskunft erteilt Frau Rautenberg, Merseburg, Neumarkt 68. Sprechstunden von 9—4, Sonntags bis 1 Uhr.

Wie wir ihre Bildgrabverschönerung ohne Berufsstörung besorgen u. evtl. heilen, zeigt unser Buch mit 60 Abbild. Es besteht gegen Einsendung von 5 Mk. oder gegen Nachnahme von **FRANZ MENZEL**, Dresden-Blasewitz. 133

Sparöschen
„Küchenschatz"
empfiehlt
P. Rudolph, Lindenstr. 6.

Mod. Transmissionen sof. lieferbar, Preisl. umsonst. H. & F. Steinbach, Mühlhausen 178 Th.

Moor-
bäder (echte Schmiedeberger) von ausgezeichneter Heilkraft bei Rheumatismus und Frauenleiden und alle anderen Kurbäder.
Johannisbad Merseburg,
Johannisstr. 10, Fernr. 245, 1 Minute vom Markt.

Taschenfahrpläne
mit Fahrpreis-Anzeiger
Stück 2.— Mk.
Wandfahrpläne
Stück 1.— Mk.
vorrätig
Buchdruckerei Th. Rößner.

Geschäfts-Uebernahme.

Einer hochgeehrten Einwohnerschaft von der **Kolonie Neu-Rössen sowie Umgegend** zur gefälligen Kenntnis, daß ich mit dem heutigen Tage das in der Mittelstraße Nr. 28 b gelegene

Kaufhaus

bisher vom Leuna-Werk geführt, als **Filiale** übernommen habe.

Mein Geschäftsprinzip, unter dem Leitstern nur **gute Waren zu vorteilhaften und niedrigsten Preisen** zum Verkauf zu bringen, wird meine vornehmste Aufgabe sein und werde für gute und prompte Bedienung der mich beehrenden Kundschaft Sorge tragen.

Neu-Rössen, den 15. Juni 1921.

Haupt-Geschäft: Merseburg, Gotthardtstraße 19

Walther Bergmann,
Kaufhaus Neu-Rössen.
Kolonialwaren · Delikatessen · Weingroßhandlung.

G.-C. „Fidelio"

Zu unserem am Sonntag, den 19. d. M., von nachmittags 3 Uhr an im **„Tivoli"** stattfindenden

Vergnügen

laden wir unsere werten Gäste nochmals herzlichst ein.
Das Vergnügungs-Komitee.
Der Wirt.

Casino.

Donnerstag, den 16. Juni, abends 7½ Uhr, veranstaltet der hies. Eisenbahn-Fahrbeamten-Verein einen

Theater-Abend.

Zur Aufführung gelangt:
Die Else vom Erlenhof.
Volksstück in 5 Akten.
Gäste und Gönner herzlich willkommen. Eintrittspreis 2 Mk. Der Vorstand.

Buchdrucker-Verein „Gutenberg"
B. d. D. B.

Den Mitgliedern und unseren werten Gästen, die mit Einladung übersehen worden sind, hierdurch zur gefl. Kenntnis, daß unser diesjähriges

Johanniskest

Sonntag, den 19. Juni 1921, von nachm. 3 Uhr an im **„Casino"** stattfindet.
Der Vergnügungs-Ausschuß.

Die kleinen Anzeigen haben den besten Erfolg im Merseba. Korrespondent.

Metall- u. Kautschuk- **Stempel** liefert **H. Hetzler** Kirchstr. 7.

Ausgekämmtes Damenhaar
kauft höchstzahlend
Alfr. Kluge, Bahnhofstr. 8a.

Jeden Posten
alte Zeitungen
kauft auf
Geschäftsstelle d. „Merseburger Korrespondent".

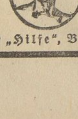
Pfaff-Nähmaschine
mustergültiges Deutsches Fabrikat v. hoher Vollendg.
Vor- und rückwärts nähend
Stricken — Stopfen.
Beste Nähmaschine für Haushalt und Gewerbe.
Erleichterte Zahlungsbedingungen.
Gustav Engel Söhne Tel. 203

Transporte per Bahn

Paul Naumann
Merseburg
Hirtenstraße 11
Fernruf 265

Transporte per Achse — Intern. Möbeltransport
mit und ohne Umladung

Die Hilfe
Zeitschrift für Politik, Literatur und Kunst.
Begründer: Friedrich Naumann.
Herausgeber Wilhelm Heile u. Gertrud Bäumer.
In der Zersplitterung einseitiger Interessenrichtungen und parteipolitischer Strömungen sucht die „Hilfe" alle zukunftsgläubigen Deutschen zusammenzurufen, die an dem Bau eines neuen, auf nationale und soziale Grundlagen gestellten Volksstaates mithelfen wollen.

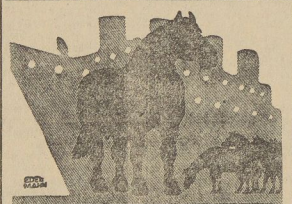


Probeheft kostenfrei. Vierteljahrspreis 10 Mk.
Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40.

Pelze
in grosser Auswahl
Oscar Kirsten
Leipzig
Reichsstr. 10

Neues Schützenhaus

Donnerstag, den 16. Juni 1921, abends ½8 Uhr
Grosses Streichkonzert
Walzer- und Operettenabend.
Ausgeführt von 30 Musikern der hiesigen Orchester-Vereinigung.
Es ladet freundlichst ein
Eintritt 2 Mark. Hermann Eilenberger.
Das Konzert findet im Garten statt.
Bei ungünstiger Witterung wird das Konzert um 8 Tage verschoben.



Wir haben anlässlich der landwirtschaftl. Woche zu Leipzig vom 16.–21. Juni 1921 eine besonders grosse Auswahl direkt importierte erstklassige Arbeitspferde sowie Acker- und Wagenpferde leichten und schwersten Schlages
S. Grossmann & Sohn
Pferde-Import
Leipzig
Frankfurterstrasse 6
GEGR. 1853 TEL. 958

Maler- und Anstreicher-Gehilfen
per sofort gesucht.
Peter Groß, Leuna Werke.
Büro: Spergauer Weg, außerhalb des Kolonietores.

Kaninchenzüchterverein Merseburg und Umgegend.

Donnerstag, d. 16. d. M., abends 8 Uhr findet in der „Funkenburg" eine
außerordentliche General-Versammlung
statt. Tagesordnung: Vorstandswahl.
Um vollzähliges Erscheinen wird gebeten.
Der Vorstand.

Fußballstutzen
in sämtlichen Vereinsfarben vorrätig.
Preislagen:
48.— 32.— 24.—
Fr. Hildebrandt

Biete verm. Damen wünsch. sich bald glückl. zu verheirat. Herren, wenn a. ohne Verm. erhalt. sofort Auskunft durch „Union" Berlin, Postamt 25.

Wo kann sich bess. jung. Mädchen im Frisieren ausbilden?
Werte Angebote unter 4297 an die Exped. d. Bl.

Fleißiges ordentliches
Dienstmädchen
für sofort oder später gesucht.
Geheimrat Müller, Weiße Mauer 48.

Hausmädchen
für sofort gesucht.
Kurt Richter,
Baderestaurant, Lauchstedt.

Tüchtiges Mädchen
bei gut. Lohn sof. oder 1. Juli gesucht **Delgrube 41.**

Aufwartung
für Freitag und Sonnabend gesucht Saalstr. 14.

Suche für Juli Aufwartung (auch Schulmädch.) zur Aushilfe
Hallesche Str. 38, 1 Tr.

Goldener Armreifen verloren.
Finder w. f. m. unter 4287 an die Exp. d. Bl.

Ortsgr. d. Zentrumspartei.
Morgen Donnerstag, den 16. 6., 7½ Uhr abends
Versammlung
im „Tivoli" für Mitglieder und Freunde.
Redner: Stadtverordneter Rektor Spleit, Halle.
Der Vorstand.

Jugend-Versammlung „Deutsche Volkspartei"
Freitag, den 17. Juni 1921, abends 8 Uhr
im „Tivoli", Zimmer 3.
Bericht des Jugendsekretärs von Schellwitz-Halle über: Berliner Jugendtagung.
Freunde können eingeführt werden.

Beamten-Wirtschafts-Verein Merseburg
G. m. b. H.

Geschäfts-Abschluß auf das Rechnungsjahr 1920.

Gewinn- und Verlust-Rechnung.

Verluste:			Gewinne:		
Unkosten-Konto	56 591	72	Waren-Konto	115 715	54
Waren-Rückvergütungs-Konto	34 000	—	Zinsen-Konto	1 024	95
Dividenden-Konto	1 700	—			
Dispositions-Fonds-Kto.	18 000	—			
Hilfsfonds-Konto	2 000	—			
Steuer-Rücklagen-Konto	2 000	—			
Reservefonds-Konto	2 000	—			
Inventar-Konto	229	28			
Reingewinn	219	49			
	116 740	49		116 740	49

Bilanz.

Aktiva:			Passiva:		
Kassen-Konto	8 970	34	Anteil-Konto	42 352	—
Inventar-Konto	4 355	40	Reserve-Fonds-Konto	4 641	64
Waren-Konto	67 403	45	Kautions-Konto	5 000	—
Effekten-Konto	5 000	—	Dispositions-Fonds-Kto.	22 974	30
Kapital-Konto	75 471	99	Kreditoren-Konto	55 733	03
Vorschuß-Konto	2 000	—	Hilfsfonds-Konto	2 400	—
Debitoren-Konto	6 819	28	Steuer-Rücklagen-Konto	2 000	—
Fernsprechbeitrag-Konto	1 000	—	Waren-Rückvergüt.-Kto.	34 000	—
			Dividenden-Konto	1 700	—
			Reingewinn	219	49
	171 020	46		171 020	46

Mitglieder-Bewegung:

Mitgliederstand am 31. Dezember 1919	659
Beigetreten im Geschäftsjahr 1920	160
	819
Im Laufe des Jahres ausgeschieden	25
Zahl der Mitglieder am 31. Dezember 1920	794

mit 854 Geschäftsanteilen = 42 700 Mk. Haftsumme.

Merseburg, den 20. Mai 1921.

Der Vorstand. Müller. Dietz.

2×2=5

ist genau so falsch, wie der Gebrauch von schlechter Wassercreme für Ihre teuren Schuhe! Das Leder wird brüchig, grau, die Kleidersäume und hellen Strümpfe werden beschmutzt, insbesondere bei Regenwetter. Der beste, der reine Terpentinöl-Schuhputz Nigrin ist die einzige Garantie für langes Leben Ihrer Schuhe.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210615-11/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent".

Nr. 137. — Mittwoch den 15. Juni 1921. — 47. Jahrg.

Frankreichs Schuld am Aufstand in Oberschlesien.

Englische Erkenntnis.

Im englischen Unterhause fragte (wie bereits gestern kurz gemeldet) der Abg. Wedgewood, ob es nicht Tatsache sei, daß die gesamte militärische Leitung der interalliierten Truppen in Oberschlesien sich in den Händen der Franzosen befinde und wie könne England irgend eine Besserung erwarten, solange die französischen Sympathien den polnischen Insurgenten . . . gehören, wollte der Abgeordnete sagen, aber der Speaker hinderte ihn an der Vervollständigung seiner Anfrage. Um so offener spricht die ehrliche Presse Englands die Wahrheit aus. Das anständigste Blatt Englands, der „Manchester Guardian" bringt erschütternde Feststellungen über die andauernden und unerträglichen Herausforderungen der Insurgenten, die es nur darauf anlegen, daß die Deutschen wieder angreifen. Offen spricht es das Blatt aus, daß nicht der deutsche Selbstschutz, sondern die Franzosen das Haupthindernis für eine dauernde Lösung bilden. Sein Sonderberichterstatter macht die Franzosen für den Aufstand offen verantwortlich. Von italienischer Seite sei ihm erklärt worden, daß der Unterschied zwischen den Aufrührern und den Franzosen nur darin bestehe, daß die Polen den Aufstand erst beginnen lassen wollten, nachdem der Oberste Rat über die neue Genze Beschluß gefaßt habe. Die Franzosen waren jedoch für eine Vorwegnahme der Entscheidung des Obersten Rates und für den jetzigen Beginn des Aufstandes. Das sind Anklagen schwerwiegendster Art, und Frankreich kann nicht bestreiten, daß alle Tatsachen jene Mitteilungen bestätigen. Der Sonderberichterstatter des englischen Blattes stellt schließlich fest, daß augenblicklich die Franzosen eine vollkommene Vorherrschaft in der Interalliierten Kommission und in der Leitung ihrer Truppenmacht ausüben: „Augenblicklich steht an der Spitze der militärischen Abteilung Oberst Capus, General Gratier leitet die militärischen Operationen, General Le Rond ist der oberste Chef der gesamten Interalliierten Kommission. Die Aufgabe, den Aufstand zu unterdrücken, befindet sich demnach in den Händen von drei französischen Offizieren, die in Übereinstimmung mit der französischen Politik in Oberschlesien wollen, daß der Aufstand gelingt."

Das sind so deutlich präzisierte Anklagen, daß weder Frankreich zu ihnen schweigen, noch England sich weigern kann, endlich das zu tun, wozu es nach dem Friedensvertrag verpflichtet ist.

General Höfer über die Lage in Oberschlesien.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten" veröffentlichen eine Unterredung eines Sonderberichterstatters mit dem Führer des deutschen Selbstschutzes in Oberschlesien, General Höfer. Darin sagt dieser, seine Stellung sei äußerst undankbar und schwierig. Er wolle dem Vaterlande nicht schaden und müsse daher die Truppen in ihrem Tatendrang zurückhalten. „Die Franzosen wollen uns unbedingt ins Unrecht setzen, indem sie uns zum Vorgehen reizen. Das wird ihnen aber nicht gelingen . . . Le Rond fällt mir auf Schritt und Tritt in die Zügel. Mit Gewalt will er uns auf die Stufe der Aufständischen herabdrücken. Die Engländer sind tatsächlich bestrebt, ihre Aufgabe nach bestem Können zu erfüllen, aber durch die Interalliierte Kommission gebunden. Die Franzosen verhalten sich nach wie vor völlig ablehnend, und die Italiener sind ebenfalls zu schwach, um selbständig etwas zu unternehmen. Der englische Kommandant, General Henniker, eine prächtige, offene Soldatennatur, hat vollkommenes Verständnis für meine und des Landes Lage. Mit ihm habe ich mich geeinigt, stehen zu bleiben, nicht wie eine Maschine, sondern in der bestimmten Erwartung, daß man auf der Gegenseite das mir gegebene Versprechen hält.

Die Polen beginnen mit der Räumung.

Ratibor, 15. Juni. Nachdem die Polen vorgestern abend Ratibor mit Artillerie beschossen hatten, haben gestern die Italiener die polnischen Stellungen aus acht Geschützen mit Granaten belegt. Es wurden wirksame Treffer beobachtet. Auf Weisung der Interalliierten Kommission ist seit gestern abend 9 Uhr Waffenruhe eingetreten. In der vordersten deutschen Stellung wurde um ½5 Uhr nachmittags beobachtet, daß die polnische Flagge auf dem 110 Meter entfernten Bismarckturm heruntergeholt wurde. Die Polen zogen sich, den Weisungen der Interalliierten Kommission entsprechend, zurück. Gleichzeitig waren wegen des Austausches der beiderseitigen Abstimmungspolizeibeamten Autos mit Ententeparlamentären zur polnischen Stellung gefahren, von wo sie um ½6 Uhr zurückkamen, ohne indes den beabsichtigten Austausch von 74 deutschen Apo-Beamten gegen 113 polnische durchführen zu können, weil die Polen, obgleich ihnen bekannt war, daß unsere Gefangenen inzwischen nach Kottbus abtransportiert waren, eine viel zu kurze Frist zur Bewerkstelligung des Austausches gestellt hatten. Wie weit die Polen zurückgegangen sind, steht noch nicht fest, man vermutet etwa 10 bis 15 Kilometer. Der deutsche Selbstschutz wird, den Abmachungen mit der Interalliierten Kommission entsprechend, bestehen bleiben. Man rechnet indessen mit dem sofortigen Nachstoß der Italiener, die in Stärke eines Bataillons in Ratibor eingetroffen sind. Die Stadt Ratibor selbst hat durch das wiederholte Artilleriefeuer nicht gelitten. Schwer heimgesucht sind dagegen einzelne Vorstädte. Durch das ständige Gewehrfeuer der Polen sind zahlreiche Zivilpersonen getötet oder verwundet worden.

Trotz des Abkommens erneute Angriffe der Polen.

Berlin, 15. Juni. Zu größeren Zusammenstößen ist es im Laufe des gestrigen Tages in Oberschlesien nicht gekommen, doch haben die Insurgenten ihre Angriffe auf Zembowitz im Kreise Rosenberg erneut aufgenommen. In der Gegend von Rosenberg haben sich nach Abzug der Engländer in südlicher Richtung polnische Banden gebildet, die erneut gegen die Abstimmungspolizei und die deutsche Bevölkerung mit Waffengewalt vorgehen. Es bestätigt sich, daß im Kreise Ratibor die Polen gegenüber der Stadt Ratibor die Ortschaften Markowitz, Lugasini und Hohenbirken geräumt haben.

Einstellung der Säuberungsaktion.

Oppeln, 14. Juni. Die Interalliierte Kommission hat die Säuberungsaktion in Oberschlesien eingestellt. **Als Grund hierfür hat sie den politischen Parteien angegeben, daß der Selbstschutz sich weigere, vor der Niederschlagung des Aufstandes die durch ihn befreiten und beschützten Gegenden zu räumen. Die deutschen Parteien vertreten den Standpunkt, daß es die Aufgabe der Interalliierten Kommission ist, endlich einmal gegen die Insurgenten vorzugehen, nicht aber gegen den Selbstschutz, der sich mit Beendigung des Aufstandes auflöst. Die Bevölkerung kann den von ihr geschaffenen Schutz nicht auflösen, bevor sie durch Taten der Kommission die Gewähr für ihre volle Sicherheit erhalten hat.**

Streit um die Freigabe des Annaberges.

Wie die Blätter weiter aus Oppeln melden, hat zu dem Abbruch der interalliierten Säuberungsaktion der Streit um die Freigabe des Annaberges durch den deutschen Selbstschutz die Veranlassung gegeben. Der 12er-Ausschuß der deutschen Parteien in Oberschlesien, der sich zu General Le Rond begeben hatte, um ihm die Bedingungen für die Auflösung des deutschen Selbstschutzes zu überreichen, wurde von Le Rond zur Räumung des Annaberges aufgefordert. Nach gewissenhafter Prüfung kam der 12er-Ausschuß zu dem Beschluß, daß für die Säuberungsaktion die Notwendigkeit der Räumung des Annaberges nicht bestehe und daß die Forderung ein sichtbares Entgegenkommen gegenüber den Insurgenten bedeute. Aus diesem Grunde glaubten der 12er-Ausschuß und der Führer des deutschen Selbstschutzes die Räumung ablehnen zu müssen. Aus der Tatsache, daß die Polen überall den Rückzug eingestellt haben, lasse sich mit Bestimmtheit schließen, daß General Le Rond mit der Forderung der Räumung des Annaberges eine Bedingung der Insurgenten erfüllen wollte.

Korfanty in Oppeln.

Wie das B. T. aus zuverlässiger Quelle erfährt, trifft Korfanty am Mittwoch in französischer Offiziersuniform in Oppeln ein, um mit General Le Rond zu verhandeln.

Eine internationale Gewerkschaftskommission besucht Oberschlesien.

Die Delegation des internationalen Gewerkschaftsbundes, die aus Jouhaux und Fimmen besteht, ist in Begleitung des Mitgliedes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Kohl und des Sekretärs der dem internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen polnischen Gruppe Zulawski in Oppeln eingetroffen, um von dort aus die Weiterreise ins oberschlesische Industriegebiet anzutreten.

Die Oppelner Ärzte verweigern den Ententemitgliedern jede ärztliche Hilfe.

Nach einer Bekanntmachung des Oppelner Ärztevereins ist der Arzt Dr. Fremd in der Nacht zum 11. Juni von einem Mitglied der französischen Kommission ohne ausreichenden Grund verhaftet, beschimpft und auf einer französischen Wache in Gegenwart eines französischen Offiziers schwer mißhandelt worden. Infolge dieses Vorfalles erklären die Oppelner Ärzte, daß sie den Mitgliedern der Ententekommission jede ärztliche Hilfe so lange verweigern, bis eine ausreichende Genugtuung vorliegt.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 14. Juni.

Ernährungsfragen. — Getreidebewirtschaftung.

Haus und Tribünen sind nur mäßig besucht.

Am Ministertisch: Gradnauer.

Präsident Löbe teilt mit, daß ein weiteres Mitglied des Reichstages, der Abg. Bias-Beuthen (Soz.) von den Polen verschleppt worden ist. Der Reichskanzler habe ihn verständigt, daß amtliches Material darüber noch nicht vorliege, Graf Praschma aber sofort mit der Einleitung von Schritten bei der Interalliierten Kommission beauftragt sei.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Crispien (US.) eine Interpellation seiner Partei über die Ermordung des bayerischen Abg. Gareis und die Auflösung und Entwaffnung der Orgesch-organisationen auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Dr. Geyer (Komm.) schließt sich dem an. Ein Widerspruch erhebt sich nicht.

Minister Gradnauer erklärt, daß noch Verhandlungen mit den Regierungen der Länder schweben, vor deren Abschluß eine Antwort nicht möglich sei. Die Antwort werde aber noch im Laufe dieser Woche erfolgen.

Abg. Kniest (Deutschdem.) fragt, ob es wahr sei, daß die nach Frankreich zu liefernden 25 000 Wohnbaracken an Großunternehmer vergeben werden sollten.

Staatssekretär Dr. Müller bestreitet die Richtigkeit dieser Mitteilung. Im Gegenteil werde die weitestgehende Berücksichtigung des deutschen Handwerks und speziell des Bauhandwerks geplant.

Auf eine Anfrage des Abg. v. Schoch wegen Weitergewährung von Fahrpreisermäßigungen für das Rote Kreuz erfolgt die Antwort, daß die Lage der Reichseisenbahnverwaltung auch die Wiedereinführung dieser Ermäßigungen nicht in Aussicht nehmen lasse.

Auf eine Anfrage des Abg. Frhr. v. Lersner (D. Vpt.) wegen unserer Gefangenen in Avignon wird regierungsseitig geantwortet, daß noch 115 Gefangene sich in Avignon befinden. Auf Intervention der Reichsregierung sind wenigstens 14 davon entlassen worden. Zu weiterem Entgegenkommen hat sich die französische Regierung noch nicht bestimmen lassen. Die Behandlung der Gefangenen ist gut. Die seelische Bedrückung nimmt aber mit der Länge der Haft zu. Die Regierung hofft, daß die Protestversammlungen in Berlin dazu beitragen werden, die französische Regierung zum Einlenken zu bewegen.

Auf eine Anfrage wegen Wiedereinführung der Frauenabteile bei der Eisenbahn wird entgegnet, daß diese Abteile ab 1. Juli zunächst in den D-Zügen wieder eingeführt werden sollen.

Auf Anfrage des Abg. Dr. Semmler (Dn.) bezüglich des Waldenburger Kohlenstreiks wird regierungsseitig geantwortet: Die Reichsregierung hält an dem von den Arbeitern abgelehnten Schiedsspruch fest. Es sei gelungen, nunmehr eine Einigung herbeizuführen.

Es folgt die zweite Beratung eines Gesetzentwurfs über

die Regelung des Verkehrs mit Getreide.

Der Entwurf sieht eine Umlage von 3 Millionen Tonnen Getreide für den Bedarf der versorgungsberechtigten Bevölkerung vor.

Ernährungsminister Hermes

betont die Notwendigkeit der Sicherstellung der versorgungsberechtigten Bevölkerung zu erschwinglichen Preisen. Wir brauchen in diesem Jahre 3,5 Millionen Tonnen inländisches Getreide. Das ist auf dem bisherigen Weg nicht möglich, aber auch eine vollständige Freigabe der Getreidewirtschaft kann noch nicht unternommen werden, denn durch die Anpassung an den Weltmarktpreis würden Mehl- und Brotgetreidepreise sich stark erhöhen. Eine künstliche Niedrighaltung der Preise durch Reichszuschüsse zum Inlandsgetreide ist praktisch undurchführbar. Es wären vielmehr 14 bis 15 Milliarden Mark erforderlich, also der vierte Teil alles gewonnenen Wertes. Zur Abtragung unserer Schuldenlast müssen wir zu Beginn des neuen Wirtschaftsjahres eine Reserve an Vorräten haben, wenn wir nicht wieder zum Frühdrusch greifen sollen. Die inländische Viehzeugung scheint den Bedarf decken zu können, ebenso die Kartoffelerzeugung, nicht aber die Getreideerzeugung, denn sichere Anzeichen zu einer Erhebung über den Friedensstand hinaus liegen noch nicht vor. Wir sind somit gewissermaßen auf einem negativen Weg zu dem Umlagesystem gekommen. Wir erkennen gern seine Schwierigkeiten an. Wir sehen in dem Umlagesystem den besten Übergang zur freien Wirtschaft, einer Förderung der Produktion und das Ende des Schleichhandels. Der Aufgabenkreis der Reichsgetreidestelle findet, abgesehen von dem Fortfall der Mühlenkontrolle, auch dadurch eine Einschränkung, daß sie bei der gesamten Erfassungstätigkeit ausscheidet und somit auf weit mehr als die Hälfte abgebaut werden kann. Der Handel findet eine Erweiterung. Für die Erfüllung der Umlage haftet der Erzeuger dem Kommunalverband, dieser dem Lande und dieses dem Reiche. Die Preisgestaltung hängt von der Höhe der Reichszuschüsse zur Verbilligung des Mehles ab. Angefordert werden für diesen Zweck im laufenden Jahre 10 bis 15 Milliarden Mark. Hier kann nur schrittweise abgebaut werden, wenn nicht schwere Erschütterungen unseres Wirtschaftslebens eintreten sollen. Hand in Hand mit dem Abbau müßte eine entsprechende Erhöhung von Lohn und Gehalt gehen. Somit muß der Brot- und Mehlpreis auf erträglicher Höhe gehalten werden.

Der Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über Getreidebewirtschaftung wird mit dem Entwurf verbunden. Inzwischen ist eine große Anzahl Abänderungsanträge eingegangen.

Ein Antrag Dusche (D. Vpt.) fordert glatte Ablehnung und Einführung der freien Wirtschaft. Ein Antrag Dr. Hertz (Komm.) **fordert Beibehaltung der Zwangswirtschaft mit Maßnahmen zur besseren Erfassung der Getreidemenge.**

Abg. Edler von Braun (Dn.): **Die Getreidezwangswirtschaft kann nicht mehr durchgeführt werden. Sie ist an sich selbst zugrunde gegangen. Sieben Jahre stecken die Landwirte schon in dieser Zwangsjacke, daher ihr einmütiger Widerstand dagegen. Der Produktionsrückgang während der Zwangswirtschaft hat seine tiefsten Gründe eben in dieser Zwangswirtschaft, die ein Unsinn geworden ist. Wir verlangen die freie Wirtschaft auch für das Getreide. Auch die Konsumentenkreise sind meist zu dieser Ansicht gekommen. Der Übergang bei der Kartoffel-, Milch- und Fleischwirtschaft hat sich verhältnismäßig günstig gestaltet. Bei den Kartoffeln wurde die doppelte Menge erzeugt und der Preis ist gesunken. Nur der freie Verkehr wird uns von der Schieberwirtschaft befreien und unser Volk wieder ehrlich machen. Auch die Anbaufläche hat unter der freien Wirtschaft zugenommen. Natürlich darf kein Getreide ausgeführt werden. Die Landwirtschaft lehnt bei Einführung des Umlageverfahrens schon jetzt jede Verantwortung für einen Zusammenbruch ab.**

Abg. Schmidt-Köpenick (Soz.): **Es handelt sich um einen folgenschweren Entschluß, denn für Brot gibt es keinen Ersatz. Zwangswirtschaft war schon immer eine sozialistische Wirtschaft. Durch das Umlageverfahren muß die Volksernährung gesichert werden. Wie kann Herr von Braun gegen den Achtstundentag in der Landwirtschaft wettern? Weiß er nicht, daß die deutschen Arbeiter länger arbeiten müssen als die ausländischen? Es wäre nicht edel von dem Edlen von Braun, wenn er bewußt die Unwahrheit sagen würde.**

Darauf wird die Beratung abgebrochen.

Das Gesetz über die Gewährung von Beihilfen an Rentenempfänger aus der Angestelltenversicherung wird dem sozialpolitischen Ausschuß überwiesen.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 2 Uhr. Änderung des Wehrgesetzes infolge des Abkommens mit der Entente. Weiterberatung der Getreidewirtschaft, kleine Vorlagen. Schluß 6¼ Uhr.

Menschen von gestern und heute.

Originalroman von Anni Hruschka.

6. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Helene, die noch am offenen Fenster stand, wies plötzlich lebhaft nach dem Wiesenweg hinter der Schule, wo eine weißgekleidete, schlanke Mädchengestalt mit goldblondem Haar, gefolgt von einer großen Dogge, sichtbar wurde.

„Siegrada Kragsburg! Ist sie nicht schön wie eine Märchenfee, Martha?"

Die Majorin zuckte die Achseln. „O ja. Aber ich glaube, sie ist auch nichts weiter als schön. Und schön sein kann man leicht, wenn man jung und ohne Sorgen ist und nichts zu tun hat als sich zu pflegen."

Helene schwieg verstimmt. Sie liebte Siegrada, die so sehr Rainer glich. . . .

*

Es war in der Tat Siegrada, die hier über die Wiesen dem Walde zuschritt. Sie hatte es scheinbar sehr eilig, obwohl sie eigentlich nichts vorhatte, als nach Lindenhag zu Onkel Bernhard zu gehen und womöglich bis gegen Abend dort zu bleiben.

Eigentlich fanden sie es auf Dembitz durchaus unpassend, daß Siegrada stets so allein draußen umherstreifte. „Gar nicht comme il faut für ein junges Mädchen, das nie ohne Begleitung ausgehen sollte", meinte die Prinzessin Mama.

Siegrada selbst lachte zu alledem, und ihrer bestrickenden Art gelang es schließlich doch immer, sich durchzusetzen. Man duldete, was man nicht billigte, und die Mama Prinzessin tröstete sich insgeheim damit, daß Erich Gnäs späterhin Siegradas Ungebundenheit schon eindämmen werde. . . .

Prinz Gnäs war ein sehr reicher, entfernter Verwandter der Prinzessin, der einzige Sohn ihrer Jugendfreundin, der verwitweten Fürstin Ludovika; beiden Müttern erschien diese Verbindung als Lieblingswunsch.

Siegrada ahnte nichts von diesen Plänen.

Von ganz anderen Gedanken erfüllt, eilte sie dem Walde zu, gelegentlich einen besorgten Blick auf ihre Armbanduhr werfend. Schon halb zehn! Wenn Doktor Wendholm wie gewöhnlich gleich nach sieben zur alten Kötschin jenseits des Sattels gefahren war, mußte er eigentlich schon vorüber sein. . . .

Aber als sie dann den Waldsaum erreichte, atmete sie tief auf, während ihr das Blut in die Wangen schoß. Nein, er war noch nicht vorüber! Dort stand sein Wäglein auf der holprigen Waldstraße und er stand daneben, während der Kutscher abgestiegen war, um etwas am Riemenzeug des Pferdes instand zu setzen.

Gerhard Wendholm sah sie nicht gleich, denn er kehrte ihr halb den Rücken zu. Einen Augenblick lang ruhte Siegradas Blick seltsam weich auf der schlanken, hohen Gestalt mit dem kühngeschnittenen, strengen Profil des bartlosen Gesichtes. Dann trat sie mit harmlosem Ausdruck, scheinbar sehr überrascht über das Zusammentreffen, näher.

„Guten Morgen, Herr Doktor! Das ist hübsch, daß ich Sie zufällig hier treffe! Sie kommen wohl von unserer armen Kötschin? Wie geht es ihr heute?"

Wendholm war beim Klang ihrer Stimme jäh herumgefahren. Auch ihm schoß das Blut ins Gesicht, als er nun höflich grüßte.

„Danke der Nachfrage, Gräfin. Es geht ihr besser. Ich hoffe, in ein paar Tagen wird Frau Kötsch schon aufstehen können."

„O, wie mich das freut! Aber das verdankt sie nur Ihnen! Doktor Erler hatte sie ja schon aufgegeben. Aber ich wußte es gleich: Sie verstehen mehr als alle anderen."

Gerd schwieg. Auch Siegrada verstummte, peinlich berührt über sein Schweigen. Plötzlich warf sie den Kopf zurück, daß der leichte Sommerhut nach rückwärts rutschte und das schimmernde Goldhaar zum Vorschein kam. Ihre dunklen Augen blitzten zornig.

„Wissen Sie, daß Sie ein sehr ungalanter Herr sind, Doktor Wendholm? Man macht Ihnen ein Kompliment und Sie finden es nicht einmal der Mühe wert, zu danken!"

„Verzeihen Sie, Gräfin, ich . . . ich bin eben so gar nicht an . . . Komplimente gewöhnt! Bei uns Bauern ist das nicht üblich."

„Sie sind aber doch kein Bauer!!"

„Doch — meiner Abstammung nach; meist habe ich mit Bauern zu tun. Und Sie wissen ja — die Umgebung färbt immer ab!"

„Warum bleiben Sie denn hier? Mit Ihrem Wissen und Talent könnten Sie eine ganz andere Stellung in der Welt einnehmen! Warum gehen Sie nicht nach der Stadt und streben eine Professur an?"

„Wozu? Ich fühle mich ja glücklich hier."

„Wie lange? Es könnte doch einmal sein, daß . . . daß Sie heiraten wollten, und Ihre Frau hätte den Ehrgeiz, Sie in angesehener Stellung zu sehen. Dann würden Sie es bedauern, nicht beizeiten . . ."

Sie hatte rasch und stürmisch gesprochen und brach nun plötzlich ab. Denn Wendholm starrte in die Luft und schien ihr gar nicht zuzuhören.

Eine kleine Pause trat ein.

„Sie irren", sagte Gerd endlich langsam und bedächtig, während er den Wagen bestieg. „Ich würde nie eine Frau heiraten, der meine Stellung hier — zu gering wäre. Und nun, bitte, Gräfin, treten Sie ein wenig beiseite, damit meine Kranken im Dorfe mich nicht zu lange erwarten müssen. Klaus ist mit seiner Ausbesserung fertig."

Sie tat es schweigend. Er grüßte stumm, sie nickte kurz, fast hochmütig, und das Pferd zog an.

Siegrada ging langsam weiter, aber nur ein paar Schritte. Dann setzte sie sich auf einen moosbewachsenen Baumstamm seitwärts der Waldstraße und brach in Tränen aus.

Dieser unverschämte Mensch! Wie er sie behandelte, immer und immer wieder; kalt war er und hochmütig wie ein Prinz von Geblüt! Jedesmal, wenn sie sich herabließ, mit ihm zu sprechen, hatte sie nachher das Gefühl einer erlittenen Demütigung. . . .

Aber er war nicht immer so gewesen! Er konnte weich und warm und unwiderstehlich liebenswürdig sein! Damals in der ersten Zeit, gleich nachdem er die Anstellung in Sachsenberg erhalten hatte und sie einander ein paarmal zufällig bei armen Kranken trafen, ohne daß er noch wußte, wer sie war — da begegnete er ihr ganz anders. . . .

Eine leuchtende Flamme brannte damals in seinen Augen, und seine Hände zitterten, wenn sie zufällig die ihren streiften. Und er sprach zu ihr, wie niemand bisher zu Siegrada gesprochen hatte: von allerlei hohen, schönen Dingen, der Liebe zu seinem Beruf, der Begeisterung für Schönes, Edles, dem Glück, das in der Hingabe des eigenen Selbst an eine selbstgestellte Aufgabe liege, sei diese nun eine erhabene Sache oder das Lebensglück einer geliebten Person.

Ganz Seele war sein Gesicht dann. Und mit einem Male war alles aus . . . sie wußte nicht, warum. . . .

Und sie sehnte sich danach wie der Vogel nach dem Licht, daß er wieder so sei zu ihr wie früher. . . .

Lange saß Siegrada so, still vor sich hinweinend, unter den Tannen. Rolf hockte zu ihren Füßen und sah sie unverwandt an mit seinen gelben, klugen Hundeaugen. Und plötzlich mußte sie lachen über sein dumm-weises Hundegesicht, das so tat, als verstünde es sie, und doch gar nichts wußte. . . .

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210615-11/fragment/page=0005

Preußischer Landtag.

Berlin, 14. Juni.

Interpellation über das Bochumer Grubenunglück.

Das Haus stimmt zunächst debattelos dem Antrag des Geschäftsordnungsausschusses auf Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. Otter (US.) und gegen den Abg. Brandenburg (Soz.) zu.

Dann begründet Abg. Otter (US.) eine kleine Anfrage seiner Fraktion, die sich mit dem Explosionsunglück beschäftigt, durch das auf der Zeche Konstantin der Große in Grummer bei Bochum am 12. April dieses Jahres 14 Bergarbeiter getötet und 7 schwer verwundet worden sind. Die Regierung wird ersucht, die Ursachen der Explosion bekanntzugeben, weil in der Bergarbeiterschaft die Meinung verbreitet ist, durch die Nichtbeachtung bergpolizeilicher Vorschriften sei die Sammlung schlagender Wetter oder die Anhäufung von Kohlenstaub und dadurch die Explosion verschuldet worden. Die Regierung wird von dem Interpellanten gefragt, was sie zu tun gedenke, um derartige Massenunglücksfälle in Zukunft zu verhindern.

Ein Vertreter der Bergverwaltung antwortet, es handele sich um ein Schlagwetter mit nachfolgender Kohlenstaubexplosion, bei der die Entzündung durch eine Sicherheitslampe erfolgt sei. Infolge des Krieges sei der Ersatz der gefährlichen Sicherheitslampen durch elektrische Grubenlampen noch nicht allgemein durchgeführt. Die Verwaltung werde die Einführung dieser Lampen aber beschleunigen.

Abg. Brunk (Dn.) erklärt in der Besprechung, das beklagenswerte Unglück sei auf eine Verkettung verschiedener Umstände, nicht aber auf ein Verschulden der Verwaltung zurückzuführen.

Abg. Osterroth (Soz.) bemängelt die Art der amtlichen Verordnung.

Abg. Brust (Ztr.) wünscht eine gründliche Erörterung der mit dem Grubenunfall zusammenhängenden Fragen in einem Ausschuß.

Ein Regierungsvertreter bezeichnet die allgemeine Einführung der elektrischen Grubenlampen als notwendig. 75 Prozent aller Explosionskatastrophen seien auf die sogenannten Sicherheitslampen zurückzuführen.

Abg. Sobottka (Komm.): Die Vertreter der Bergbehörden üben die Kontrolle viel zu nachlässig aus. Die Warnungen der Betriebsräte werden nicht beachtet.

Abg. Hartmann (Dem.) fordert, daß die denkbar besten Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden, auch wenn sie teuer sind.

Damit schließt die Aussprache.

Die große Anfrage geht an den Ausschuß für Handel und Gewerbe.

Abg. Meyer-Herford (D. Vpt.) begründet hierauf den Antrag seiner Fraktion, der eine Übersicht über die auf Grund des Überalterungsgesetzes verabschiedeten Beamten verlangt und empfiehlt die Überweisung seines Antrags an einen Ausschuß.

Abg. Manasse (US.) stimmt einer Ausschußberatung zu.

Abg. Barteld (Dem.) begründet einen Zusatzantrag, wonach auch die günstigen Wirkungen des Gesetzes für die jüngeren Beamten und die Staatsfinanzen festgestellt werden sollen.

Abg. Haseloff (Dn.) beantragt einen Zusatz, um festzustellen, welche beamtenfremden Kräfte in die freigewordenen Stellen eingerückt sind. Er bekämpft unter großer Unruhe der Linken das Überalterungsgesetz.

Um ¾7 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch 12 Uhr vertagt. Auf der Tagesordnung stehen außerdem kleinere Vorlagen, Anträge und der Justizetat.

Die neue Städteordnung.

Im preußischen Ministerium des Innern beschäftigt man sich schon seit längerer Zeit mit dem Entwurf einer neuen preußischen Städteordnung. Es sind schon Bruchstücke desselben in die Öffentlichkeit gedrungen, die viel Widerspruch fanden. Der Entwurf ist nun nochmals durchgearbeitet worden und soll nächstens dem Landtag zugehen. Vorerst ist er noch einer Anzahl Sachverständigen zur Begutachtung unterbreitet worden. Nachstehend sei das Wichtigste daraus mitgeteilt.

Nach § 1 ist jede Stadt eine öffentlich-rechtliche Körperschaft. Städte sind die Gemeinden, die nach der bisherigen Städteordnung das Standrecht besessen haben. Das Bürgerrechtsgeld wird abgeschafft; das Bürgerrecht besitzt jeder, der das preußische Wahlrecht hat und seit sechs Monaten Einwohner der Stadt ist. Wählbar zum Stadtverordneten ist, wer das 25. Lebensjahr vollendet hat. Die Wahlzeit dauert vier Jahre.

Nach § 16 sind die Organe der Stadt die Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat (Magistratsverfassung) oder die Stadtverordnetenversammlung und der Bürgermeister (Bürgermeisterverfassung). Nach § 37 kann jede Stadt durch Ortssatzung die Einführung der Magistratsverfassung oder der Bürgermeisterverfassung beschließen. Bis zum Erlaß dieser Ortssatzung bleibt die bisherige Verfassung bestehen. Der Magistrat ist ein Kollegium, der Bürgermeister sein Vorsitzender. In Städten mit Bürgermeisterverfassung tritt der Bürgermeister an die Stelle des Magistrats. Er führt die sonst dem Magistrat obliegenden Geschäfte allein. Er wird unterstützt durch die Beigeordneten, deren Geschäfte er bestimmt.

Wenn in Städten mit mehr als 15 000 Einwohnern der Bürgermeister die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst nicht besitzt, muß ein besoldeter Beigeordneter sie haben. Städte mit mehr als 30 000 Einwohnern haben einen „Oberbürgermeister“ und einen Bürgermeister. Durch Ortsstatut kann bestimmt werden, daß die Wahl des Bürgermeisters und aller Beigeordneten nicht durch die Stadtverordneten, sondern unmittelbar durch die Bürgerschaft geschieht. Die Wahl hat sodann geheim usw. zu sein. Die Wählbarkeit zum Bürgermeister und Beigeordneten unterliegt keiner Beschränkung. In Städten mit Magistratsverfassung dürfen die Magistratsmitglieder nicht gleichzeitig Stadtverordnete sein.

Beschlüssen der Organe, die mit dem Staatswohl oder Gemeindeinteresse in Widerspruch stehen, hat der Bürgermeister die Ausführung zu versagen, wenn keine Einigung erzielt wird. Wie bisher, können Ausschüsse und Deputationen eingesetzt werden. Jeder Bürger ist verpflichtet, kommunale Ehrenämter anzunehmen. In Städten mit Magistratsverfassung können gemeinschaftliche Sitzungen der Stadtverordneten mit dem Magistrat stattfinden. Der „Gemeindebeschluß“ kommt in Städten mit Magistratsverfassung durch übereinstimmenden Beschluß der Stadtverordneten mit dem Magistrat, in Städten mit Bürgermeisterverfassung durch Beschluß der Stadtverordneten zustande. Die Stadtverordnetenversammlung kontrolliert die Verwaltung. Sie kann Einsicht in die Akten nehmen. Das erfolgt durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung. Die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung hat der Magistrat, in Städten mit Bürgermeisterverfassung der Bürgermeister durchzuführen.

Die Bürgermeister und Beigeordneten bedürfen der Bestätigung. Diese erfolgt bei Bürgermeistern in Städten mit mehr als 15 000 Einwohnern durch die Staatsregierung, sonst durch die Aufsichtsbehörde. Gegen die Versagung der Bestätigung sind eine Reihe von Maßnahmen (Beschwerden usw.) zulässig. Nach § 95 ist vor der Ausführung einer Reihe bestimmter Beschlüsse der Aufsichtsbehörde Kenntnis zu geben, z. B. bei Abänderung der Ortssatzung, Einführung von Abgaben, Aufnahme von Anleihen usw. Nach § 97 kann gegen Bürgermeister, Beigeordnete und Beamte das Disziplinarverfahren eingeleitet werden. Dieses richtet sich bis zur Neuregelung des Beamtenrechts nach dem Gesetz vom 21. Juli 1852. Aufsichtsbehörde ist bei Städten mit mehr wie 25 000 Einwohnern der Regierungspräsident, sonst der Landrat. Alle bisherigen Ortsgesetze und Gemeindebeschlüsse bleiben bis zu ihrer formgerechten Änderung bestehen.

Die Wahlzeit der im Amte befindlichen Bürgermeister und Beigeordneten erlischt vier Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes. Neuwahlen sind rechtzeitig vorzunehmen. Die ausscheidenden Beamten führen die Geschäfte bis zur Einführung der Neugewählten weiter. Wird ein Bürgermeister oder Beigeordneter nicht wiedergewählt, oder lehnt er eine Wiederwahl berechtigterweise ab, oder wird er wegen erhobenen Einspruchs nicht wieder bestellt, so hat er, falls nicht mit ihm Günstigeres vereinbart ist, für den Rest der laufenden Wahlzeit Anspruch auf das festgesetzte „Diensteinkommen“ und demnächst auf Zahlung des Ruhegehalts und der Hinterbliebenenversorgung nach den Beträgen, die ihr am Ende der Wahlzeit zugestanden haben würden. Bei lebenslänglich angestellten Bürgermeistern und Beigeordneten gilt als Ablauf der Wahlzeit das 65. Lebensjahr. Die besoldeten Magistratsmitglieder werden nach Mehrheitsbeschlüssen, die unbesoldeten nach dem Verhältnisverfahren gewählt.

Die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung finden auf Grund des neuen Gesetzes zum erstenmal innerhalb drei Monaten nach seinem Inkrafttreten statt. Bis zum Amtsantritt der neuen bleiben die alten Stadtverordneten im Amte. Die Mindestzahl der Stadtverordneten eines Kollegiums ist zwölf. Bei den Vorschriften, die hier nicht besonders hervorgehoben sind, bleibt es im großen und ganzen bei den bestehenden Einrichtungen. Die gesetzgeberischen Beratungen, namentlich im Landtag, werden wahrscheinlich an manchen Vorschlägen des Entwurfs noch recht abweichende Änderungen vornehmen.

Deutschland.

Für die Verbreiterung der Regierungsbasis.

Bei einer großen vaterländischen Kundgebung der Deutschen demokratischen Partei am Kollmberge bei Oschatz hielt am letzten Sonntag der frühere Reichsminister Koch eine Ansprache, in der er gegenüber der Äußerung des Abg. Hergt, die Regierung führe unser Volk einen Leidensweg, betonte, auch die Deutschnationalen würden im Ernstfalle keine andere Politik als die der stillen Arbeit und des geduldigen Abwartens betreiben können. Das Ultimatum habe angenommen werden müssen: Es sei immer noch besser Geldversprechungen zu machen, als deutsches Land zu opfern. Eine der größten und schönsten Aufgaben der Regierung müsse es sein, für die schwerbedrängten Brüder in den besetzten Gebieten zu arbeiten; auch dazu bedürfe es einer breiteren Regierungsform. — Vor einer Vertrauensmänner-Versammlung in Magdeburg erklärte der Reichsminister Schiffer, die demokratische Partei halte nach wie vor die Tür für die Deutsche Volkspartei zu sachlicher Zusammenarbeit offen. Da auch Dr. Stresemann bei der Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei in Hamburg am 11. Juni erklärt hat, er sehe die Zukunft in einem Kabinett auf breiter Basis und er müsse mit aller Entschiedenheit betonen, daß die Sozialdemokratie es ganz allein verschulde, wenn ein Zusammenarbeiten auf breiter Grundlage nicht zustande kommen konnte, so wird man hoffen dürfen, daß jetzt beim Wiederzusammentritt des Reichstages die Fäden einer Verständigung hier wieder aufgenommen werden können. Hoffentlich beweist dabei auch die Sozialdemokratie Entgegenkommen.

Süddeutscher Separatismus.

Mit dem 1. Juni ist bekanntlich die Zwangswirtschaft für Butter und Milch gefallen und damit auch die verschiedenen Ausfuhrverbote der einzelnen Länder und Kommunalverbände. Bayern, Württemberg, Baden und Hessen haben jedoch entgegen allen reichsrechtlichen Bestimmungen die Butter- und Käseausfuhr bis 31. Juli und die Milchausfuhr bis 31. August gesperrt. Selbst die „Korrespondenz des Reichslandbundes“ erklärt dies als „ein Stück aus dem Tollhause“. Reichseinigkeit und gegenseitiges Verständnis werden mit solchen separatistischen Reservatrechten wirklich nicht gefördert.

„Die Hüter des Grals der Freiheit.“

Deutschnationale und Deuschte Volkspartei.

Die Deutschnationalen Badens veranstalteten am Sonntag in Freiburg einen Landesparteitag. Dabei hielt der Führer der Gesamtpartei, der Reichstagsabgeordnete Dr. Hergt eine längere Rede, in der er die Reichsregierung scharf angriff. Die heutige Regierung, sagte er, sei nur eine Regierung von Glücksrittern. Das Kabinett Wirth habe, statt ein Regierungsprogramm zu entwickeln, Schlagworte geprägt. Der Standpunkt der Deutschen Volkspartei wäre ihm unerklärlich.

„Von uns“, fuhr er fort, „konnte der Kanzler und das deutsche Volk eine solche Stellungnahme nicht erwarten, denn wir sind die Träger einer größeren Aufgabe. Wir sind die Protestler in Europa, die Hüter des Grals der deutschen Freiheit. Wir treten ein für die Revision des Ultimatums. Es gibt Leute in der Regierung, die auch unsern Standpunkt vertreten. Das Regierungsprogramm, das Dr. Wirth gegeben hat, war eine Enttäuschung für uns und für zahlreiche andere.“

Es ist nicht ohne Reiz, wie sich die Vertreter der schroffsten Reaktion hier als die Hüter des Grals der Freiheit aufspielen. Die Freiheit, die diese Kreise erstreben, ist die Wiederherstellung all der Klassenvorrechte, die sie unter dem alten Regime auf Kosten aller anderen Volksschichten genossen haben. Im übrigen muß man den Deutschnationalen doch sagen, daß nicht nur sie allein auf eine Revision des Ultimatums hinarbeiten. Das ist vielmehr das Streben aller Parteien. Aber diese Frage wird erst dann akut werden, wenn die internationale Garantiekommission sich selbst davon überzeugt, daß Deutschland auf die Dauer die Milliarden-Annuitäten aufzubringen nicht in der Lage ist. Mit leeren Protesten ist es heute nicht getan. Zunächst haben wir unseren ehrlichen Willen zu zeigen, daß wir den Verpflichtungen des von uns angenommenen Ultimatums bis an die Grenze des Möglichen nachkommen wollen.

*

Auch der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei hat sich mit dem Ultimatum und dem neuen Kabinett beschäftigt. Dabei erklärte der Reichstagsabgeordnete Dr. Stresemann unter anderem:

„In unsere Hand wird die Entscheidung mitgelegt sein, wenn praktische Wirtschafts- und Finanzpolitik getrieben werden soll. Ich sehe die Zukunft in einem Kabinett mit breiter Basis oder aber in einer Rückbildung zu einem bürgerlichen Kabinett, wenn die Sozialdemokratie weiter ihre Mitwirkung in einem Kabinett der breiten Basis versagt. Wir werden die Folgerungen ziehen, wenn man uns den Kampf aufzwingt.“

Nach diesen Worten Dr. Stresemanns scheint die Deutsche Volkspartei bereit zu sein, in ein Kabinett auf breiter Basis einzutreten, um praktisch an der Wirtschafts- und Finanzpolitik mitzuarbeiten. Daran werden die Regierungsparteien anknüpfen und die Fäden einer Verständigung wieder aufnehmen müssen. Entscheidend dafür wird die Haltung der Sozialdemokratie sein, die bislang nicht gerade sehr erfreulich war. Von einer Rückbildung des Kabinetts zu einer rein bürgerlichen Regierung ohne die Sozialdemokratie kann — unter den heutigen Umständen — indessen kaum die Rede sein.

Günstige Aussichten für die neue Ernte.

Nur noch wenige Wochen trennen uns von der neuen Ernte. Ihr voraussichtliches Ergebnis läßt sich also bereits mit einiger Bestimmtheit beurteilen. Die Schriftleitung des „Berl. Tgbl.“ wandte sich deshalb an das Reichsernährungsministerium, das folgende Erklärungen abgab: „Soweit sich bisher übersehen läßt, dürfte in diesem Jahre

eine günstige Ernte zu erwarten sein,

eine Ernte jedenfalls, die um vieles besser ist als die vorjährige. Besonders gilt dies von dem Brotgetreide, dessen Halme stark und deren Blüte gut ist. Man kann sie jedenfalls als gute Mittelernte bezeichnen. In manchen Gegenden Deutschlands, wie zum Beispiel an der Mosel, begann die anhaltende Hitze der letzten Zeit bereits eine bedenkliche Dürre hervorzurufen. Darum war der Regen, der in diesen Tagen fiel, von entschieden günstiger Wirkung auf das Wachstum des Getreides.

Während die Verhältnisse seit dem Kriege bekanntlich so lagen, daß wir mit Sehnsucht auf die neue Ernte warteten, weil wir ohne Reserven aus dem vergangenen Jahre waren, werden am Schlusse dieses Erntejahres zum erstenmal wieder

Bestände aus der vorigen Ernte vorhanden

sein. Die Folgen dieser Situation zeigen sich einmal in dem Wegfall der Frühdruschprämien, wie sie unter dem Druck der Verhältnisse bis zum letzten Jahre an die Landwirte gezahlt wurden. Durch diesen Fortfall der Prämien werden naturgemäß große Summen für das Reich gespart. Hat man doch im Jahre 1919 bis 1920 etwa 262 Millionen Mark für Frühdruschprämien ausgegeben. Günstige Wirkung wird die Ernte auch bei dem sogenannten „Umlagesystem“ zeitigen. Dieses System besteht, wie bekannt, darin, daß der Landwirt, wenn er sein Pflichtquantum Getreide abgeliefert hat, den Rest im freien Handel als Mehl abgeben darf. Das Ernährungsministerium hat die Einführung des Umlagesystems gegenüber einem unmittelbaren Übergange zur freien Wirtschaft für vorteilhafter gehalten, weil zu befürchten war, daß durch die plötzlich wieder eingeführte freie Wirtschaft die Preise sprunghaft in die Höhe gegangen wären. Man hofft durch das Umlageverfahren jedoch nicht nur der Preistreiberei zu steuern, sondern auch den Schleichhandel mit Mehl zu unterbinden. Für die Bevölkerung kommen diese Verhältnisse in günstigem Sinne besonders dadurch zum Ausdruck, daß jeder in der Lage sein wird, sich außer seiner Brotration, die der bisherigen gleichbleiben wird, noch Mehl im freien Handel zu beschaffen.

Im Zusammenhang damit ist es nötig, die Gründe zu erörtern, die

in kurzer Zeit zu einer Erhöhung des Brotpreises führen

werden. Die Reichsregierung hat, wie man weiß, bis jetzt große Summen für die von ihr in die Wege geleitete Verbilligungsaktion hergegeben. Alle Parteien sind sich nun darin einig, daß man einen allmählichen Abbau der Verbilligungsaktion herbeiführen müsse, um wieder zu einer gesunden Wirtschaft zu kommen. Die beteiligten Stellen beraten nun gegenwärtig über die Höhe der Summe, die an dem Etat zur Verbilligung des Brotpreises gestrichen werden soll. Von der mehr oder weniger beträchtlichen Höhe dieser gestrichenen Zuschüsse wird es abhängen, in welchem Maße der Brotpreis gesteigert werden muß. Bisher steht Endgültiges darüber noch nicht fest. Der Termin der Erhöhung dürfte jedoch nicht allzu lange mehr auf sich warten lassen.

Auch die

Landwirtschaftliche Hauptgenossenschaft

bezeichnete das voraussichtliche Ergebnis des Getreidewachstums als günstige Mittelernte. Während, wie sie berichtete, das Brotgetreide verhältnismäßig am besten steht, hat der Hafer unter der Dürre strichweise etwas zu leiden gehabt. Jedoch haben auch hier die Regenfälle der letzten Tage ihre gute Wirkung getan. Sollen sich die Hoffnungen, die man auf das Ernteergebnis setzt, erfüllen, so sind aber die bisher gefallenen Regenmengen nicht ausreichend.

Günstig wie die Getreideernte dürfte diesmal auch das Ergebnis des Obstbaues sein. Dazu teilte die Landwirtschaftliche Obst- und Gemüseverwertungsgesellschaft mit: Obwohl die Nachrichten aus den einzelnen Teilen des Reiches etwas voneinander abweichen, ist die Obsternte im allgemeinen gut zu nennen. Während aus Thüringen, Schlesien und Süddeutschland die Meldungen günstig lauten, hat der

Richard Strauß und seine beiden Werke: „Der Rosenkavalier“ und „Ariadne auf Naxos“.

Richard Strauß wurde am 11. Juni 1864 zu München geboren. Seine Musikstudien begann er bei W. Meyer daselbst. 1885 wurde er in Meiningen Hofmusikdirektor, 1889 kam er nach Weimar, 1894 nach München und 1898 nach Berlin als Hofkapellmeister. 1894 vermählte er sich mit der Sängerin Pauline de Ahna. Strauß ist zweifellos ein hochbegabter Komponist, der allerdings durch seine Programmusik, das heißt der Orchesterkörper gibt die Handlung noch einmal in Tönen — er vertritt sie übrigens extrem — schwer verständlich wird, da nicht jeder dafür inkliniert.

Der „Rosenkavalier“, eine Komödie für Musik in drei Akten von Hugo von Hafmannsthal, führt uns in die Zeit der Maria Theresia. Der Inhalt ist kurz folgender: Die alternde Fürstin Werdenberg hat ein inniges Verhältnis mit dem jungen Oktavian. Als sie wieder einmal tête-à-tête zärtliche Stunden verbringen, überrascht sie beinahe der Baron Ochs auf Lerchenau. Oktavian entwischt eben noch, als Zofe verkleidet. Ochs, obwohl von aristokratischer Abstammung doch nur ein Bauer, benutzt die Gelegenheit, mit der Fürstin anzubändeln. Er fragt sie um Rat, wer seiner Braut, der Tochter des neugeadelten Herrn von Faninal, das Zeichen der Verlobung — eine silberne Rose — überbringen soll. Man entscheidet sich für Oktavian. Er überbringt sie ihr und es knüpft sich zwischen diesen beiden ein Liebesverhältnis an. Da Ochs sich von jeher gegen sie nicht immer korrekt verhielt, so daß sie ihn von seinem ersten Besuche an haßt, ist es „dem Rosenkavalier“ ein leichtes, den Nebenbuhler zu verdrängen. Um Sophie, das ist der Name der Geliebten, ganz sein eigen zu nennen, fordert er ihn zu einem Zweikampf, er kommt zum Austrag, und Ochs wird verwundet. Sophie's Vater aber will von dem Verhältnis nichts wissen. Da greift Oktavian zur List. Als Zofe verkleidet, verabredet er mit Ochs ein Stelldichein. Er wird auf frischer Tat ertappt, man häuft allerlei Vorwürfe auf ihn, Herr von Faninal und die Fürstin ziehen sich von ihm zurück, er aber muß von hinnen. Die Fürstin aber gibt zu dem neuen Bunde, Oktavian und Sophie, ihren Segen. Musikalisch reizvoll sind besonders diese Stellen: „Mit ihren Augen voller Tränen“ und das Terzett: „Es ist was kommen und ist was g'schehn“.

„Ariadne auf Naxos“ eine Oper in einem Akte von dem gleichen Dichter. Sie hat eine geteilte Handlung. Den Rahmen derselben bildet ein Teil des Lustspieles: „Der Bürger als Edelmann“ von Molières. Der Träger dieser Handlung ist der reiche Herr Jourdain, der gar zu gern den Aristokraten spielen möchte, zum Ärger seiner Frau. Er umgibt sich mit allerlei Leuten, die ihn ihre Künste lehren wollen, ihn aber in Wirklichkeit ausbeuten. So läßt er sich auch von dem Grafen Dorantes, der ihm den Zutritt zum Hof verschaffen will, ausnützen. Jourdain liebt nämlich die Marquise Dorimene, der er durch den Grafen Geschenke machen läßt, durch die dieser aber die Marquise gewinnt. Ihr zu Liebe gibt nun Jourdain ein Soupér und einen Theaterabend. Es sollen gespielt werden: Die Oper Ariadne auf Naxos und das Tanzstück Zerbinette. Jourdain meint nun, die Oper allein sei zu schwermütig und langweilig und befiehlt deshalb, beides durcheinander zu spielen. Die Darsteller müssen es den Zuhörern durch Ankünden verständlich machen. In der Oper sehen wir Ariadne, die von Theseus auf die einsame Insel Naxos ausgesetzt ist. Sie beklagt ihr Schicksal. Um sie aufzuheitern, erscheint Zerbinetta mit ihren vier Liebhabern, doch sie können nichts ausrichten. Ariadne zieht sich in ihre Höhle zurück. Die Vorigen aber vollenden ihr lustiges Spiel. Dann setzt wieder die Oper Ariadne ein, und es erscheint der Gott Bacchus, von Najade, Dryade und Etho angekündigt. Bacchus verliebt sich in Ariadne und findet Gegenliebe. Beide begeben sich in die Grotte. Dorantes aber und die Marquise stehlen sich heimlich aus der Zahl der Gäste hinweg, wahrscheinlich um durch das hinreißende Liebesspiel des Bacchus und der Ariadne veranlaßt, dem Beispiel der leichtfertigen Zerbinetta zu folgen. Jourdain aber muß einsehen, daß er übervorteilt ist. Auch hier seien einige besonders schöne Stellen angeführt: Die Arie der Ariadne: Ach, von allen wilden Schmerzen, das Quartett: Die Dame gibt mit trübem Sinn, und das Lied des Bacchus: Bin ich ein Gott.

Mögen diese Abhandlungen dazu dienen, dem Publikum die Aufnahme der Werke, die zur Zeit im Halleschen Stadttheater aufgeführt werden, zu erleichtern.

F.

Farbenfreudigkeit der Frauenmode.

Von Luise Marelle.

Wir leben in einer Zeit der Kontraste: tiefste Mutlosigkeit und höchste Lustausbrüche! „Niedergangs- oder Übergangszeit zum Aufstieg“, wer will es sagen? Auch in der Frauenmode von heute kommt das zum Ausdruck.

In allen Volksschichten begegnen wir, auf der Straße, in allen Vergnügungsstätten, auf der „Modenschau“, auf Rennplätzen, auch im Familienhause, im Büro, allüberall eine Farbenfreudigkeit in der Frauenkleidung, wie sie in Deutschland früher kaum auf Maskenbällen zu finden war. Wie die überlauten Klänge öffentlicher Lustbarkeit, die grellen Töne der neuzeitlichen Theater — und Modeliteratur — ist diese Buntheit, das Marktschreierische in der Mode von gestern und morgen, Ausfluß und Ausdruck der Stimmung: betäubend. Nicht denken! Schicksaleinwände übertönen! Und doch! Nachdem das Auge sich an die sehr kühnen Farbenzusammenstellungen gewöhnt, wirkt diese Buntheit der Stoffe, der Bänder und Hüte stimmungsvoll, belebend, besonders im Freien. Nie wurde zuvor im Stofflichen der Frauenkleidung durch Kunst so restlos erreicht, was Natur den Vögeln und Blüten gibt. Tatsächlich wirken bunte, abgetönte Chiffon- oder Tüllkleider in mehreren Röckchen übereinander wie Vogelgefieder. Paradiesvögel, Flamingos, tropische Riesenschmetterlinge, Feuerflieger, auch herrliche Papageien scheinen den Kleiderkünstlern als Modelle vorgeschwebt zu haben. Wie leuchtende Blüten erscheinen Frauengestalten in grellroten, rosa, grasgrünen, orangegelben, hartblauen, kupferroten Hemdkleidern, die mit scharf abstechenden weichen Schärpen gegürtelt sind, von ebenfalls entschiedener Färbung. Schwarz und marineblau als Grundton sehr beliebt, wird mit leuchtenden Farben durchwirkt, gestickt, gefüttert, abgesetzt — schwarze Kleider mit Weiß gemustert, mit großem, weißem Kragen und Ärmelaufschlägen, gefalteten Einsätzen werden für die Zwischensaison bis Mitte Juli bevorzugt. Schimmernde Bajaderenblusen aus schmiegsamen Stoffen, ebenso bunte Schlüpfer, aus Wolle und Kunstseide gewirkt, werden unter schwarzen Capes und bauschigen, losen Jacken verborgen wie unter dunklem Vogelfittiche, und im gegebenen Augenblick stimmungsvoll enthüllt.

Sicherlich ist die Buntheit der Mode, sind die Stickereien in Wolle, Seide, Metallfäden usw. beeinflußt durch die malerischen Trachten des Orients, die uns die Kriegsjahre nahebrachten, durch den Kontakt mit Bulgarien, Türkei, Montenegro, Serbien und Rumänien. Auch auf die Schnitte künstlerischer Eigenkleider erstreckt sich dieser Einfluß, unterstützt durch die bemerkenswerte Ausstellung von Trachtenaquarellen des Malers Tilke in der Lipperheidischen Kostümbibliothek.

Durch Modekleider mit engen, kurzen oder zipfelig gefalteten Röcken, „ausgezogenen Taillen“, auffallenden Garnierungen, Jacken und Mantelschnitten, Hüte in bizarren Formen, wird viel gegen die Schönheitslinie gesündigt. Wenig Frauen haben Stilgefühl, Sicherheit der persönlichen Linie. Nur schlanke, gut gewachsene, fein „gefesselte“ Frauen können die kurzen Kleider, die sich beim Sitzen hochschieben, tragen, ohne wie Karrikaturen zu wirken. Höchste Schneiderkunst erfordert ein extravaganter Modeschnitt! — Überaus reizvolle, ganz schlichte Jungmädchenkleider aus weißem und hellfarbigem Frotté mit wenig Zierstichen am Hals- und Ärmelabschluß sieht man im Kreise der frei- und jungdeutschen Jugend; — auch kurzärmelige Dirndlkleider mit lustigen roten, blauen, grasgrünen Schürzen wird man auf Sommerwanderungen begegnen. — Viel bunte Bänder werden wie frohe Wimpel wehen, denn Band ist Trumpf! Schauen wir es unter Tränen lächelnd an, — trotz der harten Zeit, — ein bißchen Freude tut uns allen gut

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210615-11/fragment/page=0006

starke Hagelschlag der letzten Tage in der Gegend von Frankfurt a. M. den größten Teil der dortigen Obsternte vernichtet. An Kirschen, Pflaumen, Äpfeln und Birnen sowie den Aprikosen am Rhein wird es nicht mangeln. Ja, die Verhältnisse liegen heute so, daß vielfach ein Überangebot an Obst vorhanden ist. So ist zum Beispiel auch in Berlin die Kauflust des Publikums für Obst gegen das Vorjahr ganz bedeutend zurückgegangen.

Alles in allem dürfen wir nach diesen Mitteilungen dem neuen Erntejahr ausnahmsweise einmal ohne besondere Besorgnis entgegensehen.

Provinz und Nachbarländer.

Niederlage der Kommunisten.

Eisleben, 15. Juni. Bei den gestrigen Kreistagswahlen im Mansfelder Seekreis erlitten die Kommunisten eine schwere Niederlage. Sie hatten bisher in dem Kreis dank ihrer Mehrheit eine Willkürherrschaft geführt; sie darf nunmehr als gebrochen gelten. Die Kommunisten büßten von 13 Mandaten 6 ein. Davon fallen 1 dem Bürgerblock, 3 den Mehrheitssozialisten, 2 den Unabhängigen zu. Die Mandate verteilen sich jetzt folgendermaßen: 10 Bürgerblock, 1 Zentrum, 5 Mehrheitssozialisten, 3 Unabhängige, 7 Kommunisten. Die Wahlbeteiligung war gering.

Eine treffliche Charakteristik des kommunistischen Abgeordneten Kilian.

Aus Halle wird uns geschrieben: In der unabhängigen „Volkszeitung" in Halle packt der bekannte Führer der USP., Genosse Kürbs, gründlich aus, was er gegen seinen früheren Genossen Kilian auf dem Herzen hat. Kilian, früherer „König von Halle" und jetzt unbesoldeter Stadtrat, hatte den guten Kürbs-Karl ein Kamel in seinem Blatte die „Tribüne" genannt. Kürbs hat nun den Kiel in die Tinte getaucht und wird in der „Volkszeitung" ziemlich deutlich gegen seinen früheren Stammtischbruder Kilian, indem er recht erheiternde Indiskretionen über den Werdegang des nachweislich recht wandlungsfähigen Kilian auftafelt, und den Abstieg dieser genialen Führerpersönlichkeit trefflich schildert. „Herr Kilian", so schreibt Kürbs, „Sie waren während des Krieges bis zu Ihrer Reklamation ein glühender Kriegsschwärmer und so begeisterter Annektionspolitiker, daß Sie sich mit jedem Alldeutschen messen konnten. Beweis: Bei Ihrem letzten Urlaub hätten Sie infolge Ihrer Kriegsbegeisterung im „Volkspark" von einer Anzahl für den Sozialismus begeisterter Genossen eine tüchtige Tracht Prügel bekommen, wenn ich und Genosse R. nicht die aufgeregten Gemüter beruhigt hätten. Infolge Ihrer bekannten Durchhalterei wurden sie von den Rechtssozialisten reklamiert. Als sie aber sahen, daß Sie als rechtssozialistischer Redakteur im damaligen „Volksblatt" sich nicht würden halten können, ließen Sie Ihre bisherigen Gönner im Stich, lernten um, und wurden USP. Ich glaube, Sie finden aber nicht den Mut, behaupten zu wollen, daß Sie es aus „Überzeugung" wurden. Und dann haben Sie sich durchgemausert zum waschechten Kommunisten. Ihre Entwicklung, Herr Kilian, ist damit aber noch nicht abgeschlossen. Um Sie ganz in den prächtigen Farben des Chamäleons schillern zu lassen, muß ich Ihren jüngsten Entwicklungsprozeß noch anführen. Herr Kilians Landtagsmandat war in Gefahr. Seine Halleschen Genossen hatten ihn fallen lassen: über die Gründe will ich vorläufig schweigen. Auch die Zentrale in Berlin hatte nur ein Achselzucken für Kilians Beschwerden. Die Sache stand sehr faul. Doch ein so großer Geist wie Kilian weiß sich zu helfen. In seiner Angst wandte er sich an die unabhängigen „Verräter", die er täglich in jeder Spalte ein Dutzendmal verspeite. Herr Kilian; die USP. sollte helfen. Also beurteile jeder selbst, ob mit dem Worte politisches Chamäleon zu viel gesagt wurde. Nein, nicht nur das sind Sie, sondern ein ganz gerissener Mandatschieber. Die Kommunistische Partei kann wirklich stolz sein auf solche Führer, wie es Kilian ist." H.

Lohnabbau wegen drückender Konkurrenz.

Eisenach, 15. Juni. Der Verband der Thüringer Metallindustriellen beschloß, mit Rücksicht auf die drückende Konkurrenz, namentlich der württembergischen Metallindustrie, die Löhne für die Maschinenindustrie 10—16⅔ Prozent, für die Kleineisenindustrie um 10—15 Prozent abzubauen. Der stärkere Abbau soll die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen treffen, während Arbeiter über 24 Jahre keine Lohnverkürzung erfahren.

100 Jahre Mineralwasseranstalt Struve.

Die Firma Dr. Struve, Mineralwasseranstalt in Dresden, blickt in diesen Tagen auf ihr 100jähriges Bestehen zurück. Der Gründungstag ist gleichzeitig auch der Geburtstag dieses ganzen Berufszweiges. Dr. Friedrich Adolph Struve, aus einer alten deutschen Gelehrtenfamilie stammend, war in Marienbad, wo er zur Kur weilte, auf den Gedanken gekommen, die Entstehung der natürlichen Heilquellen zu erforschen. Nachdem ihm dies durch längere Untersuchungen geglückt war, begann er die genaue Nachbildung dieser Heilquellen, wobei er sich selbst die dazu nötigen Maschinen ersinnen und erbauen, ebenso die verschiedenen Quellen zum Teil erst selbst und durch seine Mitarbeiter analysieren lassen mußte. Die Entdeckung Struves machte seinerzeit großes, über Deutschlands Grenzen hinausgehendes Aufsehen. Außer in Dresden entstanden weitere Struvesche Anstalten in Berlin, in Leipzig in Gerhards Garten, Breslau, Königsberg, Frankfurt a. M., Köln, Brighton in England (Royal German Spa), in Petersburg, Moskau, Riga, Odessa usw. — Neben den Kurwässern entwickelte sich immer mehr der Bedarf an Tafelwässern und in den letzten Jahrzehnten auch an Limonaden. Die Struveschen Anstalten in Dresden und Leipzig befinden sich noch seit 4 Generationen im Besitze der Familie Struve. Ihre Oberleitung hat zurzeit Dr. Alexander Struve in Dresden.

Aus der Praxis des Kreismietseinigungsamtes.

Von Rechtsanwalt Dr. Hannß, Vorsitzender.

(Schluß aus Nr. 134, 2. Blatt.)

III. Im Kampfe zwischen Hausbesitzern und Mietern spielt die

Höhe der Miete eine große Rolle.

Für den hiesigen Kreis ist eine Höchstmiete nicht eingeführt. Die Preußische Höchstmietenverordnung gilt also für den Kreis nicht. Im Landkreise Merseburg unterliegt daher die Miete noch der freien Vereinbarung. Wohlgemerkt aber der Vereinbarung, der Vermieter kann nicht einseitig die Höhe der Miete bemessen. Das Mietseinigungsamt ist aber befugt, auf Anrufen die Höhe der Miete angemessen festzusetzen.

Die Grundsätze, nach denen das Mietseinigungsamt die Höhe festsetzt, sind folgende:

Der Vermieter muß eine angemessene Verzinsung erreichen, dagegen keinen übermäßigen Gewinn erzielen. Für Grundstücke, die erst seit der Geldentwertung zu hohem Preise — wenn es auch nur Papiermark sind — erworben sind, gilt das natürlich nicht. Würde man den Grundsatz auch für solche Grundstücke anwenden, so würde der Spekulation Tür und Tor geöffnet und Grundstücke und Mieten ungeheuer in die Höhe schnellen.

Der Vermieter muß wirklich nachzuweisen in der Lage sein, daß er die beantragte Miete, um die Verzinsung zu erreichen, braucht. Gewöhnlich hapert es aber damit. Das Mietseinigungsamt kann sich indes nicht damit begnügen, daß der Vermieter lediglich eine Rentabilitätsberechnung einreicht, gar keine oder nur einzelne Unterlagen übergibt und auf nähere Fragen mit allgemeinen Redensarten und oft nur widerwillig antwortet.

Ich bin aus anderen Gründen für weit höhere Mieten als sie jetzt im Kreise gelten. Nicht damit der Vermieter einen Gewinn macht, sondern um die Mieten den Preisen des Bedarfs an anderen Dingen des täglichen Lebens anzugleichen. Die höhere Miete, die über den Verzinsungsbedarf des Vermieters hinausginge, müßte zu einem Baufonds oder dergl. gegeben und angesammelt werden. Das Reichsmietengesetz wird ähnliches bringen. Das Kreismietseinigungsamt ist aber bestrebt, die Mieten in jedem einzelnen Falle so hoch zu halten, daß der Vermieter nichts zusetzt. Es würde es mit Freuden begrüßen, wenn die Vermieter ihre Grundstücke den Bedürfnissen entsprechend immer in Stand hielten und auch große Reparaturen vornähmen. Das Mietseinigungsamt würde in jedem solcher Fälle die Mieten entsprechend erhöhen. Es würde geprüft werden, wieviel aufgewendet ist und wie lange die Reparatur halten würde. Auf die Zeitspanne würde dann die Aufwendung entsprechend verteilt werden, gleichgültig, ob dadurch die Miete sich um 100 oder noch mehr Prozent erhöht.

Leider scheuen aber die Hausbesitzer große Reparaturen, weil sie vielleicht fürchten, sie bekommen die Kosten nicht ersetzt. Vorher ist aber das Mietseinigungsamt nicht in der Lage, die Miete zu erhöhen.

Und so geraten die Häuser in Verfall und das wird die Wohnungsnot in absehbarer Zeit noch vielmehr vergrößern.

IV. Schließlich gelangen vor dem Mietseinigungsamt zur Verhandlung

die vielen Anträge auf Kündigungen.

In normalen Zeiten wären die meisten dieser Anträge durchaus berechtigt, so ist es umgekehrt, die meisten Anträge werden zurückgewiesen. Das hiesige Kreismietseinigungsamt pflegt Kündigungen wegen Zänkereien, Übertretung der Hausordnung und dergl. selten zu genehmigen. Meist liegt die Schuld an dem schlechten Verhältnis an Beiden. Nur wo offensichtlich ein einseitiges Verschulden vorliegt und die Beleidigungen wiederholt oder schwer sind, oder bei bewiesenem Diebstahl, bei wiederholten gröblichen Verletzungen der Hausordnung genehmigt das Mietseinigungsamt die Kündigung.

Kein Grund ist für das Mietseinigungsamt der Umstand, daß jemand sich ein Haus gekauft hat und nun hineinziehen will. So bedauerlich das ist, würde es doch nur wohlhabenden Leuten zu gute kommen. Auch der Umstand, daß der Sohn oder die Tochter des Hauswirtes heiratet, genügt nicht immer, um die Kündigung eines Mieters zu erreichen. Noch weniger der Umstand, daß ein Vermieter Räume zu Geschäftsräumen oder Geschäftszwecken braucht. Das Mietseinigungsamt denkt da: Wenn das Geschäft so gut geht, daß es vergrößert werden muß, mag er bauen.

Schwierig sind die Fälle, wo jemand einen Mieter aus Gefälligkeit auf „kurze Zeit" aufgenommen hat, insbesondere dann, wenn — wie es oft der Fall ist — die Kinder des Vermieters heranwachsen und nun mehr Schlafräume brauchen.

In wievielen Fällen möchte das Mietseinigungsamt genehmigen, wenn nicht vom Wohnungsamt immer wieder die Antwort käme: es ist unmöglich, X unterzubringen.

V. Auf diese Schilderung zurückblickend, ersieht man, daß das Mietseinigungsamt für die Beteiligten wenig Erfreuliches schafft, und doch ist die Tätigkeit des Mietseinigungsamtes nicht fruchtlos und m. E. heute nicht zu entbehren. Aber das läßt sich sagen: wenn dem immer mehr zunehmenden Mangel an Wohnungen nicht mit anderen Mitteln gesteuert wird, dann wird das Mietseinigungsamt in absehbarer Zeit seine Tätigkeit einstellen können, weil seine Beschlüsse nicht mehr durchgeführt werden können. Schon jetzt ist es äußerst schwierig, wie ich oben gezeigt habe, einen Beschluß des Mietseinigungsamtes, wonach ein Mieter aus einer Wohnung heraus muß, zur Tat werden zu lassen. Bald wird das überhaupt nicht mehr gehen. Das Wohnungsamt wird auch immer schärfer beschlagnahmen müssen.

Um diesen Zusammenbruch zu vermeiden, sollte man nach einem Wege daraus suchen.

Ich möchte nun nachfolgend eine

Anregung

geben, wobei ich bemerke, daß es nur eine Anregung sein soll, die praktische Durchführung bliebe zu prüfen.

Ich bin überzeugt, daß mancher Landwirt gern jährlich 500 M gäbe, wenn er von einem Zwangsmieter verschont bliebe, als daß er von diesem Mieter 300 oder 500 M erhielte. Darum sollten in jeder Gemeinde sich Baugenossenschaften bilden, die Häuser bauten. Für die Neubauten findet das Wohnungsmangelgesetz und die Höchstmietenanordnung nicht Anwendung. Die Wohnungen könnten also nicht beschlagnahmt werden, die Mieten könnten auch immer so hoch festgesetzt werden, daß die Verzinsung herauskommt. Mieter würden sich auch zu den hohen Mieten genug finden. Ich weiß, wie ungern jemand in die beschlagnahmten Notwohnungen zieht, in denen meist von Anfang an ein Gegensatz zum Vermieter besteht.

Nun riskiert mancher heute das Bauen um deswillen nicht, weil er nicht weiß, wie lange die Teuerung noch anhält und ob er die Verzinsung des hineingesteckten Kapitals herausholt.

Bei den Baugenossenschaften, die ich hier im Auge habe, müßte natürlich unter Zugrundelegung des Heimstättengesetzes gebaut werden. Es kämen dann die Überteuerungszuschüsse seitens des Reiches, Staates event. des Kreises und der Gemeinden in Frage.

Ein weiterer noch gangbarer Weg wäre vielleicht der: Draußen hinterm Gotthardtsteiche, nahe beim Spielplatze Preußen bauen sich jetzt Wohnungssuchende ganz allein Häuser, bestehend aus 4 Zimmern, Küche, reichlichen Kellern, Stall und Garten nach einem Verfahren, dessen geistiger Schöpfer Herr Stadtbaurat Zollinger hier ist.

Ein solches Haus kostet herzustellen, wenn der Wohnungssuchende es selbst unternimmt, 20—22 000 M, wenn es ein Unternehmer herstellt, 40—45 000 M.

Auf all den Dörfern des Kreises, in denen jetzt das Wohnungsamt mit der Kreiswohnungskommission umhergeht und in den Bauernhöfen und anderen Gebäuden Wohnungen beschlagnahmt, würden sich genug Wohnungssuchende finden, die nach der Arbeitszeit wie hier beim Preußenplatz ihr Haus sich selbst aufbauen würden.

Eine Verzinsung von etwa 1200—1300 M für ein eigenes Haus mit Garten und Stall werden Tausende gern auf sich nehmen.

Die Finanzierung solcher Bauten wäre eine Kleinigkeit. Auch das könnte auf genossenschaftlicher Grundlage geschehen. Die Hauptsache wäre, daß in den Gemeinden die Landwirte das Land dazu hergeben würden. Und dieses Opfer wäre wahrlich nicht groß. Für ein Haus mit Garten sind 5—600 Quadratmeter erforderlich.

Ist es nicht besser, der Landwirt gibt das Land dazu her, als daß er sich einen Zwangsmieter in seinen Hof hineinnehmen muß!

Vor allem mögen sich auch Wohnungssuchende vom Lande diese Häuser hinterm Gotthardtsteiche einmal anschauen.

Gerichtsverhandlungen.

Verurteilung von Leunaaufrührern.

Vor dem Sondergericht Wittenberg standen der Schlosser Wolfgang Schwarz aus Halle, 23 Jahre, der Arbeiter Willi Röhnsch aus Leuna, 21 Jahre und der Maurer Otto Chemnitz aus Beesen, 23 Jahre alt, die sich in Leuna hatten Kompanien zuteilen lassen. Das Urteil lautete gegen Schwarz auf 6 Monate, gegen Röhnsch auf 1 Jahr und gegen Chemnitz auf 8 Monate Gefängnis. Die Leunaarbeiter Otto Eisenschmidt aus Leißlingen, 20 Jahre, Ernst Hennig aus Reinsdorf, 20 Jahre, Paul Teil aus Leuna, 22 Jahre, Artur Kuhne aus Merseburg, 19 Jahre, Gustav Wölbling aus Merseburg, 19 Jahre und Kurt Wohlfeldt aus Bad Sulza, 23 Jahre alt, haben sich in Leuna der roten Armee angeschlossen und werden zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt, je 2 Monate gelten als verbüßt. Der Arbeiter Theodor Fasseck aus Bad Sulza, 29 Jahre alt, hat sich ebenfalls in Leuna den Aufrührern angeschlossen. Da er aber dazu gezwungen war und bei der ersten besten Gelegenheit geflohen ist, so erfolgt Freisprechung. Weiter wurden verurteilt der Schmied Otto Scholz und der Klempner Hermann Kohlbach, beide aus Zorbau bei Weißenfels, wegen Angehörigkeit zur roten Armee in Leuna zu 8 bezw. 10 Monaten Gefängnis. Der Bergarbeiter Gustav Fiedler aus Groß-Kayna erhielt 1 Jahr Gefängnis, da er als Aktionsausschuß zur Entwaffnung des Dorfes beigetragen hatte.

Vom Sondergericht Naumburg wurde der ledige Maurer Rudolf Römer aus Naumburg zu 2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenverlust verurteilt, da er in Leuna am Aufruhr in hervorragender Weise beteiligt gewesen ist.

Vor dem Sondergericht in Wittenberg standen die Arbeiter Friedrich Franz aus Schöllwitz, 21 Jahre, Ernst Müller aus Weißenfels, 20 Jahre, und Ludwig Manthey aus Merseburg, 20 Jahre alt, die im Leunawerk beschäftigt waren und sich dort Kompanien angeschlossen hatten. Das Urteil lautet gegen jeden der Angeklagten auf 8 Monate Gefängnis, von denen je zwei Monate als verbüßt gelten. Der Arbeiter Oskar Dippmar aus Merseburg, 44 Jahre alt, hatte schon Listen der waffenfähigen Männer im Leunawerk aufgestellt, ehe der Aufruhr eigentlich losging und stand dann mit an der Spitze der Aufrührer. Das Gericht erkannte auf 2 Jahre und 2 Monate Zuchthaus.

Hölz vor dem Sondergericht.

Berlin, 14. Juni. Zu Beginn der heutigen Verhandlung im Prozeß Hölz entspinnt sich die Frage, ob der Zeuge Könnicke, der gestern vernommen worden ist, vereidigt werden soll. Verteidiger Dr. Hegewisch bemerkt dazu, daß nach der Festnahme des Hölz der Polizeipräsident von Berlin eine Auslobung veröffentlichte, in der es heißt: „Wer aufklärende Mitteilungen, die zu einer Verurteilung des Hölz führen, machen kann, dem setze ich 50 000 M Belohnung aus." Es kann doch möglich sein, daß Menschen, die nicht von starkem Charakter sind, auf Grund dieser Auslobung Hölz mehr belasten, als sie vor ihrem Gewissen verantworten können. Außerdem ist zweifelhaft, ob Könnicke, der mehrere Tage sich im Gefolge von Hölz aufgehalten hat, nicht an den strafbaren Handlungen teilgenommen hat. Der Staatsanwalt gibt zu, daß Könnicke in der Aussage einen schwankenden Eindruck gemacht habe. Trotzdem sei kein Grund vorhanden, ihn nicht zu vereidigen. Der Staatsanwalt regt dann an, mehrere Zeugen, wie Sipoleute aus Eisleben, nicht zu vernehmen, da er als wahr unterstellen würde, daß Hölz unnötiges und unkluges Blutvergießen habe vermeiden wollen. Der Gerichtshof zieht sich zurück und verkündet dann, daß der Zeuge Könnicke nicht vereidigt werden soll, und daß ferner die Leute der Schutzpolizei aus Eisleben nicht vernommen werden sollen.

Dagegen wendet sich Hölz, indem er betont, auf der Vernehmung der Schutzpolizei zu bestehen. „Ich habe", sagt Hölz, „von vornherein den Eindruck gehabt, daß nicht von seiten des hiesigen Sondergerichts, sondern von hinter ihm stehenden Leuten Morde konstruiert wurden, um mich hineinzulegen. Ich bestehe auf der Vernehmung der Sipoleute, denn der eine von ihnen legt mir einen Mord zur Last. Der Vorsitzende bemerkt dazu, wir haben nur zu verhandeln über Fälle, über die Anklage erhoben ist.

Bei der Zeugenvernehmung berichtet ein Landjäger aus Helbra über den Überfall der Hölzbanden auf die Sparkasse. Der Zeuge wohnte in demselben Haus. Drei Mann gingen in seine Wohnung und nahmen dem Zeugen die Waffen ab. Ob Hölz dabei war, weiß der Zeuge nicht. Sehr anschaulich schilderte der Hilfsprediger Schröder seine Erlebnisse mit Hölz. Der Zeuge kam nach Eisleben, um seine dort wohnenden Eltern zu besuchen. Es war gerade zwischen der Schutzpolizei und den Hölzgardisten ein Feuergefecht im Gange. Hölz hielt auf dem Marktplatz und nahm wie ein Feldherr die Meldungen seiner Leute entgegen. Der Zeuge wurde von Hölz angehalten und gefragt: „Wie heißt du?, was bist du?" und dann wieder: „Du bleibst hier als Geisel und für den ersten erschossenen Arbeiter wirst du an die Wand gestellt. Du gehörst zur Bourgeoisie, und die wird vernichtet."

Als dann dem Hölz berichtet wurde, daß aus einem Fenster am Marktplatz ein Mann auf die Truppe herabschaue, zog Hölz seinen Revolver und feuerte viermal auf das Fenster.

Vorzeitiger Schluß der gestrigen Verhandlung.

Berlin, 15. Juni. Im Prozeß Hölz kam es gestern zu einem Zusammenstoß zwischen dem Angeklagten und der Verteidigung einerseits und dem Vorsitzenden andererseits. Der Vorsitzende wollte nicht zulassen, daß der Angeklagte in seinen Ausführungen sich an den Zuhörerraum wandte. Der Angeklagte war aber nicht zum Schweigen zu bringen und erging sich in Angriffen gegen den Gerichtshof, bei denen er von seinem Verteidiger Hegewisch unterstützt wurde. Ruhe entstand erst wieder, als der Vorsitzende die Sitzung für geschlossen erklärte und den Saal räumen ließ.

⊥ **Der beleidigten Deutschvölkischen nutzloser Prozeß.** Vor dem Amtsgericht Schwetzingen wurde dieser Tage wegen Nötigung und öffentlicher Beleidigung, die in einer Versammlung des deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes gegen den deutschvölkischen Redner Jürgen v. Ramin begangen sein soll, verhandelt. Sämtliche Angeklagten wurden freigesprochen, da die von dem Schutz- und Trutzbunde gestellten Zeugen völlig versagten.

Kukirol
beseitigt schnell, sicher und schmerzlos Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen.
Millionenfach bewährt. Schachtel M 3.-
Jn Apotheken u. Drogerien erhältlich
Adler-Drogerie, Entenplan.

Freiw. Pferde-Auktion.
Sonnabend, den 18. d. Mts., vorm. 10 Uhr, werde ich im Gasthof „Zur grünen Linde", hier, öffentlich meistbietend gegen bar versteigern:
8 schwere zugfeste Belgier (1 Schimmel, 10jähr., 2 Braune, 7- u. 10jährig);
1 5jährigen Fuchs-Wallach,
1 6jährigen Dänen (Rappen);
ferner: 1 Jagdwagen (fast neu), 1 Preschwagen, 1 Artilleriewagen u. verschied. Sielengeschirre.
Besichtigung ab 9 Uhr.
Albert Franke, beeid. Auktionator.

Wanderer-Motorfahrräder
N. S. U.-Motorfahrräder,
Opel-Motorfahrräder
sind die besten.
Fahrrad-Einbaumotore zu billigsten Preisen.
Gustav Engel Söhne,
Tel. 203.

Beachten Sie meine billigen Preise
in
Ia Tafelleim ..... p. kg 17,00
Ia Lederleim ...... p. kg 20,00
Pa. Orange-Blätter-Schellack p. kg 94,00
Pa. Lemon-Blätter-Schellack p. kg 115,00
Ia garant. dopp. gekocht. Leinöl-Firnis p. kg 13,00
Garant. reine Bleimennige p. kg 9,00
Oel-Bleiweiß ...... p. kg 15,00
Ia Bernsteinlack ..... p. kg 23,00
Ia Fußbodenwachs ... p. kg 17,00
Ia Fußbodenöl Marke EF
Ia Maschinenöl
Otto Schmidt, Weiße Mauer 6 II.
Agentur- und Kommissionsgeschäft.

Es lässt sich nicht wegleugnen:
Das führende Blatt in Stadt und Kreis Merseburg ist der
„Merseburger Korrespondent"
Darum haben Anzeigen in demselben grössten Erfolg!

Dr. A. Rühle — Halle a. d. S. — Schillerstrasse 10—11
Klinik z. Behandlung schwerer Neurosen, organischer Erkrankungen des Nervensystems und chron. Krankheiten mit vorwiegend nervösen Symptomen. Hypnosebehandlung. Tel. 6617.

Für die Landwirtschaft
werden folgende Gegenstände laufend preiswert verkauft, so lange Vorrat reicht, aus prima Leder: neue Halftern mit u. ohne Trense, Wassertrensen, Stellkummete, Peitschen, Steigbügel- u. Brustriemen, ferner: Pferde-Regen- u. Sommerdecken, Hemden, Handtücher, Strümpfe, Rucksäcke, Schneeanzüge, Khakianzüge, Erntehosen, Mäntel, Wagebalken, Deckengurte, Stiefeln, div. Werkzeuge, wie: Hämmer, Aexte, Zangen usw.
Post- und Bahnversand gegen Nachnahme.
Während der Ausstellung Verkaufsstelle gegenüber dem Eingange Reitzenhainerstraße 149.
Besuch lohnend — kein Kaufzwang!
Die Heeresgerätestelle unter Aufsicht des landwirtsch. Kreisvereins.
Lager: Leipzig, Roscherstraße 13, II. Telephon 2992.

Treibriemen
Vertreter gesucht.
v. Dolffs & Helle, Braunschweig
Bedeutende Ledertreibriemen-Fabrik

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210615-11/fragment/page=0007
DFG

Anzeigen.

Für die Aufnahme der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Preuß.-Südd. Lotterie.

Die Einlösung der Lose zur 1. Klasse 18.(244) Lotterie hat von den bisherig. Spielern bis **22. Juni** zu erfolgen. Die Gewinne bis 500 Mk. werden sogleich, größere v. 18. ab ausbezahlt. Hallesche Str. 25.

Obst-Verpachtung.

Das Hartobst auf der Lauchstedter Str. (Merseburg) vom Gerichtsrain bis zur Knapendorfer Flurgrenze ist freihändig zu verpachten u. nehme Gebote sof. entgegen. **Emil Schumann**, Merseburg., Lauchstedter Str. 21.

Anständiger Mann sucht für sofort **Logis,** wenn auch einfach. Zuschr. unter 4289 an die Exp. d. Bl.

Junges Ehepaar sucht sof. oder 1. August

2 leere oder möbl. Zimmer

in nur gutem Hause. Ang. u. 4292 a. d. Exp. d. Bl. erbeten.

Solider junger Mann sucht

einfaches aber sauberes Zimmer

ab 1. Juli. Ang. u. 4294 an die Exp. d. Bl.

Junger, sehr anständiger Herr sucht

freundlich möbl. Zimmer.

Ang. unt. 4291 an die Exped.

Kleines Grundstück mit 20—25 Morgen Feld Nähe der Stadt zu kaufen oder pachten gesucht. Ang. unter 4296 an die Exp. d. Bl.

Kleineres gutgehendes

Produktengeschäft

in Merseburg od. Umgebung zu pachten oder kaufen gesucht. Gefl. Angeb. unter 4288 an die Exp. d. Bl.

M. 8000.— sind auszuleihen, **M. 4000.—** werden auf sichere Hypothek gesucht. **Wiegand**, Mälzerstr. 8.

60-70000 Mark

als 1. Hypoth. auf ein Gesch.-Grundst. mit za. 6 Morgen Feld bei Merseburg zur Ablösung kleinerer Hypotheken sofort gesucht. Näh. bei **Franz Sand, Merseburg**, Roter Feldweg 8, Tel. 214.

Suche sofort

60—65000 Mark

als 1. Hypothek auf hiesiges Geschäftsgrundstck. Agenten erbeten. Angeb. unter 4293 an die Exped. d. Bl.

10000 Mk.

an II. Stelle, b. 12000 M. auf gut. Landgrundst. mit Gart. u. 5 Morg. Feld gesucht. Ang. u. 4295 a. d. Exp. d. Bl. erb.

Neuer Cutaway

mit gestr. Hose sowie getr. Strohhut billig zu verk. Johannisstr. 12, 2 Tr. r.

Ein gebrauchter **Kleiderschrank**, eine **Kommode** und ein **Chaiselongue** zu kaufen gesucht. Gefl. Ang. unter 4276 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Wegen Platzmangels verkaufe ich

Kleiderschrank, Vertiko, Tisch, Plüschsofa mit Sessel,

alles noch gut erhalten. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Verkaufe

Federrollwagen

60—70 Ztr. Tragkraft, tausche auch gegen größeren mit 100—180 Ztr. Tragkraft. Schaukelbes. P. Fechner, z. Z. Bündorf b. Knapendorf.

Ein Eisschrank

zu verkaufen Johannisstr. 16, 2 Tr.

Eine Kuh m. dem Kalbe

steht zum Verkauf Wegwitz Nr. 7.

---

2 Futterschweine

zu verkaufen Radewell, Forststr. 2c.

---

2 Ziegenlämmer

zu verkaufen. Zu erfragen Poststr. 8, pt.

Hofhund,

kleine Rasse, sehr wachsam, zu verkaufen Göhren 11.

Todes-Anzeige.

Ein liebes, treues Mutterherz schloss die Augen zum ewigen Schlummer.

Nach einem Leben voll treusorgender Liebe entschlief gestern nachm. 3 Uhr nach ihrem schweren, längeren Leiden sanft unsere innigstgeliebte herzensgute Mutter, Schwieger- und Großmutter

Ww. Emilie Sparig

geb. Tissmann

im 64. Lebensjahre.

Merseburg, den 14. Juni 1921.
Unter-Altenburg 22.

Dies zeigen tiefbetrübt an:

Die trauernden Kinder
und alle Angehörigen.

Die Beerdigung findet Freitag, den 17. Juni 1921, nachmittags 1/2 2 Uhr von der Kapelle des Altenburger Friedhofes aus statt.

Infolge seines im Felde zugezogenen schweren in Geduld ertragenen Leidens verschied am Dienstag, den 14. d. Mts., in Nietleben mein einziger unvergeßlicher Sohn, unser lieber Bruder, Onkel und Schwager

Alfred Weiß

im 37. Lebensjahre.

Dies zeigt tiefbetrübt an im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Frau Ida Bauer.

Merseburg, Karlstr. 36, den 15. Juni 1921.

Beerdigung findet Freitag nachmittag 2 Uhr in Nietleben statt.

Dienstag vormittag 11 1/4 Uhr entschlief nach langem, schweren Krankenlager unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter

Frau Amalie Lindisch

geb. Buschmann

im Alter von 79 Jahren.

Merseburg u. Stuttgart, den 14. Juni.

Dies zeigen tiefbetrübt an die trauernden Hinterbliebenen:

Familie Wilhelm Lindisch,
Helene Lindisch,
Familie Ernst Lindisch,
Familie Otto Lindisch,
Martha Lindisch.

Beerdigung findet Freitag, den 17. Juni, nachm. 4 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Wir haben gehofft, wir haben gebetet,
Doch alles war umsonst.

Am Dienstag ereilte uns die traurige Nachricht, daß unsere herzensgute, liebe Tochter, Schwester, Enkelin, Nichte und Cousine

Frida Zabel

im blühenden Alter von 20 Jahren nach Gottes Ratschluß in den Tod gegangen ist.

Merseburg, den 15. Juni 1921.

Die tieftrauernden Eltern,
Geschwister u. Angehörige.

Beerdigung findet Freitag mittag 1 Uhr in Ammendorf statt.

Schmerzerfüllt mußten wir Kenntnis nehmen, daß am 13. Juni unser lieber Jugendfreund

Erich Trensch

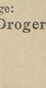
durch den unerbittlichen Tod im blühenden Alter von 17 Jahren infolge Unglücksfalls aus unserer Mitte gerissen wurde. Unsern so trauten Freundeskreis verläßt mit ihm ein treuer Freund, der durch seinen lauteren Charakter und sein immer so freundliches Wesen trotz seiner kurzen Anwesenheit von uns allen sehr geschätzt wurde. Gottes Wille nahm ihn von uns, ehrenvoll wollen wir seiner stetig gedenken.

Dein junges, blühendes Leben
Hast Du dahin gegeben.
Beweint von Deinen Lieben
Sei Frieden Dir beschieden.
Die Trennungsstunde schlug zu früh,
Doch Gott, der Herr, bestimmte sie.
Dir der Frieden, uns der Schmerz.

Blösien, den 15. Juni 1921.

Gewidmet von der
Jugend zu Blösien.

Ihre **Hühneraugen** werden Sie sicher los durch **„Hühneraugen-Lebewohl"**
Hornhaut auf der Fußsohle beseitigen **Lebewohl-Ballenscheiben**
Kein Verrutschen, kein Festkleb. am Strumpf. Schachtel Mk. 2.- u. 3.-



in den Drogerien. Hauptniederlage:
Hermann Emanuel. Gotthardt-Drogerie

Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, sagen wir allen denen herzlichen Dank, die seinen Sarg so reich mit Blumen schmückten. Herzlichen Dank der Direktion für das hilfreiche Eingreifen, sowie der Beamten- und Arbeiterschaft der Beunaer-Kohlenwerke für ihre reichliche Unterstützung. Dank dem Gesang-Verein „Einigkeit" für alles Wohltuende. Und unseren aufrichtigen Dank für Herrn Pastor Jentzsch für seine trostreichen Worte am Grabe.

Merseburg, im Juni 1921.

Die trauernde Witwe:

Frieda Peters geb. Knoll
nebst Kindern und Angehörigen.

Dr. Oetker's Puddingpulver

in feinster Friedensqualität ist wieder überall zu haben. Man achte darauf, daß man die echten Fabrikate mit der Schutzmarke „Oetker's Hellkopf" erhält.

Wilhelm Röper, Leipzig

Goethestr. 3—5 Augustusplatz

empfiehlt

Teppiche Vorlagen
Möbelstoffe Vorhangstoffe
Gardinen Tapeten
Tischdecken Divandecken

Beste und wohlfeile Qualitäten in reichster Auswahl.

Paul Michaud

Werkstätten für Wohnungskunst

Leipzig

Im eigenen Ausstellungshause

Georgiring 6, Ecke Gellertstr.

etwa 300 Zimmer aufgestellt

*

Eine größere Anzahl

Speise-, Herren- und Schlafzimmer

im Preise ganz bedeutend herabgesetzt

Ich bitte um Besichtigung

Verkaufszeit nur bis nächsten Sonnabend der billigen Rein-Aluminium-Waren.

im „Alten Dessauer", Merseburg, Dammstraße.

Versäumen Sie nicht die günstige Einkaufsgelegenheit der Qualitätswaren vom

Aluminium-Wanderlager Rich. Kringe, Schwarzenau.

Kleine Anzeigen finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent".

Deutsche Warte

Tageszeitung

für Lebens-, Wirtschafts- und Bodenreform

m. den Beiblättern Land- u. Hauswirtschaft - Gesundheitswarte - Jugendwarte - Der Sonntag - Frauenzeitung und tägliches Unterhaltungsblatt

Monatl. nur 6 Mark

Berlin N W 6.

Bekanntmachung.

In der nächsten Zeit finden durch Beamte der Landesversicherungsanstalt

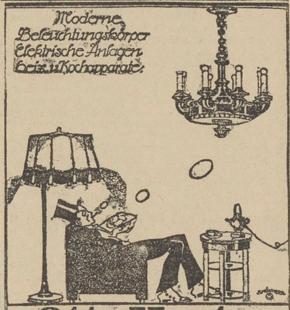
Prüfungen der Beitragsleistung zur Invalidenversicherung

statt. Wir ersuchen Arbeitgeber und Versicherte, die Quittungskarten, Aufrechnungsbescheinigungen, Lohnbücher 2c. zur Prüfung bereit zu halten.

Gleichzeitig weisen wir nochmals darauf hin, daß für alle bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse für die Stadt Merseburg versicherten Personen, soweit sie der Invalidenversicherungspflicht unterliegen, seit 26. April 1920 Beitragsmarken V. Lohnklasse (gelbe) zu 2,80 M. verwendet werden müssen.

Merseburg, den 7. Juni 1921.

Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt.



Otto Hentze

Leipzig, Neumarkt Nº 9-19
Städt. Kaufhaus, Laden 35
Telefon Nº 37651

Torpedo
modernste
Schreibmaschine
Vertretung:
Gustav Engel Söhne, Merseburg.
Tel. 203.

Neu eingeführt: Schreibmaschinen-Unterricht zu mäßig. Preisen. Anfang jederzeit.

Von heute an stehen aus der Priegnitz junge, schwere, hochtragende

Kühe und Kalben

sow. frischmilchende Kühe sehr preiswert zum Verkauf.

Albert Beyer, Schkeuditz, Fernruf Nr. 369

Drucksachen jeder Art

für Geschäfts- und Privatbedarf sowie Broschüren, Formulare, Zeitschriften, Kontobücher usw. liefert bei billigster Preisstellung in moderner u. geschmackvoller Ausführung

Buch- und Akzidenz-Druckerei
Th. Rössner, Merseburg S.
Kleine Ritterstrasse 3

Setzmaschinen-Betrieb Eigene Buchbinderei

---

schwarz / gelb / braun / rotbraun Alleinherst.: Werner & Mertz, Mainz

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210615-11/fragment/page=0008

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 5.— Mk., durch unsere Austräger 5.— Mk. und 50 Pfg. Zustellungsgebühr, durch unsere Landboten 5.— Mk. und 75 Pfg. Zustellungsgebühr, durch die Post bezogen 6 Mk. einschl. Bestell- und Bezugsgeld. Einzelnummer 80 Pfg.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 30 Pfg., im Reklameteil 1,20 Mk., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag, Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.

Mit dem wöchentlich 2 maligen Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 137 — Mittwoch den 15. Juni 1921 — 47. Jahrg.

Deutschlands Beteiligung am Wiederaufbau

Die Wiesbadener Besprechungen.

Die Besprechungen zwischen dem französischen und dem deutschen Wiederaufbauminister in Wiesbaden sind zu einem ersten Abschluß gelangt. Ein großes positives politisches Ergebnis kann natürlich nach solch einer ersten Aussprache noch nicht vorliegen, dazu ist das Problem des Wiederaufbaus viel zu groß, und dazu war die Zeit, die für diese Besprechungen zur Verfügung stand, viel zu kurz. Im besonderen hat man sich mit den Einzelfragen noch nicht befassen können, sondern es sind nur die Grundzüge des Wiederaufbaus zwischen Rathenau und Loucheur zur Besprechung gekommen. Die weiteren Verhandlungen werden sich in Paris abspielen und zwar zwischen den Experten des Ministers Loucheur und den Vertretern der deutschen Kriegslastenkommission, an deren Spitze Staatssekretär Bergmann steht, der als genauer Kenner aller Reparationsfragen auch in Paris Ansehen genießt.

Die deutsche amtliche Berichterstattung über die Wiesbadener Verhandlungen war keineswegs glücklich, auch das, was veröffentlicht worden ist, war mehr als dürftig, und die deutsche Presse hat sich gezwungen gesehen, aus den zahlreichen Meldungen der Pariser Presse das herauszuschälen, was der Wahrheit am nächsten stand. Ein solcher Zustand ist natürlich nicht besonders erfreulich, und es ist dringend zu hoffen, daß die Regie dazu nächstemal besser klappt.

Minister Rathenau hat in Paris vorerst eine gute Presse gefunden, und von den Korrespondenten wird allgemein berichtet, daß ein großer Schritt nach vorwärts getan sei. Die Notwendigkeit einer direkten Aussprache zwischen dem Hauptschuldner und dem Hauptgläubiger war gegeben. Auf diesem Wege wird es vielleicht gelingen, an der Entgiftung der politischen Atmosphäre weiter zu arbeiten. Ein allzu großer Optimismus ist aber auch jetzt noch nicht angebracht, denn die große Aufgabe steht noch bevor, die deutschen und französischen Interessengegensätze auszugleichen. Diese Gegensätze bestehen besonders in der Frage der Sachleistungen. Hier muß ein Weg gefunden werden, um beiden Teilen gerecht zu werden. Immerhin beachenswert ist der französische Plan, den Loucheur zum Ausdruck gebracht haben soll und der darin besteht, daß die deutschen Sachleistungen als Vorschüsse auf die künftigen Annuitäten in Anrechnung gebracht werden sollen. Die ersten Fäden einer direkten Verständigung sind gesponnen, Rathenau hat seinen guten Willen gezeigt, es kommt jetzt aber darauf an, daß man auch in Frankreich ernstlich bemüht ist, den Wiederaufbau mit deutscher Hilfe in verstärktem Maße und in schnellerem Tempo zu bewerkstelligen.

*

Loucheur erstattet Bericht über die Zusammenkunft mit Rathenau.

Aus Paris wird uns berichtet:

Minister Loucheur kehrte Dienstag 11 Uhr vormittags nach Paris zurück. Dem Ministerrat, der sich zu gleicher Zeit unter dem Vorsitze Millerands im Elysee versammelte, erstattete er zuerst über seine Zusammenkunft mit Rathenau Bericht. Er erklärte, daß die Besprechung ausschließlich der Frage der Reparationen gedient hat.

Eine halbamtliche Auslassung erklärt über diese Besprechung: Die Initiative hierfür ging von der deutschen Regierung aus. Diese hatte die französische benachrichtigt, daß sie den Wunsch habe, mit ihr die Frage der Reparationen zu erörtern. Sie hatte bei Briand den Gedanken angeregt, die Eröffnung der französischen Kunstausstellung in Wiesbaden zu benutzen, damit eine Zusammenkunft mit dem deutschen Minister für Wiederaufbau erfolge. Die beiden Minister kamen am Sonntag morgen zuerst in Berührung und sahen sich nachmittags wieder. Ihre Besprechungen gingen Montag nachmittag zu Ende. Im Laufe der zehnstündigen Besprechungen bestand die Konversation hauptsächlich in einem Gedankenaustausch. Man klärte sich gegenseitig über die Art und Weise auf, wie Frankreich und Deutschland ihrerseits gewisse Fragen ins Auge fassen. Der deutsche Minister kannte z. B. die wichtigsten Bestimmungen des französischen Gesetzentwurfs über die Reparation der angerichteten Schäden nicht. Loucheur mußte ihm im einzelnen dieses Gesetz darlegen, um ihm zu erklären,

wie dieses Problem sich in den Augen Frankreichs darstelle.

Auch über den Wiederaufbau der Städte ist die deutsche Regierung nicht genügend über gewisse Fragen aufgeklärt, die sich namentlich auf die Gefühle beziehen müssen, denen die französische Regierung Rechnung tragen muß. Die beiden Minister wollten vor allem nicht nur erörtern, sondern ihren Standpunkt darlegen, was dazu führen sollte, der einen oder der anderen Lösung in gewissen Fragen den Vorzug zu geben. Sie suchten sich über Berührungspunkte zu unterrichten und auch über solche, die unzweifelhaft Schwierigkeiten an dem Tage hervorreifen mußten, wenn die Besprechungen wieder aufgenommen werden, um zu einer sofortigen Lösung zu gelangen. Nachdem durch diese der Boden gereinigt war, stellte Loucheur seinem Unterredner eine beträchtliche Anzahl von Fragen, nicht, um von ihm sofort eine Antwort zu erhalten, sondern um ihn einzuladen, darüber nachzudenken, damit an dem Tage, wo die Besprechungen wieder aufgenommen werden, kategorische Antworten erfolgen könnten. Die Frage der Holzhäuser gehört dazu. Der französische Minister forderte darüber neue genaue Feststellungen.

Die letzte Zusammenkunft fand in Gegenwart von Dr. Bergmann statt, den Rathenau aus Berlin rufen ließ und den Loucheur bereits kannte. Dieser wird

in Paris die Verhandlungen fortsetzen,

und zwar an dem Tage, an dem Rathenau sein endgültiges Programm ausgearbeitet haben wird. Zwischen ihm und Loucheur ist für Freitag den 24. Juni eine neue Zusammenkunft festgesetzt worden.

Der Minister für die befreiten Gebiete zeigte sich von der ersten Sitzung sehr befriedigt. Er fand in seinem deutschen Kollegen einen in allen wirtschaftlichen und finanziellen Fragen sehr erfahrenen Mann, der den sehr ernsten Wunsch habe, zu einem Einvernehmen zu gelangen und der in seinen Erörterungen von vollem Freimut beseelt ist.

Was die Anderung des Index anbelangt, d. h. Erhöhung der Ausfuhrtage durch einen anderen Index, so machte Rathenau keinen Vorschlag. Er isolierte die Frage. Bezüglich der Naturalzahlungen wurde erklärt, daß diese nur im Verhältnis zur Gesamtzahlungen und der deutschen Schuld gering sein könnten. Sie dürften keinesfalls ein Fünftzehntel dieser Schuld übersteigen. Was namentlich die 25 000 Holzhäuser anbelangt, so bemerkte Loucheur, daß es sich dabei nicht nur um eine Frage der Bezahlung in natura, sondern auch um eine Frage des festzusetzenden Preises handele. Bisher seien die von den Deutschen geforderten Preise nicht vorteilhaft.

Die vorbereitenden Besprechungen liefen nur auf eine Sondierung hinaus. Sie bestanden namentlich in einem weitreichenden Gedankenaustausch, aber die Bedeutung der Besprechung ist deshalb nicht weniger groß.

In England erregt die Zusammenkunft zwischen Rathenau und Loucheur unangenehmes Aufsehen.

Aus Paris wird berichtet: Die Engländer hegen den Verdacht, daß man eine große Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich [illegible]

Friedens mit seinem geschlagenen Nachbar bewege.

Der Eindruck in Frankreich ist sehr günstig.

Paris, 15. Juni. Zu den Verhandlungen zwischen Rathenau und Loucheur berichtet Havas noch: Nach dem Eindruck in Paris und den aus Berlin eingegangenen Informationen scheine es, daß der Eindruck über die ersten erzielten Ergebnisse sowohl auf französischer wie auf deutscher Seite sehr günstig sei. In den Wandelgängen der Kammer habe man sich sehr eifrig über die Wiesbadener Besprechungen unterhalten, und die Abgeordneten hatten fast einstimmig die Politik der Regierung gebilligt. Sie sehen darin ein Anzeichen für eine Politik der Realisationen, die Briand zu seinem Programm gemacht habe.

Frankreichs neuer Vorwand für seine Unterstützung der Polen.

Berlin, 15. Juni. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Nach Pariser Meldungen ließ das französische auswärtige Amt der Presse eine Erklärung zugehen, in der gesagt wird, daß angesichts der Haltung der deutschen Vertreter in Oberschlesien sich die Notwendigkeit eines energischen Schrittes in Berlin ergeben habe. Der französische Botschafter in Berlin sei aufgefordert worden, der deutschen Regierung zu erklären, daß die vollkommene Wiederherstellung der Autorität der Interalliierten Kommission in Oberschlesien durch die Haltung der deutschen Elemente in Oberschlesien nicht mehr gefährdet werden dürfe. Ähnliche Vorstellungen sollen durch die Vertreter Englands und Italiens in Berlin erhoben werden. — Gegenüber ähnlichen Meldungen ist bereits darauf verwiesen worden, daß der deutsche Selbstschutz in Oberschlesien nicht der Berliner Regierung untersteht, sondern der Gebietshoheit der Interalliierten Kommission in Oppeln.

Polnische Lügen zu den Deutschenverfolgungen in Ostrowo.

Berlin, 15. Juni. (WTB.) Im Anschluß an die Schritte des deutschen Vertreters in Posen wegen der Deutschenprogrome in Ostrowo am 2. Juni ist am 11. Juni nachstehende Warnung der Woiwodschaft Posen veröffentlicht worden: „Die hiesige Bevölkerung ist infolge der massenhaften Landesverweisungen der Polen aus Deutschland beunruhigt, und indem sie die Scharen der zurückkehrenden Flüchtlinge betrachtet, hat sie die Parole der Rache ausgegeben, die bezweckt, die hiesigen Bürger deutscher Nationalität zu zwingen, Polens Grenzen zu verlassen. Ich halte es für meine Pflicht, auf die Ungesetzlichkeit solcher eigenmächtigen Handlungen aufmerksam zu machen, um so mehr, als die Gefahr vorliegt, daß verbrecherische Elemente die Vorgänge zu Raub und Plünderungen ausnutzen können. Ich rufe daher alle Bürger auf, die Vorschriften des Gesetzes, Recht und Ordnung aufrecht zu erhalten und Einflüsterungen kein Gehör zu geben, die offenbar darauf hinausgehen, dem polnischen Reiche unmittelbar zu schaden. Der Woiwode." — Zu diesem Erlaß ist zu bemerken, daß die einleitenden Worte geeignet sind, eher aufreizend als beruhigend zu wirken. Eine polnische Behörde sollte nicht öffentlich von massenhaften Landesverweisungen der Polen aus Deutschland und Scharen der Flüchtlinge sprechen, wenn durch die amtlichen Feststellungen bereits klargelegt worden ist, daß derartige Behauptungen falsch sind. Offenbar sollen damit die unverantwortlichen Deutschenverfolgungen in Ostrowo verschleiert werden. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß seit Abtretung der deutschen Teilgebiete an Polen unter dem Zwange der unerträglich gewordenen Lebensbedingungen fast eine halbe Million Deutscher aus diesen Gebieten nach Deutschland zurückgekehrt ist, während die mehr als 600 000 in Deutschland lebenden Polen nach wie vor unbehelligt unter dem Schutze der deutschen Gesetze leben. Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß sich die Verfolgungen nicht nur auf Deutsche und Juden, sondern schon auf die Evangelischen polnischer Zunge erstrecken. Es steht zu hoffen, daß die polnische Regierung sich der Gefahr bewußt wird, die in einer weiteren Ausdehnung dieser Vorkommnisse liegen dürfte.

170 Millionen Franken Zollerpressung am Rhein.

Paris, 15. Juni. (WTB.) Die Zollfunktionen am Rhein haben nach dem Matin im ersten Monat die Summe von 170 Millionen Franken ergeben.

Die Ohnmächtigkeit der Alliierten gegen die von Frankreich unterstützten Polen.

Breslau, 15. Juni. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Die Einstellung der Säuberungsaktion durch die Interalliierte Kommission in Oberschlesien wird in oberschlesischen Kreisen dahin beurteilt, daß die Kommission nicht imstande ist, von sich aus einen einheitlichen Aktionsplan durchzuführen. Die Truppen entbehrten jeder zielsicheren Leitung. Sie standen auf Befehl der französischen Generale in kleinen Gruppen verzettelt, welche vorrückten, ohne daß das Gebiet gesäubert wurde. Infolgedessen tauchten hinter dem Rücken der Engländer sofort wieder Insurgenten auf und so dürfte es den Engländern nicht möglich sein, den Säuberungsplan durchzuführen. Man nimmt an, daß nach weiteren Beratungen in Paris und London eine Entscheidung gefällt wird.

Um das in Amerika beschlagnahmte deutsche Eigentum.

Paris, 15. Juni. (WTB.) Nach der Chicago Tribune enthält die Resolution Porter über die Herstellung des Friedenszustandes zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten, die am Montag im Repräsentantenhause angenommen worden ist, eine Verlängerung der Bedingungen über das in Händen der amerikanischen Treuhänder befindliche deutsche Eigentum.

Russisch-amerikanische Wirtschaftsverhandlungen.

Paris, 15. Juni. (WTB.) Wie die Chicago Tribune erfährt, wird sich Krassin zu Verhandlungen über einen Wirtschaftsvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland nach Washington begeben. In Verbindung damit werde er noch in Kanada über die Ausführung des gegenwärtigen englisch-russischen Abkommens verhandeln. Beide Nachrichten seien dem Blatte zufolge aus an eine gewisse Botschaft in London gelangten Telegrammen entnommen.

Die französische Postgewerkschaft für Moskau.

Paris, 15. Juni. (WTB.) Auf dem Kongreß der Gewerkschaften der Arbeiter der Post-, Telegraphen- und Telephonverwaltung haben die Kommunisten mit einer kleinen Mehrheit gesiegt, und zwar mit 63 gegen 57 Stimmen bei 14 Stimmenthaltungen. Das ist die zweite Gewerkschaft nach den Eisenbahnern, die eine Mehrheit für den Anschluß an die Internationale von Moskau ergeben hat.

Der neue japanische Kriegsminister.

Paris, 15. Juni. (WTB.) Nach einer Havasmeldung aus Tokio wurde General Yamanashi zum Kriegsminister ernannt.

Neuer amerikanischer Botschafter in Madrid.

Paris, 15. Juli. (WTB.) Nach einer Meldung aus Washington ist zum amerikanischen Botschafter in Madrid Hugh Wood ernannt worden.

Eine Rekordernte in Amerika.

London, 15. Juni. (TU.) Der „Manchester Guardian" berichtet über die wirtschaftliche Lage in den Vereinigten Staaten u. a. folgendes: Soweit es sich übersehen läßt, sind die Ernteaussichten dieses Jahres so gut, daß eine den Rekordertrag der letzten übertreffende Ernte erhofft wird.

Die Lage im Reiche.

Eine Vermehrung der Schutzpolizei im mitteldeutschen Industriegebiet geplant.

Auf eine kleine Anfrage des Abg. Dr. Cremer (D. Vpt.) im Reichstage über die

Kohlendiebstähle in Mitteldeutschland

ist nunmehr vom Reichsminister des Innern folgende Antwort erteilt worden:

„Es ist richtig, daß im mitteldeutschen Braunkohlenrevier die Kohlendiebstähle in unerhörter Weise überhand genommen hatten, und daß zum Teil Überfälle bewaffneter Banden auf die Kohlenwerke und beladene Eisenbahnwagen vorgekommen sind. Der preußische Minister des Innern, der in erster Linie für die Ruhe und Ordnung in diesem Gebiet verantwortlich ist, hat daher bereits im Februar 1921 den Regierungspräsidenten in Merseburg angewiesen, gegen die genannten Mißstände durch unvermuteten Einsatz starker Kräfte der Schutzpolizei unter Zuziehung von Kriminalbeamten vorzugehen. Infolge dieser Maßnahme haben die Diebstähle erheblich abgenommen. Um sie auch in Zukunft nach Möglichkeit zu verhindern, ist eine Vermehrung der Schutzpolizei im mitteldeutschen Industriegebiet vorgesehen worden. Dem Antrag der Kohleninteressenten, den auf den einzelnen Werken angestellten Grubenwachmeistern auch außerhalb des Grubengeländes die Eigenschaft von Hilfspolizeibeamten zu verleihen, konnte aus grundsätzlicher Erwägung nicht entsprochen werden."

Eine amtliche Veröffentlichung über den mitteldeutschen Aufruhr.

Halle, 15. Juni. Um Aufklärung über den mitteldeutschen Aufruhr, seine Ziele und seine Förderer zu verbreiten, beabsichtigt das Ministerium des Innern, im Verein mit dem Justizministerium das gesamte Tatsachenmaterial, besonders die in der kommunistischen Zentrale, Reilstraße 84 in Halle, beschlagnahmten Schriften, nach Beendigung der schwebenden Prozesse, vor allem des Hölzaprozesses, in einer billigen Drucksache der Allgemeinheit zugänglich zu machen.

Der verschollene Kommunist Scholem.

Am 2. Juni hatte der preußische Landtag beschlossen, der Staatsanwaltschaft die Erlaubnis zu geben, den Abg. Scholem-Halle (Kommunist) wegen Hochverrats zu verhaften. Ein Haftbefehl ist durch die Staatsanwaltschaft erlassen worden. Herr Werner Scholem

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210615-11/fragment/page=0009